

Dr. Kurt Mühsam

Wie wir belogen wurden

Die amtliche Irreführung
des deutschen Volkes



1.—20. Tausend

Albert Langen, München

THE
UNIVERSITY
OF CHICAGO
LIBRARY

Wie wir belogen wurden

Die öffentliche Meinung und ihre amtliche Beeinflussung während des Krieges

Wie wir belogen wurden

Die eintliche Irreführung
des deutschen Volkes

Von

Dr. Kurt Mühsam



1. bis 20. Tausend

Albert Langen, München

Copyright 1918 by Albert Langen, Munich
Alle Rechte, einschließlich des Übersetzungs-
rechtes, auch für Rußland, vorbehalten
Albert Langen Dr. Kurt Mühsam

Inhalt

	Seite
Die öffentliche Meinung und ihre amtliche Beeinflussung während des Krieges	7
Das amtliche Zensurbuch für die deutsche Presse	27
Die Arbeit hinter den Kulissen (Dokumente aus den offiziellen Pressekonferenzen)	61
Die Flut der vertraulichen Mitteilungen	127
Orgien, die der Rotstift feierte	157
Politik	162
Militärisches	170
Statistik	176
Der Kaiser und andere Fürstlichkeiten	179
Militär- und Staatsgeheimnisse	182
Sachregister	186
Namensregister	187
Zitierte Zeitungen und Zeitschriften	188

Als in den Oktobertagen des Jahres 1918 dem deutschen Volk immer klarer wurde, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei, konnte niemand im Reiche ahnen, in welcher katastrophalen Lage sich das deutsche Heer und das deutsche Volk befand. Vier Jahre hindurch waren wir durch tausend siegreiche Schlachten, von denen uns die Oberste Heeresleitung zu berichten wußte, an den Gedanken des unbedingten Sieges der deutschen Waffen gewöhnt worden, und nicht der verbissenste Pessimist oder Flaumacher hätte gewagt, an ein Ende zu denken, wie es nun tatsächlich eingetreten ist.

Der deutsche Zeitungsleser war durch die schier ununterbrochene Kette von Siegesmeldungen schon so verwöhnt worden, daß er den Tag für verloren ansah, an dem ihm nicht zum ersten Frühstück bereits irgendein Sieg unserer Waffen, ein Vordringen unserer Truppen oder eine ähnliche frohe Botschaft serviert wurde.

In Ost und West, in Süd und Nord standen unsere siegreichen Heere tief im Feindesland, wir brachten einen mächtigen Gegner wie Rußland zur Strecke, zwangen Rumänien auf die Knie, vertrieben den letzten Soldaten Serbiens und Montenegro von seinem heimatlichen Boden, in der venezianischen Tiefebene wehte die deutsche Kriegsflagge, und weite Teile des östlichen und nördlichen Frankreichs, sowie fast der ganze Boden des Königreichs Belgien waren fest in unserer Hand.

Wer wollte angesichts dieser äußerst günstigen militärischen Lage an dem Enderfolg zweifeln, oder wer wollte gar glauben, daß dieser Krieg mit der Niederlage der deutschen Waffen endigen könnte! Und wenn in den Zeitungen der Ententeländer immer und immer wieder von dem schließlichen Siege unserer Gegner die Rede war, so hatte doch niemand unter uns mit einem solchen Sieg des Feindes gerechnet, wie er nun leider Tatsache geworden ist.

Die Schwarzseher im deutschen Volke hatten argumentiert, wir müßten den Krieg verlieren, weil unsere Rohstoffe nicht ausreichend wären, um dem feindlichen Ansturm noch lange weiterhin zu trotzen, weil unsere wirtschaftliche Gesamtlage nicht

stark genug wäre, den Willen zum Durchhalten noch durch eine geraume Spanne Zeit aufrechtzuerhalten. Daß aber der Weg von der stolzen Höhe des Erfolges bis zu den Tiefen der Demütigung trotz der Tapferkeit unserer braven Truppen ein so kurzer sein werde, das wagte nicht einmal der schlimmste Flaumacher zu denken oder gar auszusprechen. Noch vor wenigen Monaten durfte es doch der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr von Kühlmann, nicht einmal unternehmen, zu erklären, daß die Entscheidung dieses Krieges auf militärischem Weg allein nicht zu erzielen sei. Herr von Kühlmann mußte um dieser Behauptung willen gehen, und tatsächlich haben ihm ja auch die Ereignisse der letzten Zeit nicht recht gegeben. Allerdings in einem anderen Sinne, als wir alle es uns damals gedacht hatten. Der Sieg ist auf militärischem Wege herbeigeführt worden, zwar nicht durch uns, wohl aber durch die Entente.

Man ist sich heute in der deutschen Volke darüber im Klaren, daß der Krieg für uns also tatsächlich nicht zu gewinnen war, und es bleibt nur die Frage offen, ob und auf welchem Wege wenigstens dieses katastrophale Ende zu verhüten gewesen wäre. Denn jeder Mensch in der deutschen Volke muß sich selbst sagen, daß wir im Hinblick auf unsere ungezählten früheren Erfolge doch nicht so schlecht zum Schlusse hätten abschneiden dürfen, wie es nun tatsächlich geschehen ist, und daß eine Änderung in der Politik unserer Kriegführung uns doch das Schlimmste hätte ersparen können.

Aus welchem Grunde der Krieg für uns verloren gehen mußte, werden die militärischen Sachverständigen ganz gewiß bald festgestellt haben, für uns Laien ist es aber erwiesen, daß zwei große Rechenfehler Ludendorffs das böse Ende zeitigt haben: Der Irrtum des Ersten Generalquartiermeisters über die Möglichkeiten der amerikanischen Truppentransporte und die falsche Annahme, daß zu Anfang Juni dieses Jahres die Fochsche Reservearmee zu bestehen aufgehört habe.

Als ich um diese Zeit — es war Anfang Juni 1918 — an der Westfront weilte, ersuchte mich der für die Beeinflussung der Presse maßgebende Offizier des Großen Hauptquartieres ein Telegramm an das „Wiener Fremdenblatt“, in dessen Auftrag ich zur Front gereist war, des Inhaltes zu richten, daß die Reservearmeen der Entente völlig vernichtet seien, und der endgültige Sieg uns angesichts dieser Tatsache nicht mehr aus der

Hand entwunden werden könne; denn es sei ein viel Leichteres, eine Frontarmee zu vernichten, als eine Reservearmee. Tatsächlich brachten sämtliche Blätter deutscher Zunge damals diese Freudenbotschaft in großen Lettern, und die siegreiche Beendigung dieses Krieges für unsere Waffen schien unmittelbar bevorstehend. Wie sich aber kurz hernach herausstellte, war nicht die feindliche, wohl aber vielleicht unsere Reservearmee vernichtet.

Der andere Rechenfehler, den Transport amerikanischer Truppen nach Europa betreffend, beruhte auf folgender Grundlage: Im Oktober des Jahres 1917 war von allen in Frage kommenden militärischen Stellen eine Berechnung über den Transportmittelbedarf für Truppentransporte über See aufgestellt worden, eine Berechnung, die das Resultat zeitigte, daß „bis zum Spätsommer 1918 im besten Falle 12 amerikanische Divisionen, also rund 250 000 Mann, auf dem westlichen Kriegsschauplatz versammelt sein könnten“. Diese Berechnung wurde den Vertretern der einzelnen Zeitungen mit allen Details zur Verfügung gestellt, indem noch hinzugefügt wurde, daß diese Truppen dann aber noch keineswegs für den Krieg in Frage kämen, da sie erst einige Monate lang hinter der Front ausgebildet werden müßten. Nach dieser Ausbildung könnten sie auch noch nicht als gleichwertige Truppen angesehen werden, da ihnen die Kriegserfahrung fehle. Schon aus diesem Grunde könnten sie niemals eine Entscheidung im Sinne unserer Gegner herbeiführen.

Tatsächlich waren aber bereits im Juni 1918 nicht 250 000 Mann amerikanischer Truppen, sondern bereits 1 250 000 auf dem westlichen Kriegsschauplatz eingetroffen und unmittelbar hernach auch in den Kampf eingesetzt. Mit ihren ausgezeichneten Kampfmitteln, ihren Flugapparaten und Tanks, haben sie ein gewaltiges und vielleicht ausschlaggebendes Gewicht in die Waagschale der Entscheidung geworfen.

Wenn unsere Oberste Heeresleitung die beiden eben angeführten grundlegenden Rechenfehler nicht begangen hätte, wäre wohl der Krieg für uns auch nicht gewonnen worden, wir hätten aber aller Voraussicht nach uns das Experiment erspart, Ende Mai und Anfang Juni dieses Jahres den pompös angelegten Durchbruch nach Paris erzwingen zu wollen, wir hätten nicht zum zweiten Male eine Schlacht an der Marne geschlagen, die uns 1918 kaum weniger Opfer als 1914 gekostet haben mag.

Wir hätten versucht, mit unseren Kräften haushälterisch umzugehen und nicht nutzlose Opfer an Menschen und Material zu bringen.

Ein auf normalem Wege für uns verlorener Krieg hätte uns zweifellos nicht ähnliche schwere Bedingungen auferlegt, wie sie uns tatsächlich von unseren Feinden aufgezwungen wurden. Wir wären nicht bedingungslos den Machthabern der Entente ausgeliefert gewesen und hätten versuchen können zu retten, was noch zu retten war. So aber mußten wir in alles einwilligen, was der Feind wollte, ohne daß wir die Möglichkeit gehabt hätten, uns unserer Haut noch weiter zu wehren. Ludendorff hatte eben den unverzeihlichen Fehler begangen, alles auf eine Karte zu setzen. Er hatte *va banque* gespielt, mit der Existenz eines Siebzig-Millionenvolkes *va banque* gespielt.

Diese Tat unseres Ersten Generalquartiermeisters, der weit über seine eigentlichen Befugnisse hinaus alle Befehlsgewalt, die militärische und die politische, im Laufe der langen Kriegsdauer an sich gerissen hatte und dann uneingeschränkt in seinen Händen vereinigte, konnte nur die Folge seines früheren Vorgehens sein. Nach tausend siegreichen Schlachten konnte keine derart katastrophale Niederlage kommen, die mit einem Male alle Erfolge von früher zunichte zu machen und die Siege von vier Kriegsjahren paralyzieren zu können imstande gewesen wäre. Das war nur möglich, wenn diese Siege und Erfolge bis zum Sommer 1918 keinen tatsächlichen inneren Wert besessen haben. Und das muß wohl der Fall gewesen sein, sonst hätte der letzte schwere Rückschlag nicht unsere volle und endgültige Niederlage besiegeln können.

Es mag sich in unserem Fall wohl so verhalten haben, wie wenn bei einem Pferderennen, das über 4000 Meter geht, ein Pferd einen besonders guten Start erwirft und dem Felde einfach davon läuft. Es führt in weitem Abstand vor den übrigen Pferden, und sein Jockey — nennen wir ihn Ludendorff — treibt sein Pferd immer weiter vorwärts, um die übrigen Pferde nicht herankommen zu lassen. So geht es über die ersten 3000 Meter, und das führende Pferd sieht wie der sichere Sieger aus. Die Jockeys der übrigen Pferde kennen aber die Qualitäten von Ludendorffs Pferd und wissen genau, daß es sich schließlich verausgaben müsse. Sie schonen die eigenen Pferde, lassen sie an den Kurven verschrauben. Vor dem Einlauf kommt die letzte Hürde. Noch immer glaubt der eine Teil der Wetter an den

Sieg von Ludendorffs Pferd; denn es nimmt als erstes die Hürde, dicht gefolgt von dem Rudel der übrigen Pferde. Ihre Reiter geben nun den bis dahin vorsichtig geschonten Pferden die Köpfe frei, sie schießen an das führende heran, Ludendorff greift zur Peitsche und schlägt und schlägt auf sein bis dahin so willig gelaufenes Pferd ein, während die anderen Pferde in ruhigem Galopp überlegen vorbeiziehen. Obwohl Ludendorff nun weiß, daß sein Pferd das Rennen nicht mehr gewinnen könne, versucht er mit Schenkel und Peitsche noch das Letzte aus ihm herauszuholen, das Pferd hat aber nichts mehr herzugeben. Alle anderen Pferde sind im Ziel vor ihm. Die Wetter sind von der gleichen Überzeugung durchdrungen, daß das Pferd bei richtiger Behandlung, wenn schon nicht hätte siegen, so doch unter den plazierten Pferden hätte laufen müssen. Auch die vorsichtigen „Platzwetter“ sind durch die schlechte Taktik des Jockeis um ihr sonst so sicheres Geld gebracht.

Das schwere Debakel, mit dem der Krieg für uns sein Ende fand, erschien dem ganzen deutschen Volke unfaßbar. Diese unbestreitbare Tatsache kann nur darauf zurückgeführt werden, daß uns jahrein jahraus, an Jubel- und Trauertagen, in Intervius und Zeitungsartikeln, in Versammlungen und Einzelbesprechungen, wenn für Kriegsanleihen geworben wurde und wenn man die Brottration herabsetzte, von unseren Heerführern und Staatsmännern der unausbleibliche Sieg unserer Waffen versprochen worden war, und daß wir unsere scheinbaren Siege für tatsächliche Erfolge gehalten hatten. Wir nahmen Talmi für Gold.

Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn man heute erklärt, daß die öffentliche Meinung während der ganzen langen Kriegsdauer irreführt worden ist, ob absichtlich oder unabsichtlich, darüber kann sich der Leser aus dem ganzen folgenden Inhalt dieses Buches selbst ein klares Urteil bilden. Er wird jedenfalls zu der Überzeugung kommen, daß die Beeinflussung der öffentlichen Meinung von berufener und unberufener Seite in gleichem Maße erfolgt ist, daß insbesondere die militärischen Stellen hohen und niederen Grades im Vollgefühl ihrer Macht einen unheilvollen Einfluß auf die deutsche Presse aller Parteirichtungen ausgeübt haben, daß die Irreführungen gewollt und ungewollt waren, daß sie jedenfalls aber auch dort, wo sie beabsichtigt waren, nicht unbedingt von bösem Willen diktiert gewesen sind. In der Absicht, die gute Stimmung im Lande auf-

rechtzuerhalten, war man eben weiter gegangen, als man durfte, man hat Enttäuschungen bereitet, wo es überflüssig war, man hat Hoffnungen genährt, deren Erfüllung im Reiche der Unmöglichkeit lag, und man hat Vertrauen dort zu erwecken versucht, wo das Mißtrauen am Platze gewesen wäre.

Das Organ zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung war die Zensurbehörde.

Sowohl die Zeitungs- wie auch die Briefe- und Telegrammzensur erfolgte im Deutschen Reiche im allgemeinen bei den Zensurstellen des Oberkommandos in den Marken, der Stellvertretenden Generalkommandos der Festungsgouvernements und Kommandantur. Alle diese Stellen arbeiteten unter der gemeinsamen Leitung der Oberzensurstelle, die dem Kriegspresseamt in Berlin beigegeben war.

Die Aufgabe der Oberzensurstelle sollte sich darin erschöpfen, die allgemeine Unsicherheit, die das Zensurwesen zutage gefördert hatte, zu beseitigen, allgemeine Richtlinien, Anregungen und Gutachten für die Tätigkeit der Zensurstellen zu geben. Ihre Hauptaufgabe lag darin, eine Einheitlichkeit in der Handhabung der Zensur herbeizuführen. Wie diese Aufgabe von der Oberzensurstelle angefaßt und erfüllt wurde, wird sich im Laufe der späteren Ausführungen noch wiederholt herausstellen.

Das Kriegspresseamt selbst wurde zum Ausbau der Oberzensurstelle als eine unmittelbar der Obersten Heeresleitung unterstehende Dienststelle errichtet. Diesem Amt oblag es:

1. Das Zusammenwirken der Obersten Heeresleitung mit den Heimatbehörden auf dem Gebiet des Pressewesens zu erleichtern.
2. Den Behörden und der Presse Auskünfte zu geben und
3. für die gleichmäßige Handhabung der Presseaufsicht zu sorgen. Die von den Zentralbehörden ausgehenden Richtlinien für die Handhabung der Zensur sollen vom Kriegspresseamt (Oberzensurstelle) den Zensurstellen übermittelt werden.

Um es gleich vorweg zu sagen: die gesamten Zensurstellen haben während des ganzen Krieges zur Unzufriedenheit der gesamten deutschen Presse gearbeitet. Obwohl ihren einzelnen Organen der gute Wille, mit der Presse in gegenseitigem verständnisvollem Wohlwollen zu arbeiten, nicht abgesprochen werden soll, obwohl nicht geleugnet werden darf, daß sich einzelne Offiziere und Beamte der in Frage

Kommenden Stellen oft die größte Mühe gegeben haben, objektiv und gerecht ihr gewiß nicht leichtes Amt zu führen, so muß doch gesagt werden, daß sie der Presse das Leben unnötig schwer gemacht und oft und oft Unstimmigkeiten unnötigerweise verursacht haben.

So ging denn auch ein Aufatmen durch den ganzen deutschen Blätterwald, als die Novemberstürme des Jahres 1918 die ganzen Zensureinrichtungen mit einem Male wegfeigten.

Die Gründe für das vollständige Versagen der deutschen Zensurstellen liegen wohl vor allem darin, daß auch in diesem Falle niemals der rechte Mann am rechten Platze war. Anstatt sich die Mitwirkung von sachverständigen Journalisten zu sichern, wurden gleich zu Beginn des Krieges Protektionskinder aus allen möglichen Berufen für die Zensurarbeiten herangezogen, und eine aus den heterogensten Bildungsschichten zusammengewürfelte Gesellschaft übte die Zensur im Deutschen Reiche aus. Beschäftigungslose Rechtsanwälte teilten mit unfähigen Referendaren bei den Zensurstellen den Arbeitstisch, Oberlehrer und Literaturprofessoren, die kaum jemals mehr in den Zeitungen gelesen hatten, als das, was unter dem Striche stand, wurden dazu berufen, mit ihrer ungeschickten Hand störend in das politische Wirken der Zeitungen einzugreifen, und selbst ein Chemiker, der mir gestand, sich niemals in seinem Leben mit den Fragen der Politik im allgemeinen und der Presse im besonderen befaßt zu haben, erhielt eine Beorderung in die Zensurabteilung des Kriegspresseamtes.

Konnte es also wundernehmen, daß in den Maßnahmen der Zensurstellen ein Mißgriff den anderen jagte, daß das ganze Zeitungswesen des Deutschen Reiches tagein tagaus unter den Bedrückungen irrsinniger Zensurverfügungen ächzte, und daß alle Beschwerden wirkungslos blieben?

Die Zensurdebatten, die wiederholt im Reichstag und Abgeordnetenhaus geführt wurden, zeigten auch deutlich die volle Berechtigung der vorgebrachten Beschwerden, und wunderbarerweise waren gerade die Zensurdebatten die einzigen während der ganzen Kriegstagungen des deutschen Reichstages, die eine völlige Übereinstimmung bei sämtlichen Parteien von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten hervorzubringen imstande waren. Die Klagen wurden von allen Parteien des Hauses mit dem gleichen Nachdruck und der gleichen Bestimmtheit erhoben; denn alle litten unter den gegebenen Verhältnissen.

So führte beispielsweise der konservative Abgeordnete Dr. Dertel, Journalist seines Zeichens, in der Reichstagsitzung vom 25. Mai 1916 u. a. folgendes aus: „Die deutsche Presse hat — ich möchte ihr das bezeugen — mit wenigen Ausnahmen, dem Ernste der Zeit, der Schwere ihrer verantwortungsvollen Aufgabe durchaus Rechnung getragen. Kleine Ausschreitungen bestätigen nur die Regel. Und es war schwer für einen alten Mann, der sechs Jahrzehnte seines Lebens hinter sich hat, ein Menschenalter politischer Tätigkeit hinter sich hat, es war mitunter sehr schwer, den neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen, und die Weisungen, Verweisungen und Anweisungen über all-
hand kleine Dinge über sich ergehen zu lassen, in einer Weise, die uns manchmal lebhaft an die schönen Zeiten erinnerte, da wir noch im Flügelkleide in die Knabenschule gingen. Aber wir haben es ertragen, wir mußten es ertragen. Jetzt sind alle der Meinung: So kann es nicht weitergehen.“ Aber es ging trotz aller Versprechungen und Verheißungen von seiten unserer leitenden Staatsmänner immer noch so weiter. Die Zensur gab weiter ihre Anweisungen, wie eine bestimmte Sache zu behandeln sei, sie unterband jede freie Meinungsäußerung, ohne sich darüber im klaren zu sein, daß der Ausdruck eines bestimmten starken Wollens oder Willens politisch stets von Nutzen war und noch niemals Schaden angerichtet hat.

Mit welchen Härten und welcher unangebrachten Strenge die Zensurbehörde gegen die Presse sämtlicher Parteirichtungen vorgegangen ist, würde zu weit führen, hier klargelegt zu werden. Es gibt nur wenige Zeitungen im Deutschen Reiche, Zeitungen von politischer Prägung, Ansehen und Macht, die nicht diese Härten am eigenen Leibe zu verspüren hatten und denen nicht die Auszeichnung, verboten worden zu sein, wenigstens einmal im Kriege zuteil geworden ist. Die Strafen über die Zeitungen wurden nach einem in keinem einzigen Kultur- oder Rechtsstaat der Welt mehr geltenden Verfahren verhängt: der Verurteilte wurde nicht angehört und eine Berufung zu ergreifen war ihm nicht möglich. Erst in der allerletzten Zeit wurde eine kleine Milderung in diesem Verfahren zur Anwendung gebracht.

Aber die militärische Zensur als solche hätte sich der deutsche Schriftleiter kaum zu beschweren gehabt, wenn nicht die militärische Zensur sich auch die politische Zensur angemäht hätte. Nach den geltenden Grundsätzen gab es allerdings im Deutschen

Reiche keine politische Zensur. Aber in einem Kriege wie dem abgelautenen konnte jede politische Frage zu einer militärischen gemacht werden, wenn der Zensur es so wollte. Ja er konnte sogar Fragen allgemeinwirtschaftlicher und Fragen künstlerischer Natur zu militärischen umgestalten, um sie in den Kreis seines Machtbereiches zu bringen. Wenn in einer Zeitung beispielsweise Klage darüber geführt wurde, daß in dieser oder jener Straße der Schnee nicht genügend weggefegt oder die Straßenbeleuchtung nicht ausreichend sei, so war es der Zensurbehörde möglich, auch solche Äußerungen als militärische Angelegenheiten hinzustellen, indem einfach darauf verwiesen wurde, daß die Frage der Straßenreinigung oder Straßenbeleuchtung vom Generalkommando oder einem sonst in Frage kommenden militärischen Befehlshaber geregelt sei und deshalb als militärische Angelegenheit angesehen werden könne.

Daß eine solche willkürliche Auslegung der Gesetze zu argen Mißgriffen und Vergewaltigungen führte, wird aus später angeführten Beispielen klar hervorgehen. Jedenfalls haben die Zensurbehörden politische Fragen, die ihnen als diffizil erschienen, nach freier Willkür als militärische Fragen erklärt und ihre Erörterung in der Presse als vorzensurpflichtig hingestellt.

Bei der Unfähigkeit und den mangelnden politischen Kenntnissen der die Zensur ausübenden Leutnants und Oberleutnants wird es ohne weiteres ersichtlich, daß hierdurch großes Unheil hervorgerufen und mancher nicht wieder gutzumachende Schaden anrichtet wurde.

Der Irreführung der öffentlichen Meinung, auch auf politischem Gebiete, war also Tür und Tor geöffnet. Die Zensurbehörde hatte danach die Möglichkeit, nicht nur auf rein militärischem Gebiet den Zeitungen vorzuschreiben, was verschwiegen werden mußte und was man sagen durfte, sondern sie hatte auch auf dem Gebiet der inneren und äußeren Politik die Möglichkeit, die Zeitungen in das der Zensurstelle erwünschte Fahrwasser zu bringen. Wie das deutsche Volk auch in den Fragen militärischer und politischer Natur belogen wurde, zeigt ganz besonders das Kapitel, das sich mit den Pressekonferenzen befaßt.

Bei dem jugendlichen Alter und der mangelnden Erfahrung der meisten Herren Zensoren kann es natürlich auch nicht wundernehmen, daß es wiederholt zu läppischen Eingriffen von Seiten der Behörde kam. Einige Beispiele seien hier zur Erheiterung des Lesers angeführt:

In einer amerikanischen Zeitung erschien ein Aufsatz, in dem geschildert wurde, wie ein Geschichtslehrer aus dem Jahre 2000 nach Christi Geburt über Wilson und seine Politik denken würde. Der Aufsatz war scharf gehalten, vom deutsch-amerikanischen, aber vom amerikanischen Standpunkt aus geschrieben. Er war so reizend abgefaßt, daß ein schlesisches Blatt den Wunsch hegte, ihn seinen Lesern zugänglich zu machen. Dieser Nachdruck wurde aber verboten. Der Abgeordnete Dr. Dertel brachte diesen Fall in der oben angeführten Zensurdebatte im Reichstag zur Sprache, indem er ausführte: „Ich überlegte mir: Unter welchen Punkt könnte denn dieses Verbot fallen? Vielleicht war die Rücksicht auf die Kriegführung für das Verbot bestimmend. Aber ich habe dann mit Militärs gesprochen, und die haben mir gesagt, die Kriegführung würde durch den Abdruck dieses Aufsatzes nicht wesentlich gestört worden sein. (Heiterkeit.) Ich habe dann weiter nachgesehen, ob vielleicht das Verbot unter die Bestimmung fallen könnte, daß der Burgfrieden gewahrt werden müsse. Ich war bisher der Meinung: Der Burgfrieden bezieht sich nur auf Deutschland. Ich war der Meinung, daß der Herr Präsident Wilson trotz seiner ‚Vorzüge‘ nicht in den Burgfrieden einbegriffen sei. Aber ich fand gar keine andere Bestimmung, die man hätte anwenden können; denn die Bestimmung, daß man gegen die Politik des Kanzlers nicht schreiben dürfe, kann doch hier nicht in Betracht kommen. Es handelt sich doch nicht um den Kanzler, sondern, wie gesagt, um den Präsidenten Wilson. (Erneute Heiterkeit.) Aber das ist nur ein ganz kleiner Einzelfall, den ich eigentlich nur zur Erheiterung vorgetragen habe.“

Ein anderer Abgeordneter brachte folgenden Fall zur Sprache. Es erscheint in einem Blatt ein Aufsatz aus philologischer Feder über die Sprache und die Sprachentwicklung in Opern. In dem Aufsatz werden die verschiedenen Wandlungen, die die niederländische Sprache durchgemacht hat, zur Darstellung gebracht, und es heißt dann am Schluß, hoffentlich würde bald auch die deutsche Sprache in Opern wieder neben der niederländischen erklingen, wie es in Brügge und Gent der Fall sei. Das war so gefährlich, daß es verboten werden mußte, denn — so hieß es ungefähr in der Begründung — dadurch würden Hoffnungen erweckt, von denen man noch nicht wisse, ob sie erfüllt werden könnten.

Zwei Generalkommandos haben Jugendschriften verboten,

die patriotischen Inhalt hatten, die der Kronprinz von Bayern selbst empfahlen und die der Prinz Eitel Friedrich dreimal nachbestellt hatte.

Über diese kindischen Zensurverbote, die doch mehr als Entgleisungen und Ungeschicklichkeiten zu betrachten waren, konnte man ja mit einem gleichgültigen Lächeln hinwegsehen, da sie doch keineswegs der Irreführung Vorschub leisteten oder fühlbaren Schaden anzurichten vermochten.

Das Beklagenswerte an den nun aufgehobenen Zensureinrichtungen war das gehandhabte System, das von einem großen Teil der Zensoren mit einer rücksichtslosen Überheblichkeit und Anmaßung geübt wurde und oft gerade das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erreichte. Denn wenn die Herren Zensoren sich beispielsweise herausnahmen, die Reichstagsverhandlungen unter Zensur zu stellen, so kann man den darauf bezüglichen Ausführungen des Abgeordneten Dr. Stresemann in der Reichstagsitzung vom 18. Januar 1916 nur beistimmen, wenn er sagte, daß solche Dinge nicht mehr vorkommen dürften, sie schaden uns im Auslande mehr als alle scharfen Reden.

Mit treffenden Worten geißelte auch der Redner der Konservativen in der gleichen Sitzung die verständnislose Art, mit der der Rotstift mißbraucht werde. So erklärte der Redner u. a.: Wenn unsere Regierung gewisse Dinge nicht behandelt wissen wolle, bringe sie dieselben in einen losen Zusammenhang mit militärischen Dingen und gebe „Wünsche“ durch den Ferndrucker, außerdem stellten die Weisungen der amtlichen Merkblätter der geistigen Arbeit Fußangeln. Was das deutsche Volk am tiefsten berewege, dürfe nicht behandelt werden. Als der Treubruch Italiens drohte, sei ein liberales Blatt der Beschlagnahme verfallen.

Der Sprecher der Sozialdemokraten, der Abgeordnete Heine, sagte während jener Zensurdebatte: „In Berlin muß es schief gehen, wo man sich als Zensor den Chef der politischen Polizei verschrieb, der in seinen Berichten sich als völlig unfähig erwiesen hatte. Selbst geschlossene Versammlungen sind unter Zensur. Es ist eine Dreistigkeit, die Parlamentsberichte zu zensurieren, und politisch die größte Dummheit.“

Bei dem vorzüglichen Spionageapparat, mit dem unsere Gegner sich die genauesten Kenntnisse über alle für sie wertvollen Vorgänge bei uns im Reiche verschafften, konnten naturgemäß die meisten unserer Zensurmaßnahmen nur auf die Ber-

dummung unserer eigenen Bevölkerung und nicht auf die Irreführung des Feindes hinzielen; denn unserer Behörde war es gewiß nicht unbekannt geblieben, daß die Entente über das meiste, was uns betraf, besser unterrichtet war als wir selbst. Dabei wird natürlich niemand leugnen wollen, daß unter den vielen tausenden Vorschriften, Informationen, Anweisungen und Mitteilungen, die im Laufe des Krieges von seiten der Zensurbehörden an die deutsche Presse ergangen sind, auch eine ganze Reihe solcher war, die unserer Kriegführung sehr zustatten kamen und ihren Zweck durchaus erfüllten.

Wogegen man sich aber fruchtlos zu wehren versuchte, das waren die Anmaßungen der Herren Zensoren, die es wagten, alte, erfahrene und mit dem politischen Leben seit Jahrzehnten eng verwachsene Redakteure wie dumme Jungen zu behandeln. In der Hauptausschußsitzung des Reichstages vom 11. Mai 1916 tabelte auch tatsächlich einer der Wortführer während der Zensurdebatte mit den schärfsten Worten die Tonart, in der einzelne Kommandostellen mit der Presse zu verkehren wagen, und rügte auch die ewig sich widersprechenden und überstürzten Instruktionen für die Presse. Selbst für Artikel des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes würden Nachdruckverbote erlassen. Ein Volksparteiler erklärte in der gleichen Sitzung, die Zensur sei verhältnismäßig einfach gewesen, solange es sich um Verbote gewisser Erörterungen handelte. Natürlich hat man auch in jener Zeit Fehlgriffe gemacht, z. B. als man über ein Jahr lang das Erscheinen von Hermann Stegemanns „Geschichte des Krieges“ in Deutschland verboten hat; dieses Werk hätte bei seiner von Fachmännern und Politikern anerkannten, wertvollen Objektivität und Güte sofort zugelassen werden müssen. Aber jetzt wolle die Zensur in die innerpolitischen Erörterungen nach der Osterbotschaft und nach der Freigabe der Kriegszielbesprechung eingreifen. Sie habe über den bürgerlich-demokratischen „Beobachter“ in Stuttgart drei Monate lang die Präventivzensur verhängt, weil er die Agitationen des Alldeutschen Clafß gegen den Reichskanzler gekennzeichnet hatte. Besonders auffällig sei die Stellung der Zensur in Hamburg in der Polemik der Wochenschrift „Vortrupp“ und ihrer ausgezeichneten „Fidelis-Aufsätze“ gegen die alldeutschen Reizeereien; diese Artikel hätten den Versuch urkundlich nachgewiesen, einen Gegensatz zwischen der Reichsregierung und der Heeresverwaltung zu schaffen. Wenn die Zensur die einer

Auslassungen nicht verhindert, aber gegen die Entgegnungen einschreitet, so setzt sie sich dem Verdacht der Parteilichkeit aus.

Die Klagen über die einseitige Handhabung der Zensur sind übrigens während der ganzen Kriegsdauer nicht verstummt, ebenso nicht die immer und immer wieder vom Parlament und der gesamten deutschen Presse aufgestellte Forderung, daß dem Ubergreifen der militärischen Zensur auf Fragen politischer Natur unbedingt Einhalt geboten werden müsse.

Daß diese letztere Forderung niemals das angestrebte Resultat zeitigte, hatte zum großen Teil darin seinen Grund, daß es nicht immer die Militärbehörden waren, die sich aus eigener Initiative in die politischen Angelegenheiten einmischten, sondern in der That, daß in einer ganzen Reihe von Fällen die Zivilbehörden die Mitwirkung der militärischen Behörden wünschten und diese zum Einschreiten veranlaßten. Insbesondere galt dies vom Auswärtigen Amt und dem Reichsamt des Innern, die mit den militärischen Zensurstellen nach Gutdünken Verstecken spielten und der Presse das Leben saurer machten, als es die ohnehin schon so schwierigen Verhältnisse in Wirklichkeit erforderten. So brachte auch der seither verstorbene nationalliberale Abgeordnete Hirsch-Essen gelegentlich einer Zensurdebatte im Reichstag folgendes vor: Im Abgeordnetenhaus sind bei den von mir angezogenen Verhandlungen über die Zensur Schriftstücke vorgelegt, auf denen auf der einen Seite von der militärischen Seite vermerkt war: „Zur Veröffentlichung zugelassen, wenn das Auswärtige Amt einverstanden ist“ — während es auf der anderen Seite hieß: „Nicht geeignet zur Veröffentlichung“. Da stellte sich heraus, daß das Auswärtige Amt eben nicht einverstanden war. In anderen Fällen tritt die Oberste Zensurbehörde auch einmal direkt in die Erscheinung. So sind Schriftstücke vorgelegt worden, auf denen stand: „Zur Veröffentlichung nicht geeignet, Nachrichtenstelle des Reichs-Marineamts“. Wir haben im Abgeordnetenhaus vergebens gefragt, was denn das eigentlich für eine verantwortliche Stelle sei, welche Stellung sie im Staatsorganismus einnehme, welche Anordnungsbefugnis ihr erteilt sei, und von wem? Aber eine Antwort auf diese Fragen haben wir nicht erhalten. Man kann also nur annehmen, daß hier ein Teil der Obersten Zensurstelle in die Erscheinung getreten ist.

Und jeder politische Redakteur kann ein Liedchen davon

singen, wie oft es ihm ähnlich ergangen ist. Die eine Behörde schickte das zur Zensurierung eingereichte Manuskript zur anderen Behörde, diese wieder wollte nur den Abdruck gestatten, wenn wieder eine dritte Behörde damit einverstanden war. Nachrichten oder Artikel wurden dann eben oft so lange „weitergeleitet“, bis sie ihre Aktualität verloren hatten und die Zeitung gezwungen war, aus eigenen Stücken auf den Nachdruck zu verzichten. Ungezählte tausende Mark hat jeder großstädtische Zeitungsbetrieb auf diese Weise eingebüßt.

Mit dem System der Abwälzung der Verantwortung von einer Behörde auf die andere war es natürlich auch sehr einfach, die jedem einzelnen Generalkommando erwünschte politische Richtlinie einer betreffenden Zeitung zu geben. Das stellte auch der Abgeordnete Hirsch fest, indem er erklärte: Etwas Einfacheres kann man sich nicht denken als eine Anweisung an die Generalkommandos, wie die politischen Dinge behandelt werden sollen. Da heißt es an einer Stelle: „Jede versteckte oder offene Kritik der auswärtigen oder sonstigen Politik des Reichskanzlers ist verboten.“ Da sind ferner Depeschen an die Zeitungen gekommen vor Reichstags-Sitzungen, in denen der Kanzler sprechen sollte, und in diesen Depeschen heißt es: „Die Zeitungen werden ersucht, Besprechungen der Reichskanzlerrede innerhalb des Rahmens zu halten, in dem sich die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers bewegt haben.“ Aber wenn das geschah, wenn Blätter sich streng an diese Dinge hielten und aus den Reden des Kanzlers gewisse Richtlinien herauszogen, bekamen sie in der „Frankfurter Zeitung“ und im „Berliner Tageblatt“, und zwar unverkennbar offiziös, eine derbe Zurechtweisung, und es wurde angedeutet, daß das nicht so ausgelegt werden könne, wie es die nationale Presse ausgelegt hatte. Es ist sogar bei solcher Gelegenheit der „Kölnischen Volkszeitung“ passiert, daß ihr die Ehre des Verbots zuteil geworden ist.

Nun darf man nicht verkennen, daß es in der Tat nicht immer ganz leicht ist, Sinn und Rahmen unserer offiziellen Verlautbarungen auseinander zu halten. Nehmen wir z. B. den Schlusssatz unserer Note an Amerika. Dieser erscheint doch ganz eindeutig, und man sollte meinen, daß, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben, man diesen Schlusssatz nur so verstehen und auslegen konnte, daß man sich, wenn Amerika den in der deutschen Note verlautbarten Erwartungen nicht entsprechen sollte, alles Weitere nach der ener-

gischen Seite hin vorbehalten. Nun fragen Sie aber einmal das „Berliner Tageblatt“. Da werden Sie ganz etwas anderes hören, und das darf ich — so führte der Abgeordnete aus — Ihnen vielleicht an einem Beispiel erläutern.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei hat am letzten Sonntag eine Entschliebung gefaßt, die auch diesen Punkt berührt. Sie ist, notabene, von der Zensur schleunigst verboten worden, sie hat es furchtbar eilig gehabt mit Telegrammen des Inhalts: „Die Entschliebung des nationalliberalen Zentralvorstandes ist heute morgen von einigen Zeitungen ohne Zensurvorlage veröffentlicht worden; Nachdruck und Besprechung sind unzulässig. Vertraulich, nur für die Redaktion bestimmte Notiz.“ Ich habe hier noch eine ganze Reihe von Belegen, aus denen hervorgeht, daß man geglaubt hat, diesen Bericht schleunigst verbieten zu müssen. Blättern, die es trotzdem versucht haben, besonders in der Provinz, ist das Handwerk gleich gelegt worden. Sie zeigen erhebliche weiße Stellen. Also es muß für sehr notwendig erachtet sein, diese Entschliebung zu unterbinden. Dagegen hat man es für zulässig und richtig gehalten, einen Auszug aus dieser Entschliebung, den das Wolffsche Bureau gemacht hatte und in welchem der Nachdruck etwa darauf lag, daß die nationalliberale Partei hinter jeder Regierung stehen würde, abdrucken zu lassen, den ließ man zu, den findet man in der ganzen Presse.

Solche und ähnliche Fehl- und Übergriffe ereigneten sich während des ganzen Krieges fast täglich, und manches gute und erhebende Wort, das unserem tapferen Heer und unserem Volk gebient hätte, fiel schonungslos dem Notstift zum Opfer. Einen besonders krassen Fall von Leichtfertigkeit des verantwortlichen Zensors möchte ich in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen.

Im Rahmen einer Artikelserie „Die deutschen Heerführer“, die ich vom ersten Kriegstag an in der „National-Zeitung“ veröffentlichte, sollte auch eine ausführliche Biographie über Mackensen erscheinen, der nach dem deutschen Heeresbericht vom 28. August 1914 mit dem ihm unterstellten XVII. Armee-korps einen großen Erfolg gegen die Russen bei Ortelsburg erzielt hatte. Das Manuskript erhielt am 6. September 1914 den berüchtigten roten Stempel „Zur Veröffentlichung nicht zugelassen. Oberkommando in den Marken.“ Da in jenen Tagen in Berlin Gerüchte von einer Absetzung des Gene-

rals von Mackensen, von einem angeblichen Selbstmord und ähnlichen Schauergeschichten kolportiert wurden, mußte ich angesichts des verbotenen Artikels die Gerüchte als den Tatsachen entsprechend ansehen. Wenige Tage später reichte ich nochmals den gleichen Artikel in einem maschinengeschriebenen Durchschlags-exemplar der Zensur ein, und siehe da, der Abdruck wurde ohne Strich genehmigt. Einer der Söhne des Generals schrieb mir kurz nach Erscheinen des Artikels einen rührenden Dankbrief, in dem er darauf hinwies, daß unglaubliche Gerüchte über seinen Vater verbreitet werden, hoffentlich würde mein Artikel aufklärend wirken. Man sieht also, welches Unheil die Zensur in leichtfertiger Weise anrichten konnte, und zwar durch das Unterdrücken der Wahrheit.

Im weiteren Verlaufe meiner Ausführungen, insbesondere in dem Abschnitt, der die „vertraulichen Mitteilungen“ an die Redaktionen widergibt, wird sich noch wiederholt zeigen, von welchem unheilbringenden Einfluß die gewaltsame Unterdrückung der objektiven Wahrheit für uns alle war, und daß die Methode des Umschreibens, Verschleierns und Verschweigens mit daran schuld gewesen ist, das Kriegsende für uns so katastrophal werden zu lassen.

Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß die Schlacht an der Marne im Jahre 1914 von uns so verloren wurde, daß sie in den gesamten deutschen Heeresberichten nicht zu finden ist. Das einzige, was unsere Oberste Heeresleitung damals über jene furchtbare Schlappe, die wir erlitten, zu berichten wußte, kleidete sie in die verwässerten Worte: „Auf dem westlichen Kriegsschauplatz haben die Operationen, über die Einzelheiten noch nicht veröffentlicht werden können, zu einer neuen Schlacht geführt, die günstig steht. Die vom Feinde mit allen Mitteln verbreiteten, für uns ungünstigen Nachrichten sind falsch.“ Ist das deutsche Volk nicht in unverzeihlicher Weise belogen worden, wenn über die Niederlage, die vielleicht die Entscheidung für den ganzen Krieg gewesen ist, uns nichts anderes berichtet wurde, als daß „Einzelheiten noch nicht veröffentlicht werden können“, nachdem uns kurz zuvor erst gemeldet worden war, daß die Armee von Kluck „bis Paris streife“ und „der Feind sich im Rückzuge auf und hinter die Marne“ befinde! Es ist nicht unehrenhaft, in einem Kriege eine Schlappe zu erleiden, man muß dann aber auch genug männlichen Mut besitzen, die Niederlage einzugestehen, denn verheimlichen läßt

sich so etwas auf die Dauer nicht. Dieses unglückliche System des Verschweigens, das bei uns bedauerlicherweise immer wieder angewandt wurde, mußte es mit sich bringen, daß ein Teil des Volkes schließlich das Vertrauen in die Wahrheit unserer Berichte verlor und wirkliche Erfolge niedriger einschätzte, als sie es in Wahrheit verdienten.

Ein großer Teil der „Vertraulichen Mitteilungen“ an die Redaktionen der deutschen Tagespresse enthielt die Hinweise auf Verschleierungen, und von manchen Vorgängen in Stadt und Land erfuhren die Zeitungsredaktionen erst durch die von der Zensurbehörde erlassenen Verbote, über das betreffende Ereignis etwas zu berichten. Von Streiks und Meutereien, von Eisenbahnunfällen und Schiffsverlusten, von Bränden und Explosionskatastrophen und ähnlichen Ereignissen hörten weitere Kreise erst durch diese ungeschickten vertraulichen Mitteilungen.

Da viele von ihnen wiederholt auch im Deutschen Reichstag im Mittelpunkt der Diskussion standen, nehme ich keinen Anstand, sie hier in diesem Buche zu veröffentlichen, zumal ich hierdurch heute sicher keinen Schaden mehr dem deutschen Volk verursachen kann.

Das amtliche Zensurbuch für die
deutsche Presse

Es gab fast keinen Tag während der langen Kriegszeit, an dem nicht die Schriftleitungen der deutschen Tagespresse mit der Zusendung von Richtlinien, vertraulichen Mitteilungen, Befehlen und Verboten von seiten der Zensurbehörden beehrt wurden, mit Vorschriften, die geeignet waren, die freie Meinungsäußerung zu den vitalsten Fragen zu beschränken und schließlich zu erdroffeln. Soweit sie rein militärischen Charakter trugen, konnte man sich mit ihnen leicht und gerne abfinden, zumal der gesamten deutschen Presse das ehrende Zeugnis ausgestellt werden konnte, daß sie ihr ganzes Können und Wollen stets willfährig aufgeboten hat, die Kriegführung in ihrer überaus schwierigen Aufgabe wirkungsvoll zu unterstützen und dort aufklärend und beruhigend zur Stelle zu sein, wo es das Gebot der Stunde erheischte.

In allen anderen Fragen des öffentlichen Lebens wurde dagegen die Einmischung der Zensurbehörde vom ersten Kriegstage an als störend, lähmend und den bestehenden Gesetzen zuwiderlaufend empfunden. Die militärischen Stellen waren aber im uneingeschränkten Besitze der Macht, und es wäre mehr als töricht gewesen, wenn irgendeine Zeitung auch nur den leisesten Versuch gewagt hätte, sich gegen diese Macht zu widersetzen oder gar aufzulehnen. Das Verbot des Erscheinens der betreffenden Zeitung auf kürzere oder längere Dauer wäre die erste Folge gewesen, auch lief der „widerspenstige“ Schriftleiter Gefahr, unverzüglich in Schutzhaft genommen zu werden.

Da schwere Maßregelungen gegenüber den Tageszeitungen auch schon zur Anwendung gebracht wurden, wenn aus irgendeinem Irrtum oder Versehen ein vermeintlicher Schade verursacht wurde, lebte jeder verantwortliche Schriftleiter tagaus unter einem auf die Dauer unerträglichen Alpdruck, der ihn während der ganzen langen Kriegszeit nicht verließ. Denn in dem Wust von tausenden und abertausenden Zensurverfügungen konnte sich bald niemand mehr zurechtfinden, eine Verordnung widersprach oft der anderen und selbst die ausübenden Organe der Zensurbehörden wußten in vielen Fällen nicht mehr Bescheid.

Aus diesem Grunde sah sich zu Anfang des Jahres 1917 die Oberzensurstelle des Kriegspresseamtes in Berlin auch veranlaßt, ein Zensurbuch herauszugeben, das kurze Anweisungen und Richtlinien aus den vom Preussischen Kriegsministerium, dem Stellvertretenden Generalstab der Armee und der Oberzensurstelle des Kriegspresseamtes erlassenen Zensurbestimmungen der deutschen Presse ständig vor Augen hielt.

Das Buch, das im März 1917 tatsächlich erschien, sollte der deutschen Presse die Ausübung ihres so verantwortungsreichen Berufes erleichtern, indem es ihr in übersichtlicher Form darüber Aufschluß geben sollte, welche Verfügungen im vaterländischen Interesse unterbleiben mußten. Auch sollte durch die vielen kurzen, im Buche enthaltenen Hinweise das Verständnis für die leitenden Grundsätze und die Ziele der militärischen Zensur der Presse vermittelt werden. Die vielen, für einzelne bestimmte Gebiete erlassenen besonderen Zensurbestimmungen waren in dem Zensurbuch für die deutsche Presse nicht verzeichnet.

Der Inhalt des Buches sollte als vertraulich behandelt werden, und tatsächlich hat auch die gesamte deutsche Presse während des Krieges diesen Wunsch des Kriegspresseamtes respektiert. Nun, da der Krieg beendet ist, fällt naturgemäß jeder Grund fort, die erlassenen Richtlinien weiter als vertraulich zu behandeln.

Im folgenden sollen nun in alphabetischer Anordnung die interessantesten Bestimmungen der Behörde, nach Schlagworten geordnet, wortgetreu so wiedergegeben werden, wie sie das Zensurbuch verzeichnet. Bei vielen der hier ausgewählten Verordnungen erübrigt es sich, Randbemerkungen zu machen.

Nalandsfrage:

Es wird gebeten, die Nalandsfrage recht vorsichtig und objektiv zu behandeln, keinesfalls aber den Schweden Ratsschläge zu geben, was sie zu tun haben.

Allerhöchste Erlasse, Kabinettsorders und Telegramme:

Bei Veröffentlichungen von Allerhöchsten Erlassen und Telegrammen darf niemals der Aufenthaltsort Sr. Majestät erwähnt werden. Alle Andeutungen über den Sitz des Großen Hauptquartiers sind streng verboten.

Diese Geheimhaltung wirkte hier stets lächerlich und verstümmend, da wir alle doch genau wußten, daß die Entente

sehr gut über den Aufenthaltsort des Kaisers sowie den Standort unseres Großen Hauptquartiers unterrichtet war.

Amerika:

Nach Einsetzen des verschärften U-Bootkrieges ist es erwünscht, unter allen Umständen Vorsicht gegenüber den Vereinigten Staaten zu beobachten und alles, was sie reizen könnte, unbedingt zu vermeiden.

Alle Artikel über den U-Bootkrieg unterliegen der Zensur. Diese Zensurpflicht erstreckt sich auch auf Anträge, Kundgebungen und Resolutionen. Erörterungen über Weiterentwicklung und Fortgang des U-Bootkrieges sind verboten; ebenso Erwägungen über die Aussichten der Fortführung in der einen oder anderen Richtung. Das Vertrauen des Volkes, daß die maßgebenden Stellen das dem Gesamtinteresse des Reiches Entsprechende aus eigenem Entschluß tun, muß durch die Presse erhalten und gestützt werden. Versuche, auf diesen Entschluß einen unzulässigen Einfluß auszuüben, sind zu vermeiden.

Der U-Bootkrieg ist fortan nicht mehr als eine Vergeltungsmaßregel gegen die völkerrechtswidrige Hungerblockade Deutschlands durch England zu erörtern.

Wir führen keinen rücksichtslosen U-Bootkrieg, sondern einen „ungehemmten“ oder „uneingeschränkten“.

Es ist vaterländische Pflicht der Presse, sich grundsätzlich auf die Wiedergabe der amtlichen Nachrichten über den U-Bootkrieg zu beschränken und darüber hinaus sich jeder offenen oder versteckten anderen Behandlung dieser Frage zu enthalten.

Heute läßt sich bereits übersehen, wie verfehlt alle diese Anordnungen, die nichts anderes als eine Erdrosselung der freien Meinungsäußerung bedeuteten, waren. Die vielen in den Zeitungsbetrieben sitzenden geschulten politischen Köpfe waren durch diese Zensurmaßnahmen ausgeschaltet, und mancher gute Rat, der den maßgebenden Stellen vonnöten gewesen wäre und tatsächlich hätte erteilt werden können, mußte von vornherein unterbleiben.

Anleihen:

Es ist unerwünscht, daß Verhandlungen und Beschlüsse der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen, die sich

mit der Aufnahme von Kreis- und Stadtanleihen zum Zwecke der Beteiligung an Kriegsanleihen befaßt, veröffentlicht werden. Zulässig sind aber Veröffentlichungen über die ziffermäßige Beteiligung der Kreise und Städte an der Kriegsanleihe.

Scheint es sich bei dieser Verordnung nicht vor allem darum zu handeln, das wahre Bild der tatsächlich gezeichneten Summen unserer Kriegsanleihen zu verschleiern? Wäre dem so, dann ist das Resultat der in Wahrheit gezeichneten Summen unzutreffend.

Anzeigen. Verboten sind Anzeigen folgenden Inhaltes: Betreffend Erwerb von seltenen Kriegsgegenständen (Anschlagzettel, Proklamationen, Gelegenheitschriften, interessante Photographien).

Anpreisungen von Wahrsagern usw.

Bitten von Unteroffizieren und Mannschaften um scheinungsweise Überlassung von Ferngläsern, Pistolen, Revolvern usw. — Sammlungen solcher Gegenstände von Vereinen, Zeitungsverlagen und Firmen für Liebesgaben.

Bezug von Auslandsbutter.

Anknüpfung von Beziehungen zwischen deutschen Militärpersonen und unbekanntem Personen außerhalb des Heeres (Heiratsgesuche, Briefwechsel).

Anzeigen betreffend Selbstbereitung von Seife.

Anzeigen betreffend Beschäftigung von Arbeitskräften jeder Art, in denen ein Hinweis auf hohe Löhne oder besondere Vergünstigungen enthalten ist.

Anzeigen, in denen Privatpersonen im neutralen Ausland sich anbieten, gegen Geldentschädigung Liebesgabenpakete an deutsche Kriegsgefangene zu senden.

Zu widerhandlungen oder Aufforderung und Anreiz dazu werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei milderen Umständen mit Haft oder Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft.

Arbeiter:

Die Bereitstellung von Arbeitern für Zwecke des Heeres oder der Marine darf nicht erwähnt werden.

Mitteilungen über Mangel an Arbeitskräften in Industrie und Landwirtschaft sind möglichst zu vermeiden, da sie vom Auslande gern aufgegriffen werden, um darzutun, daß angeblich unsere Menschenreserven zu Ende gehen.

Das Ausland war über den Stand unseres Materials an Arbeitskräften in Industrie und Landwirtschaft ganz genau unterrichtet. Es kann sich also bei dieser Maßregel nur um eine Irreführung der öffentlichen Meinung bei uns zulande handeln.

Aufenthalt:

Mitteilungen über den Aufenthalt des Kaisers, des Kronprinzen, von Fürstlichkeiten und sonstigen Persönlichkeiten, die die Armee begleiten, von deutschen Kriegs- und Handelsschiffen sind verboten.

Mit welchem Rechtsgrund den Zeitungen untersagt wurde, den Aufenthaltsort von Fürstlichkeiten und sonstigen Persönlichkeiten, die die Armee begleiten, zu melden, wird unverständlich bleiben.

Ausland:

Berichte über feindliche Greuelthaten an deutschen Verwundeten oder schlechte Behandlung von kriegsgefangenen Deutschen sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Es wird gebeten, das Material dem Stellvertretenden Generalkommando zuzuleiten.

Alle Fragen, die unsere Kriegsgefangenen behandelten, alle Nachrichten über Kriegsgefangene, über ihr Wohlergehen und ihre Beschäftigung mußten dem Kriegsministerium zur Zensur unterbreitet werden. Von dort bekamen sie die Zeitungen oft wochen- und monatelang nicht zurück.

Ausländische Artikel

Deutschfeindliche Artikel der fremden Presse sollen nur dann in heimischen Zeitungen abgedruckt werden, wenn durch die Form der Veröffentlichung jedem Mißverständnis der Leser über die Herkunft der Aufsätze vorgebeugt ist ... Stets muß erwogen werden, ob die Wiedergabe derartige Artikel auch wirklich für die deutschen Leser von Wert ist und nicht etwa im Endergebnis auf eine unbeabsichtigte Förderung der von der feindlichen

Presse angestrebten Einwirkung auf die deutsche Lesewelt hinausläuft. (Berechnung auf schwache Gemüter und urteilslose Leser in Deutschland.) Es ist im Auge zu behalten, ob etwa ausländische Artikel bei uns trügerische Hoffnungen oder unbegründete Furcht erwecken.

Wenn die Oberzensurstelle des Kriegspresseamtes in diesem Fall die Berechnung auf schwache Gemüter und urteilslose Leser ins Kalkül zieht, so kann man ohne weiteres annehmen, daß sie bei der Weiterverbreitung der eigenen Meldungen auch wiederholt von diesem Standpunkt ausgegangen ist. Im übrigen wirkt es heute recht komisch, wenn die Oberzensurstelle von der „unbegründeten Furcht“ spricht, die etwa ausländische Artikel bei uns erwecken könnten.

Austausch:

Es wird gebeten, Veröffentlichungen über den Austausch von Kriegsgefangenen nur zu bringen, wenn sie von amtlicher Seite ausgehen.

In den Kreisen der Presse war es wiederholt bekannt geworden, daß Prinzen und andere „hohe Herrschaften“, die in feindliche Gefangenschaft geraten waren, gegen geeignete Kompensationspersönlichkeiten ausgetauscht wurden. Man muß ohne weiteres das starke Interesse anerkennen, das die militärischen Behörden an der Geheimhaltung dieses Vorgehens hatten, da es in allen Kreisen des deutschen Volkes böses Blut gemacht hätte, wenn man erfahren hätte, daß der Prinz Soundso, der für das Vaterland wenig oder gar nichts geleistet hat, ausgetauscht wurde, während der für die Allgemeinheit brauchbarste Mensch weiter in Gefangenschaft schmachten mußte, nur weil es ihm an den nötigen großen Beziehungen fehlte.

Bäder:

Geländebeschreibungen sind aus gewissen Gebieten Deutschlands und aus dem besetzten feindlichen Gebiet verboten.

Als ob der Feind nicht die genauen Bodenverhältnisse seiner eigenen Scholle gekannt hätte!

Barbarei:

Aufforderungen zu barbarischer Kriegführung, Vertilgung fremder Völker sind abstoßend; die Armee weiß, wo Strenge und Milde zu walten hat.

Bayern:

Verbreitung des im Französischen Verlage in München erschienenen geographisch-historischen Handbuches von Bayern ist für die Dauer des Krieges unzulässig.

Befehle:

Befehle militärischer Dienststellen und deutscher Heerführer dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung, die durch die Zensurstelle einzuholen ist, veröffentlicht werden.

Sollte diese Anordnung nicht ebenfalls der Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse Vorschub leisten?

Befürchtungen:

Alles vermeiden, was im Inlande übertriebene Hoffnungen, unbegründete Befürchtungen oder Niedergeschlagenheit erwecken könnte.

Also die Wahrheit!

Bekleidungsbedarf:

Veröffentlichungen über alle Maßnahmen, die von der Reichsbekleidungsstelle zur Streckung unserer Vorräte geplant werden, müssen unterbleiben. Erforderliche Veröffentlichungen veranlaßt die Reichsbekleidungsstelle.

Berichte:

Darstellungen des bisherigen Verlaufs des Krieges oder größerer Kriegsabschnitte sind erlaubt, sofern sie sich auf die Verarbeitung der Heeresberichte und der sonstigen amtlichen und halbamtlichen Veröffentlichungen beschränken.

Nur auf diese Art war es möglich, uns die Nachrichten über eigene Mißerfolge oder Niederlagen auf die Dauer vorzuenthalten. Der Wissensdurst des Publikums durfte eben nur durch das, was uns amtlich vorgelegt wurde, gestillt werden.

Beschlagnahme:

Veröffentlichungen über die Beschlagnahme von Schriften sowie Besprechungen über deren Inhalt sind verboten.

Die Irreführung des Publikums mußte also auf jeden Fall geübt und aufrecht erhalten werden.

Beschwerde:

Durch das Gesetz über den Kriegszustand vom 4. XII. 16, ist eine militärische Zentralinstanz als Beschwerdestelle errichtet worden. (Mit Ausnahme des Königreichs Bayern.) Durch kaiserliche Ausführungsverordnung ist als diese Beschwerdestelle ein Obermilitärbefehlshaber mit dem Sitz in Berlin eingesetzt worden. Die Beschwerde ist zulässig gegen Verfügungen, die im Einzelfalle Zensurmaßnahmen gegenüber der Presse sowie gegenüber den Theatern, Lichtbildtheatern und anderen Schaustellungen zum Gegenstand haben; ebenso wenn sie Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit betreffen. Das Beschwerderecht steht dem zu, gegen den die Verfügung des Militärbefehlshabers gerichtet ist; sie wird bei dem Militärbefehlshaber eingelegt, der die Verfügung getroffen hat. Erachtet dieser die Beschwerde für begründet, so hat er ihr abzuhelfen, anderenfalls ist sie sofort dem Obermilitärbefehlshaber vorzulegen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung, jedoch kann der Vollzug der angefochtenen Verfügung sowohl vom Militärbefehlshaber, als auch vom Obermilitärbefehlshaber ausgesetzt werden. Erachtet der Obermilitärbefehlshaber die Beschwerde für begründet, so kann er die erforderliche Verfügung selbst treffen, oder dem Militärbefehlshaber übertragen.

Daß die Beschwerden im allgemeinen nicht den erwarteten und gewünschten Erfolg brachten, weiß jeder, der sich an die in Frage kommenden Behörden wenden mußte.

Bevölkerungsstatistik:

Veröffentlichungen von vergleichenden Bevölkerungsstatistiken, aus denen Rückschlüsse auf die Höhe der Verluste möglich sind, sind unerwünscht.

Vor allem muß hierzu bemerkt werden, daß der Ausdruck „unerwünscht“ mit der Bezeichnung „verboten“ oder „unzulässig“ wiederholt alterniert, und daß die Zensurbehörden jederzeit keinen Zweifel darüber ließen, daß ihre Wünsche als Befehle betrachtet werden müssen. — Rückschlüsse auf die Höhe unserer Verluste durften also nicht gemacht werden, da das Volk in einem falschen Wahn gehalten werden mußte.

Briefe:

Veröffentlichung von Briefen von Angehörigen des Heeres oder der Marine ohne Einverständnis der heimatischen Militärbehörden ist verboten.

Sonst hätte wohl das Volk die Wahrheit erfahren können. Das mußte verhindert werden.

Briefwechsel:

Anbahnung von Briefwechsel mit Militärpersonen soll von der Veröffentlichung ausgeschlossen werden.

Burgfrieden:

Soweit nicht die militärischen Interessen des Reiches benachteiligt werden, darf jeder Überzeugung Ausdruck gegeben werden, wenn dies in geeigneter Form geschieht. Eine — sogar scharfe — sachliche Vertretung des eigenen Standpunktes in politischen und wirtschaftlichen Fragen ist demnach ebenso gestattet, wie die ruhige Erörterung von Fehlern und Irrtümern Andersdenkender.

Durch die Einschränkung „wenn dies in geeigneter Form geschieht“ konnte die Zensurbehörde natürlich jede freie Meinungsäußerung auch in den Fragen der inneren Politik und der Wirtschaftspolitik unterbinden, wenn ihr die Richtung nicht genehm erschien.

Einberufung:

Über die Einberufung und Einstellung von Rekruten und die Heranziehung bestimmter Jahrgänge des Landsturms ist nichts zu veröffentlichen. Jedoch ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Presse den hier und da auftauchenden Gerüchten über eine weitere Ausdehnung der Landsturmpflicht entschieden entgegentritt.

Elsaß-Lothringen:

Erörterungen über die künftige staatsrechtliche Gestalt Elsaß-Lothringens, wie überhaupt über die Frage, ob sich eine Änderung der elsass-lothringischen Verfassung empfiehlt oder nicht, sind aus Gründen des inneren Friedens verboten.

Vorstehende Zensurbestimmungen über Elsaß-Lothringen werden durch die Freigabe der innerpolitischen Erörterungen nicht berührt, bleiben also bestehen.

England:

Es wird gebeten, über Schwierigkeiten, Arbeiterunruhen, Streiks usw. in England lediglich objektiv zu berichten; dagegen keine weiteren Betrachtungen und Schlußfolgerungen anzuknüpfen, da dadurch der englischen Regierung und Presse ein Argument in die Hand gegeben wird, das ihr die Überwindung dieser Schwierigkeiten erleichtern würde.

Es ist schwer, diesem Gedankengang zu folgen. Es dürfte vielmehr plausibel erscheinen, wenn man annimmt, daß diese Verfügung hauptsächlich den Zweck verfolgte, den Gedanken des Streiks bei uns nicht zu pflügen.

Explosionen:

Nichtamtliche Nachrichten über Explosionsunglücksfälle dürfen nicht veröffentlicht werden.

Das Vertrauen in die gewissenhafte Berichterstattung der Zeitungen wurde anlässlich der großen Explosionskatastrophen, von denen verschiedene Munitionswerke im Reiche betroffen worden sind, erheblich erschüttert. Denn auf die Dauer ließen sich die Unfälle in ihrer wirklichen Größe und ihrem tatsächlichen Umfang nicht verheimlichen. Ich erinnere an die schweren Explosionen in Heinersdorf, Spandau usw.

Familienanzeigen:

Bei Familienanzeigen sind Angaben über die Dienststellung der betreffenden Militärpersonen fortzulassen, sofern sie dem Dienstgrade in auffallender Weise nicht entsprechen (z. B. Leutnant als Bataillonsführer).

Feind:

Amtliche, den Landkrieg betreffenden Berichte der Gegner sollen möglichst ungekürzt abgedruckt werden. Zur Berichtigung von Entstellungen empfiehlt sich die Beifügung kritischer Betrachtungen. Niemals ungünstige Nachrichten daraus streichen. Wir haben nichts zu verheimlichen, unsere eigenen Berichte sind auch wahrheitsgemäß.

Das wäre im Prinzip alles recht schön; aber wie wurde das gehandhabt? Ein Hinweis auf den Bericht über die

Schlacht an der Marne im Jahre 1914 und über den Zusammenbruch unserer Front im Westen im Herbst 1918 mag als Illustrationsfaktum genügen.

Die Schwarzmalerei der feindlichen Auslandspresse, besonders der englischen, beruht häufig auf wohlervogener Berechnung. Tritt die Voraussage ein, so wird sie erheblich weniger Erschütterung verursachen. Tritt sie nicht oder wenigstens nicht in dem befürchteten Umfang ein, so wird dies benutzt, um nun im wirkungsvollen Gegensatz die Behauptung glaubhaft zu machen, daß die Deutschen ihr Ziel nicht erreicht, also einen Mißerfolg erlitten hätten. In jedem Falle kommt eine für unsere Gegner vorteilhafte Wirkung heraus! Deshalb darf unsere Presse nicht nachbeten, was uns die Feinde vorgesagt haben. Bleibt der erhoffte Sieg hinter den Erwartungen zurück, so verursacht selbst ein beachtenswerter Erfolg statt der berechtigten Freude nur Enttäuschung. Erreichen wir dagegen wirklich alles, was die kühnste Phantasie sich ausgemalt hat, so wird anstatt der begeisterten Kraft eines in seiner Größe nicht vorher gesehenen Sieges, statt des plötzlichen, die Tiefen der Volksseele ergreifenden Jubels nur eine flaue Genugtuung darüber ausgelöst, daß alles so gekommen ist, wie man längst vorhergesehen hatte und „von unseren braven Truppen ja auch gar nicht anders zu erwarten war“.

Alle aus dem feindlichen Ausland stammenden Nachrichten sind mit Zurückhaltung zu behandeln und bei ihrer Wiedergabe ist namentlich auf die Wahl der Überschriften große Sorgsamkeit zu verwenden. Dies gilt besonders auch von den amtlichen Kriegsnachrichten der Feinde. Die Berichte selbst und Betrachtungen darüber müssen in der äußeren Form der in den deutschen Heeresberichten zutage tretenden Auffassung angepaßt und in ihrem Sinne abgetönt sein.

Da unsere Heeresberichte, wie das Kriegsende deutlich genug beweist, oft und oft in eine Form gekleidet waren, durch die dem deutschen Volk ein Sieg vorgegaukelt wurde, wo tatsächlich keiner zu verzeichnen war, die deutsche Presse aber oft die tatsächlichen Verhältnisse gut kannte, so wurde sie wieder-

holt gezwungen, gegen besseres Wissen und Wollen sich zum Mitschuldigen der Heeresleitung zu machen.

Feindliches Gebiet:

Der Generalgouverneur von Belgien hat folgendes zur Besprechung freigegeben: Wieder-Inbetriebsetzung zahlreicher Fabriken und Gruben, Anbau des Landes, Schutz und Förderung der Pferde- und Viehzucht. Nicht zuzulassen sind dagegen alle Erörterungen über wirtschaftliche Maßnahmen, die militärischen Zwecken dienen. Dabei muß alles vermieden werden, was den Schluß auf eine Ausnutzung des besetzten Landes zugunsten der deutschen Volkswirtschaft rechtfertigen würde.

Weil wir immer als „Engel“ gelten wollten.

Friedensfrage:

Erörterungen über Sonderfrieden sind verboten.

Es ist natürlich unmöglich, zu verhindern, daß selbst durchaus vernünftige und unbedenkliche Artikel der deutschen Presse von der feindlichen verdreht und entstellt werden. Wir müssen uns aber immer vor Augen halten, daß unsere Gegner nach diesem Rezept handeln. Es ist bemerkenswert, daß uns sämtliche auf Friedenssehnsucht gestimmte Artikel im Auslande außerordentlich schaden. Die Gegner sind durch Verhezung und Lüge geistig so irreführt, daß sie trotz aller Mißerfolge immer noch an ihren Sieg glauben und alles, was bei uns nach Friedenshoffnung aussieht, als Kriegsmüdigkeit, Schwäche und Erschöpfung deuten. Durch Friedensartikel wird die moralische Wirkung unserer Waffenerfolge nur abgeschwächt.

Mehr Vorsicht bei Nachrichten und Artikeln über Friedensmöglichkeiten, damit falscher Eindruck vermieden wird, als ob wir auf jeden Fall Frieden wünschen, weil wir den Krieg nicht mehr aushalten könnten.

Unsere armen Gegner, die durch Verhezung und Lüge geistig so irreführt wurden, daß sie trotz aller Mißerfolge immer noch an ihren Sieg glaubten. Wie gerne würden wir heute mit ihnen tauschen!

Führung:

Das Vertrauen in die militärische Führung darf nicht erschüttert werden.

Redlich haben die deutschen Zeitungen dieses Gebot erfüllt, es hat aber nichts genützt.

Fürstlichkeiten:

Reisetage und Reiseziele von Fürstlichkeiten und sonstigen Persönlichkeiten, die die Armee begleiten, sowie deren Aufenthaltsort nach dem Eintreffen auf dem Kriegsschauplatz, dürfen nicht erwähnt werden.

Gesamtzahl der Gefallenen

darf nicht veröffentlicht werden.

Das hätte doch aber der Kriegführung keineswegs schaden können. Das deutsche Volk mußte eben dumm gemacht und in Dummheit erhalten werden.

Griechenland:

Die deutsche Presse muß alles vermeiden, was Streitigkeiten in das Verhältnis zwischen Griechenland und Bulgarien hineinbringen könnte.

Alle Veröffentlichungen über eingetroffene Griechentransporte unterliegen der Zensur.

Hauptquartier:

Die vom Großen Hauptquartier ausgehenden Berichte der Kriegsberichterstatter sind dort zensiert und somit keiner weiteren Zensur unterworfen.

Die Kriegsberichterstatter durften also auch nur schreiben, was den Herren im Großen Hauptquartier paßte. Sie durften sehen und hören und sich sogar ein eigenes Urteil bilden, sie mußten sich aber jede Korrektur an der Verarbeitung ihres Urteiles gefallen lassen.

Industrie:

Veröffentlichungen mit zahlenmäßigen Angaben über die beabsichtigte oder erfolgte Stilllegung von Betrieben sind unzulässig.

In welchem Zusammenhang mag wohl diese Verordnung mit der Kriegführung gestanden haben? Die Verordnung bezog sich keineswegs auf Betriebe der Kriegsindustrie allein, sondern auch auf alle anderen industriellen Betriebe.

Italien:

Die Presse wird gebeten, möglichst wenig Nachrichten über die revolutionäre Bewegung in Italien zu bringen, ins-

besondere die Namhaftmachung der Führer dieser Bewegung zu vermeiden.

Wohl auch eine militärische Angelegenheit?

Kaiser:

Alle Veröffentlichungen und Bilder, die Se. Majestät den Kaiser auf dem Kriegsschauplatz oder in der Heimat betreffen, unterliegen der Vorzensur. Dazu gehören insbesondere Ansprachen, Kabinettsorders, Telegramme und sonstige Äußerungen des Kaisers. Unzulässig sind:

1. Alle Vermutungen und Betrachtungen über den Aufenthalt, über die Reise des Kaisers, soweit es sich nicht um amtliche Mitteilungen handelt;
2. Nachrichten über den Umfang oder Veränderungen des Befehlsbereiches des Kaisers.

Kohlen:

Es wird gebeten, die Kohlenfrage ähnlich zu behandeln, wie die Ernährungsfrage, also über die Besprechung der örtlichen Schwierigkeiten nicht hinausgehen.

In Berlin sollte man danach der Meinung sein, daß vielleicht in Hamburg oder München genügend Kohlen vorhanden seien, dort wieder sollte man meinen, die Schwierigkeiten beständen nur in der betreffenden Stadt. Auf die Dauer ließ sich aber die Wahrheit nicht verheimlichen.

Kriegsberichterstatter:

Aufsätze und Telegramme der im Felde stehenden Kriegsberichterstatter werden von den mit der Führung beauftragten Offizieren zensiert. Die mit dem Zulassungstempel versehenen Manuskripte gehen unmittelbar an die Redaktionen der Zeitungen, von denen die Kriegsberichterstatter entsandt sind.

Da die Führung von Kriegsberichterstattern wiederholt nur Leutnants anvertraut war, lag das verantwortungsvolle Amt des Zensors wieder nur in der Hand eines jungen unerfahrenen Menschen, der gewiß viel weniger als der Kriegsberichterstatter darüber entscheiden konnte, was opportun oder inopportun ist. Aber in diesem Kriege galt einmal der bunte Rock des Leutnants mehr, als das reiche Wissen eines erfahrenen Schriftstellers. Wie weit wir mit diesem System gekommen sind, haben wir ja gesehen.

Kriegsgefangene:

Von der Veröffentlichung sind ausgeschlossen Mitteilungen über Heranziehung von Kriegsgefangenen zu Arbeiten in den Bergwerken und in solchen Industriezweigen, die sich mit der Herstellung von Heeresbedarf befassen. — Aber auch bei erlaubten Veröffentlichungen sind ziffernmäßige oder sonstige Angaben zu vermeiden, aus denen der Umfang der Heranziehung zur Arbeitsleistung zu ersehen ist oder Schlüsse auf ihre Unentbehrlichkeit für unser Wirtschaftsleben gezogen werden können.

Aufrufe zugunsten deutscher Kriegsgefangener und Mitteilungen über deren Lage in Feindesland unterliegen der Vorzensur.

Alle Artikel, gleichviel welcher Herkunft und welchen Umfangs, die Völkerrechtsverletzungen von Seiten unserer Feinde schildern, oder die Behandlung und die Lage Deutscher, in feindlicher Gewalt befindlicher Kriegs- und Zivilgefangener zum Gegenstand haben, ebenso auch Aufsätze, in denen — soweit Völkerrechtsverletzungen und Gefangenenbehandlung in Betracht kommen — die Anwendung von Gegenmaßregeln gefordert wird, unterliegen der Vorzensur.

Wie die Zensur bei der Frage der Gefangenenbehandlung arbeitete, spottet jeder Beschreibung. Die „National-Zeitung“ war beispielsweise einmal von einem Komitee, das die Fürsorge für unsere Kriegsgefangenen in England sich zur Aufgabe gestellt hatte, um den Abdruck eines kleinen Artikels gebeten worden, in dem an der Hand von authentischen Daten gezeigt wurde, daß insbesondere unsere Offiziere in England ausgezeichnet behandelt werden, daß jeder die Möglichkeit hat, sich in dem von ihm gewünschten Sinne zu betätigen, daß für jeden Offizier eine eigene Patronesse in England sorgt, und unter diesen wieder geradezu ein Wettstreit darin geübt wird, ihrem Schützling sein Los so erträglich und angenehm wie möglich zu gestalten. Dieser Artikel hatte den Zweck, die in Deutschland lebenden Angehörigen der betreffenden Kriegsgefangenen über deren Los und Wohlergehen zu beruhigen. Da aber nichts in den deutschen Blättern über die Behandlung von Kriegsgefangenen ohne vorherige Genehmigung der Zensur erscheinen durfte, schickte ich den Artikel zur Zensur. Ich erhielt ihn mit

dem Verbotsvermerk zurück! Also nicht einmal in solchen Fällen war der Wahrheit freie Bahn gelassen. Der Engländer mußte zur Aufspeitschung unserer Volksstimmung als Schurke und Verbrecher hingestellt werden, selbst dann, wenn er sich menschenfreundlich und entgegenkommend zeigte.

Kriegsteilnehmer:

Die aus dem Felde heimgekehrten Militärpersonen sollen sich vor unbedachten Äußerungen, durch welche Nervosität und Niedergeschlagenheit hervorgerufen wird, hüten und sich in ihren Mitteilungen über den Krieg auf die Wiedergabe persönlicher Erlebnisse beschränken.

Ein eigenes Urteil sich über den wahren Stand der Dinge zu bilden, und dieses Urteil seinem Nachbar mitzuteilen, war also dem freien deutschen Soldaten versagt.

Kriegswirtschaft:

Es wird gebeten, alle Veröffentlichungen, die die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des Kriegsministeriums betreffen, diesem zur Prüfung vorzulegen.

Kritik

der Zensurbehörde, die das öffentliche Vertrauen erschüttert, ist verboten.

Kronprinz:

Mitteilungen über den Aufenthalt des Kronprinzen sind verboten.

Landkrieg:

Ämtliche, den Landkrieg betreffenden Berichte der Gegner können ungekürzt abgedruckt werden. Zur Berichtigung von Entstellungen empfiehlt sich die Beifügung kritischer Betrachtungen, eventl. liefert das Kriegspresseamt auf Anfrage Material. Nichtämtliche feindliche oder neutrale Nachrichten müssen auf Wirkung und Interessengefährdung sorgfältig geprüft werden.

Lazarette:

Ein Verlag hat an die Lazarette einen Aufruf zur Erlangung von Schilderungen von Kriegserlebnissen der Soldaten gerichtet. Es ist verboten worden, dem Aufruf Folge zu leisten, da zur Vermittlung des Verkehrs zwischen Presse und Armee die besonderen militärischen

Dienststellen vorhanden sind, deren Umgehung nicht gutgeheißen werden kann. (Presseabteilungen der General-Kommandos usw. — Kriegspresseamt.)

Es ist also die Veröffentlichung wahrer Nachrichten systematisch unterbunden und unmöglich gemacht, sofern man nicht auf die Mitwirkung der Behörde verzichten wollte oder konnte.

Lebensmittel:

Mitteilungen und Erörterungen über die Volksernährung bleiben zensurfrei im Vertrauen darauf, daß sich alle, die sich in wirtschaftlichen Fragen an die Öffentlichkeit wenden, des großen Verantwortungsgefühles bewußt sein werden, und daß insbesondere die für die Aufrechterhaltung des Burgfriedens erlassenen Bestimmungen auch für die Behandlung der Ernährungsfragen strengstens gewahrt werden. Damit militärische Interessen nicht mittelbar durch Schwächung der Kraft des Durchhaltens in der heimischen Bevölkerung und unmittelbar durch Verschlechterung der Stimmung im Heere geschädigt werden, sind für derartige Veröffentlichungen in Schrift oder Bild folgende Richtlinien zu beachten, die sich auch auf Vorträge, Beschlußanträge, Entschlüsse, Versammlungen und Sitzungen aller Art erstrecken. (Ausgenommen sind lediglich öffentliche Körperschaften, deren Sitzungsberichte in bezug auf die Veröffentlichung einen besonderen verfassungsrechtlichen Schutz genießen.)

1. Verboten sind

- a) Behauptungen oder Vermutungen, daß unser wirtschaftliches Durchhalten unmöglich sei oder durch die getroffenen Maßnahmen und Organisationen unmöglich gemacht werde;
- b) Darstellungen und Mitteilungen über Ernährungsfragen, die nach Inhalt, Ton oder äußerer Aufmachung als Verhetzung zu bezeichnen sind oder verhetzend wirkende Äußerungen über das Verhältnis zwischen Stadt und Land, die die Eintracht unter verschiedenen Volksschichten zu stören geeignet sind. Ebenso Unzufriedenheit erregende Vergleiche der Ernährungsverhältnisse in verschiedenen

Bundesstaaten, obrigkeitlichen Bezirken oder in Stadt und Land;

- c) Nachrichten über Straßenkündgebungen, Unruhen und über Ausstandsbewegungen wegen Nahrungsmittelknappheit.
2. Nur von der örtlichen Presse dürfen Mitteilungen über örtliche Schwierigkeiten in der Ernährung gebracht werden und dies nur in einer Form, die den örtlichen Charakter des Notstandes klar ersehen läßt.

Der Vorprüfung unterliegen:

- a) Nachrichten über Verderben von Lebensmittelvorräten, damit falsche oder übertriebene Angaben oder solche, die besonders ungünstig auf die Volksstimmung einwirken, ausgeschlossen werden können;
- b) Aufsätze über deutsche Ernährungsfragen, die der ausländischen Presse entnommen sind, Artikel und Berichte der neutralen Auslandspresse über Unterredungen, die amtliche deutsche Stellen mit neutralen Berichterstattern in wirtschaftlichen, insbesondere Ernährungsfragen gehabt haben, sowie Beurteilungen und Wertungen dieser Aufsätze und Berichte.

Durch diese Richtlinien soll indessen die Kritik an den getroffenen Organisationen und Maßnahmen als solche keineswegs (!) unterdrückt werden; in sachlicher Weise vorgetragene, die Kraft des Durchhaltens nicht schwächende Beurteilungen und Anregungen werden durch die Zensur keine Einengung erfahren. Dies bezieht sich insbesondere auf wissenschaftliche Fachkritik berufener Gelehrter und Sachverständiger.

Die Knappheit der Lebensmittel soll nicht zum Gegenstand von Wägen in Wägenblättern gemacht werden.

Zusammenstellungen, in denen die Preise der verschiedensten Nahrungsmittel einfach zusammenaddiert werden, ohne Rücksicht auf das im Haushalt in Menge und Art wirklich Benötigte, sind irreführend und deshalb untersagt.

Die wesentliche Einschränkung der freien Meinungsäußerung der Presse zu den Fragen der Lebensmittelversorgung ist durch das Wort „keineswegs“ für die Behörde genügend sichergestellt; wie in fast allen, das öffentliche Interesse stark berüh-

renden Fragen hat sie auch hier sich ein Hintertürchen offengelassen, durch das sie jederzeit in der Lage war, die freie Erörterung der ganzen Lebensmittel- und Ernährungsfrage zu hemmen und unmöglich zu machen.

Marine:

Todesanzeigen von Marineangehörigen dürfen den Namen des Schiffes oder Fahrzeuges nur dann nennen, wenn es sich um Untergang eines amtlich als verloren bekanntgegebenen Schiffes oder Fahrzeuges handelt. Andernfalls würde der Feind Fingerzeige erhalten. (Havarien, Schiffsverluste, Teilnahme von Schiffen an bestimmten Unternehmungen usw.)

Nachrichten darüber, daß Brackstücke oder Gegenstände, die unzweifelhaft von einem amtlich nicht als verloren bekanntgegebenen Schiff oder Hilfschiff der Kaiserlichen Marine herkommen, in See gesichtet wurden oder an den Strand getrieben seien, dürfen in der Presse nicht veröffentlicht werden.

Wenn auch diese beiden Verbote verhindern sollten, dem Feind Fingerzeige zu geben, so kommt für das deutsche Volk dennoch nur die Tatsache in Betracht, daß man ihm die Wahrheit durch solche Maßnahmen vorenthielt; man kann doch schließlich mit einiger Sicherheit annehmen, daß der Feind eher über einen Erfolg gegenüber einem unserer Schiffe unterrichtet gewesen sein dürfte als wir, die wir fern vom Schusse waren.

Medizinische Fragen:

Medizinische Abhandlungen, welche die Bevölkerung beunruhigen und im feindlichen Ausland zu unserem Nachteil ausgebeutet werden können, dürfen nicht veröffentlicht werden.

Diese ewigen Rücksichten auf das feindliche Ausland!

Menschenmaterial:

Es wird gebeten, den Ausdruck „Menschenmaterial“ für den Ausdruck Mannschaftenersatz möglichst nicht zu verwenden, zumal er auch in den amtlichen Berichten nicht vorkommt.

Militärgerichte:

Alle Berichte über den Verlauf von Verhandlungen der deutschen Militärgerichte sind von der Veröffentlichung

ausgeschlossen. Die Urteile (ohne Gründe) können im allgemeinen veröffentlicht werden, außer denjenigen deutscher Militärgerichte gegen Kriegsgefangene Feinde, gegen Elsaß-Lothringer und gegen Spione.

Der Rock des Königs war natürlich bei uns immer so heiligt, daß man außerhalb der Mauern des Kriegsgerichtes nicht erfahren durfte, ein Soldat oder gar ein Offizier habe sich gegen ein Gesetz vergangen. So schützte der strenge Kastengeist auch den Verbrecher vor den üblen Folgen eines in der Öffentlichkeit durchgeführten oder wenigstens erörterten Prozesses.

Militärische Artikel:

Unterliegen der Vorzensur ohne Rücksicht auf die Quelle, aus der sie stammen. Diese Bestimmung ist unter allen Umständen zu befolgen.

So kenne ich z. B. den Fall, daß die Artikel eines aktiven Obersten, der an der Spitze einer äußerst wichtigen militärischen Stelle in Berlin stand, stets zum Oberkommando geschickt werden mußten, um dort zensiert zu werden. Tatsächlich strich auch der zensierende Herr Leutnant ungeniert die ihm als nicht geeignet erscheinenden Stellen.

Militarismus:

Das Thema „Militarismus“ kann in richtigen Grenzen und zur Abwehr des Auslandes behandelt werden. Dagegen ist alles zu vermeiden, was zu innerem Streit führen kann.

Nachrichten der Auslandspresse:

Die N. d. N. (eine vom Kriegspresseamt in Berlin herausgegebene Übersicht über die Nachrichten der Auslandspresse) enthalten eine Rubrik „Prophetenspiegel“, um an die falschen Voraussagen der Feinde zu erinnern. Eine gleiche Rubrik wird den Zeitungen empfohlen!

Heute auch noch? Ich glaube kaum, daß auch nur eine deutsche Zeitung über so viel Papier verfügt, um unsere falschen Prophezeiungen in ihrer Gesamtheit zu rubrizieren. Da wären schon Bände notwendig.

Oberste Heeresleitung:

Die D. H.-L. hat den dringenden Wunsch, nach jeder Richtung hin aus dem Parteigetriebe und dem Streit der po-

litischen Meinungen ferngehalten zu werden. Andernfalls werden grundlegende Interessen der Kriegsführung verletzt. Aufsätze, die dem zuwiderlaufen, sind verboten. Diese Vorschrift findet auch auf Vorträge Anwendung.

Sich strikt an diese Verfügung zu halten, wäre der deutschen Presse vielleicht nicht gar so schwer gefallen, wenn sich vor allem die Oberste Heeresleitung nicht selbst so viel um Politik gekümmert hätte. Es genügt wohl ein Hinweis auf Ludendorffs vielseitige Tätigkeit.

Operationen:

Erörterungen über vermutliche Absichten deutscher Heerführer gegen Maßregeln des Feindes oder über Weiterentwicklung schwebender Operationen, insbesondere Erwägungen über die Aussichten der Fortführung in einer oder der anderen Richtung, müssen unter allen Umständen unterbleiben. Vor übertriebenen Betrachtungen über schwebende Operationen wird gewarnt. Tritt das Erwartete nicht ein, so wird überall die Ansicht verbreitet, wir hätten eine Enttäuschung, wenn nicht einen Rückschlag erlitten. Tritt es aber ein, dann ist das Beste am Erfolge für die Allgemeinheit, die Genugtuung darüber, schon verbraucht. Die Betrachtungen über die Kriegslage sollen durchaus nicht unterbunden werden; es muß aber verlangt werden, daß sie sich von der Sucht zur Übertreibung freihalten. Auch Erörterungen über unser Angriffsverfahren sind zu unterlassen.

Bei Erörterung der Kriegsziele ist jede Betrachtungsweise verboten, die auf eine Beeinflussung der militärischen Kriegsführung hinausläuft.

Die Frage ist naheliegend, ob wir nicht besser gefahren wären, wenn wir auf eine zielbewußte Beeinflussung der militärischen Kriegsführung durch berufene Militärschriftsteller nicht hätten verzichten müssen.

Pferde:

Beröffentlichungen über Pferdenot sowie über Pferdeankäufe im Ausland sind unzulässig. — Erörterungen über den Fortfall der Remonteankäufe 1917 sind verboten.

Polen:

Die Besprechung des Manifestes über die Begründung des

polnischen Staatswesens ist freigegeben. Unzulässig ist aber:

1. Die Besprechung der Grenzen des neuen Staates;
2. die Erörterung der Rekrutierungsmöglichkeit;
3. alles, was die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu dem neuen Staatswesen stören oder erschweren könnte.

Veröffentlichungen über die polnischen Legionen und das polnische Heer sind nicht gestattet. Zugelassen ist lediglich der Nachdruck von Artikeln aus Zeitungen des Gen.-Gouv. Warschau.

Wie weit wir mit dieser Politik gekommen sind, und wie geschickt wir die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen in die Hand genommen haben, beweist deutlich die starke Liebe, die man uns von polnischer Seite zollt.

Politik:

Die Erörterung innerpolitischer und wirtschaftspolitischer Fragen unterliegt keiner Beschränkung. Gehässige oder die Gesinnung anderer Parteien und Gewerbestände herabwürdigende Auseinandersetzungen sind zu vermeiden und können gegebenenfalls Zensurmaßnahmen zur Folge haben. Durch diese Bestimmung werden die Anordnungen, betreffend Behandlung der Elsaß-Lothringischen und der Nordschleswigschen Frage, nicht berührt. Abbildungen politischen Charakters (sofern sie mit Rücksicht auf die Kriegführung und die Führung der auswärtigen Geschäfte zensurpflichtig sind) werden von der örtlichen Zensurstelle zensuriert.

Die großen Zensurdebatten im Deutschen Reichstag und anderen Körperschaften wurden gerade durch die Tatsache hervorgerufen, daß die militärischen Zensurstellen sich auch die Zensur über alle politischen Fragen anmaßten. Im ersten Kapitel dieses Buches habe ich ja Näheres darüber berichtet.

Präventivzensur:

Die Präventivzensur ist grundsätzlich für alle militärischen Angelegenheiten angeordnet.

Alle Veröffentlichungen über unsere kriegerischen Operationen, sowohl schwebende als auch abgeschlossene, bedürfen der Präventivzensur, auch wenn die Nachrichten

bereits in ausländischen oder inländischen Blättern ge-
standen haben.

Alle Aufsätze, die Heeresorganisationsangelegenheiten (z. B. Verwundetentransporte) berühren und nicht streng wissenschaftlich-medizinische Fragen behandeln, sind vor Veröffentlichung den militärischen Zensurstellen vorzulegen. Im besonderen ist die Präventivzensur z. B. für folgende Nachrichten angeordnet:

für alle Nachrichten über Schiffsbewegungen in deutschen Häfen;

für Angaben über Bewegungen neutraler Schifffahrt, wenn die Ladung erwähnt ist;

für Aufsätze, Anzeigen usw., die sich auf die Bestände, den Bedarf, die Zufuhr, die Inlandproduktion von Metallen und deren Erzen beziehen, soweit nicht die Fassung von vornherein jeden Zweifel darüber ausschließt, daß eine Schädigung der Interessen der Heeresverwaltung nicht erfolgt;

für Feldpostbriefe und Kriegserinnerungen;

für Aufsätze über Funkentelegraphie im Heere und in den Kolonien;

für alle Nachrichten über den U-Bootkrieg;

für Artikel aus sogenannten Kriegs- oder Landsturmzeitungen;

für alle Veröffentlichungen, die den Kaiser auf dem Kriegsschauplatz oder in der Heimat betreffen, insbesondere für die Wiedergabe von Ansprachen, Kabinettsordern, Telegrammen oder sonstigen Äußerungen Sr. Majestät des Kaisers;

für Veröffentlichungen aus Sammlungen von Feldzugnachrichten;

für den Abdruck aus der in Paris in deutscher Sprache erscheinenden Zeitung für die deutschen Kriegsgefangenen;

für Veröffentlichungen über Verhandlungen der Seeämter;

für Veröffentlichungen aus dem „N. d. A.“, soweit der Abdruck nicht ausdrücklich freigegeben ist;

- für feindliche Berichte;
- für unser Verhältnis zu Amerika;
- für alle Vorträge (auch nichtöffentliche) über militärische Gegenstände;
- für Anzeigen, durch welche Abnehmer des neutralen Auslandes Geschäftsverbindung mit deutschen Firmen suchen;
- für Aufsätze und Notizen über die Erfindung künstlicher Arme und Hände;
- für Artikel über Internierte in neutralen Staaten;
- für die Zahl der in unseren Händen befindlichen Kriegsgefangenen;
- für Nachrichten über Pferdebeschaffung zu Heereszwecken und über Pferdeaushebungen;
- für alle Veröffentlichungen betreffend das angebliche Wiederauffinden Vermißter.

Wie aus dieser kleinen Zusammenstellung ersichtlich ist, wurde eine ganze Reihe von gewiß nicht ausschließlich militärischen Angelegenheiten unter Präventivzensur gestellt; nur auf diese Art war es möglich, die Verschleierung bei der Behandlung jeder gewünschten Frage, wenn nötig, sicherzustellen.

Pressebesprechungen:

Alles, was die militärischen Stellen in den Pressebesprechungen, bei der Behandlung der einzelnen Fragen als unerwünscht bezeichnen, ist einem Zensurverbot gleichzuachten; in diesem Sinne gehen auch die Anweisungen der militärischen Stellen an die örtlichen Zensurbehörden mit der Bitte um Durchführung. Die Weisungen, die die Zivilbehörden durch ihre Vertreter geben, sind, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich bestimmt wird, als Richtlinien anzusehen, mit deren Befolgung seitens der Presse die Behörden sicher rechnen zu können glauben.

Zu bemerken ist, daß die Zivilbehörden Zensur auszuüben überhaupt nicht berechtigt gewesen waren, daß sie sich aber mit Unterstützung der militärischen Stellen jederzeit dieses Recht herausnahmen.

Redakteur:

Nachrichten über etwaige Verhaftungen von Redakteuren

und etwaige Strafen gegen diese oder jene Pressorgane sind unerwünscht.

Reserven:

Über die Einberufung von Reserven darf nichts veröffentlicht werden.

Rohstoffe:

Erörterungen der Tagespresse und Fachzeitschriften über die Beschaffung der notwendigen Rohstoffe sind zu vermeiden. Es dürfen auch keine Mitteilungen über wirtschaftliche Fragen bezüglich unzulänglicher Vorräte an Rohstoffen (besonders Schmieröl) gemacht werden... Alle die wirtschaftlichen Maßnahmen der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des R. M. betreffenden Veröffentlichungen sind zur Zensur vorzulegen.

Saatenstandsberichte:

Berichte der Tages- und der Fachpresse, in denen in zusammenfassender Schilderung oder unter Angabe von Zahlen über den Stand der deutschen Ernte Angaben gemacht werden, müssen von der Veröffentlichung in der Tages- und in der Fachpresse ausgeschlossen werden. Dagegen sind ganz allgemein gehaltene Urteile, wie sie sich in den Berichten über den Verlauf der Produktenbörsen finden, statthaft.

Sammelnachrufe:

1. Sammelnachrufe (Todesanzeigen) der Truppenteile dürfen höchstens fünf bis sechs Namen enthalten,
2. Sammelnachrufe von Vereinen, Bankhäusern, Genossenschaften, Firmen usw. sind gestattet.
3. Die Dienststellung des Gefallenen darf nicht genannt werden, wenn der Gegensatz zum Dienstgrad sehr groß ist (z. B. Leutnant als Bataillonsführer).

Der erste der drei Punkte ist so himmelschreiend, daß ich mir einen weiteren Kommentar sparen darf.

Schlachtvieh:

Veröffentlichung über Auftrieb, Verkäufe und Preise auf Schlachtviehmärkten sowie Stimmungsbilder über den Marktverlauf sind unzulässig.

Schrecken:

Sensationelle Schilderungen der Schrecken des Krieges müssen vermieden werden.

Die Zensurbehörde suchte — insbesondere während der beiden ersten Kriegsjahre — zu verhindern, daß der Krieg als ein „rohes, blutiges Handwerk“ hingestellt wurde. Sie strich aus Telegrammen und Artikeln alle Stellen, in denen der ganze Ernst des Krieges in seiner nackten Wirklichkeit dargestellt wurde, und suchte stets dahin zu wirken, daß der Krieg, der „großen Zeit“ entsprechend, nur als ethisch hochstehender Heldenkampf für König und Vaterland betrachtet werde.

Schützengraben:

Veröffentlichung von Berichten über sogenannte Verbrüderungsszenen zwischen Freund und Feind im Schützengraben ist unerwünscht.

Skizzen

militärischen Inhaltes zu Ausstellungs- und Einzelverkaufszwecken sind im weitesten Umfang zur Veröffentlichung zugelassen, selbst wenn sie den ganzen Ernst des Krieges (Kampfszenen, Tote, Schwerverwundete) zeigen. Sie unterliegen aber der Vorzensur. Die Zensurbehörde kann eine Massenverbreitung durch den Vermerk ausschließen: Herstellung von Postkarten oder andere Vielfältigung sowie Vertrieb nicht gestattet.

Die breiten Massen der Bevölkerung des Reiches durften eben nicht wissen, wie es draußen im Felde in Wahrheit aussah. Wer den Anblick von verstümmelten Leichen und anderen Greuellszenen auf Bildern nicht verträgt, dem wäre es ja immer freigestanden, sich solche Bilder nicht zu kaufen. Die Wahrheit durfte man aber nicht einfach unterdrücken und dadurch falsche Vorstellungen erwecken.

Soldaten:

Abbildungen toter deutscher Heeresangehöriger sind von der Veröffentlichung auszuschließen, wenn die Züge der Dargestellten so deutlich erkennbar sind, daß ein Wiedererkennen möglich ist. Abbildungen verwundeter oder verstümmelter deutscher Heeresangehöriger sind zur Veröffentlichung dann zugelassen, wenn sie den Zweck erkennen lassen, weniger das Leiden solcher Kriegsbeschä-

digter als ihre Pflege und ihr Wohlergehen zur Darstellung zu bringen, und wenn die Namen angegeben sind. Um jedoch eine bestimmungswidrige Massenverbreitung auszuschließen, ist der Freigabevermerk mit einem entsprechenden Zusatz zu versehen, bei Sammelwerken: „Einzelwiedergabe aus diesem Sammelwerk verboten“, bei Einzeldarstellungen: „Herstellung auf Postkarten oder anderweitigeervielfältigung sowie Vertrieb nicht gestattet“.

Sprache:

Die Sprache gegenüber den uns feindlichen Staaten kann hart sein. Eine beschimpfende, den Gegner unterschätzende Tonart aber ist kein Zeichen von Kraft. Die Reinheit und Größe der Bewegung, die unser Volk erfaßt hat, erfordert eine würdige Sprache.

Eine solche Art von Belehrung der Presse durch die Herren Leutnants war vollständig unangebracht.

Türkei:

Berichte von Besuchern der Türkei waren häufig unzuverlässig. Besonders scharfe Prüfung notwendig, wenn sie abfällige Urteile enthalten.

Der Heeresersatz der Türkei ist stark und ausreichend. Gegenteilige Nachrichten sind falsch und zu vermeiden.

Mitteilungen über Heereslieferungen nach der Türkei dürfen nicht veröffentlicht werden.

Nachrichten über Munitionsversorgung der Türkei unterliegen der Zensur.

Berichte über die türkischen Truppen an der Ostfront müssen nüchtern und sachlich bleiben und sich jeder Überschwenglichkeit enthalten.

Die Versorgung der Türkei mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln aller Art (namentlich Kohle, Zucker, Petroleum) ist durchaus günstig. Anderslautende Meldungen sind unrichtig und daher zu verhindern.

Demgegenüber kann festgestellt werden, daß in der Türkei täglich Hunderte von Menschen den Hungertod starben, daß die Lebensmittel und Bedarfsartikel so knapp waren, daß Deutschland immer und immer wieder die Türkei tatkräftigst un-

terstützen mußte, ohne aber dadurch eine wesentliche Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Es ist also eine bewußte Entstellung der Tatsachen, wenn das Gegenteil behauptet wird; es geschah dies nur, um unserem Volk die Türkei als „wertvollen Bundesgenossen“ darzustellen und der Türkei zu schmeicheln. Bei den enormen Truppenmassen, die wir nach den Kriegsschauplätzen der Türkei zu entsenden hatten, war es schon ein starkes Stück, der Presse suggerieren zu wollen, daß der Heeresersatz der Türkei „stark und ausreichend“ sei. Also auch im Hinblick auf die Verhältnisse der Türkei mußte dem deutschen Volk die Wahrheit vorenthalten werden.

Überschriften:

Es wird dringend ersucht, Überschriften sensationellen Charakters in der Presse zu vermeiden. Im Interesse der Presse sind die Überschriften bisher nicht unter Zensur gestellt worden, und dies soll auch, wenn irgend möglich, weiter so bleiben. Insbesondere ist es notwendig, alle aus Feindesland stammenden Nachrichten mit größter Zurückhaltung zu behandeln und bei der Wahl von auffallenden Überschriften mit ganz besonderer Vorsicht zu verfahren. Dies gilt in erster Linie von den amtlichen Kriegsnachrichten unserer Feinde. Bei Abfassung der Überschriften für die Kriegsnachrichten der Obersten Heeresleitung muß gewissenhaft verfahren werden. Jede Irreführung des Publikums durch Übertreibungen muß vermieden werden.

Um die Wahrheit zu erkennen, mußte man bei der äußerst geschickten Abfassung unserer Heeresberichte in vielen Fällen mehr zwischen den Zeilen als in den Zeilen lesen. Insbesondere wenn wir eine Schlappe erlitten.

Unterseebootkrieg:

Über etwaige Torpedierungen deutscher Schiffe in der Ostsee sind nur solche Mitteilungen zur Veröffentlichung zugelassen, die von der Presseabteilung des Admiralstabes freigegeben sind.

Verhaftungen:

Mitteilungen über Verhaftungen wegen Spionage schädigen im Frieden die Tätigkeit der Polizei, im Kriege sind sie nicht zu dulden.

Verlustlisten:

Zahlenmäßige Zusammenstellungen unserer Verluste dürfen nicht gebracht werden. Telephonisch oder telegraphisch übermittelte Auszüge aus den Verlustlisten sollen im Interesse unbedingt zuverlässiger Wiedergabe nicht veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung von Registern zur amtlichen Verlustliste kann nicht gestattet werden.

In Ländern der Entente, in denen angeblich das Volk immer belogen und irreführt wurde, stand aber einer solchen Veröffentlichung von Registern zu den amtlichen Verlustlisten nichts im Wege.

Die Verlustlisten dürfen in Zeitungen nicht im ganzen Umfang abgedruckt werden, sondern nur soweit ein derartiges Interesse besteht. In kleinen Kreisen ist es gestattet, Verluste aus der Heimat und aus den Nachbarkreisen zusammenzustellen, bei großen Kreisen entscheiden die Zensurstellen über den Umfang der Veröffentlichung. Gegen die Bekanntgabe der Gesamtzahlen der aus einem Kreise Gefallenen ist nichts einzuwenden.

Aus dieser Zensurverordnung können wir heute klar ersehen, wie wir während des ganzen Krieges irreführt, beziehungsweise darüber im unklaren gehalten wurden, welche Verluste wir tatsächlich erlitten haben. Daß das deutsche Volk zu jeder Phase des Krieges ein begreifliches Interesse daran gehabt hätte zu wissen, welche Opfer an Menschen und der Krieg jeweils auferlegte, kann von niemandem ernsthaft bestritten werden.

Volkszählung:

Sämtliche Veröffentlichungen über das Ergebnis der Volkszählung müssen unterbleiben.

Vorausagen:

Auf bevorstehende Erfolge darf nicht zu sehr hingewiesen werden, da die Freude über unsere Siege dadurch herabgesetzt oder bei ihrem Ausbleiben Enttäuschung erregt wird.

Wurde uns von der Obersten Heeresleitung nicht jahrein jahraus der endgültige Sieg versprochen? Die Herren, die ihr angehörten, können sich nun selbst einen Begriff von der Größe der Enttäuschung machen.

Warschau:

Der Abdruck von Bekanntmachungen und Verordnungen, die in den Verordnungsblättern des Generalgouvernements Warschau veröffentlicht sind, sind unzulässig. . . Unzulässig ist die wissenschaftlich-kritische Besprechung der Veröffentlichungen in Fachzeitschriften (etwa eine Untersuchung über die öffentlich-rechtlichen Verhältnisse des besetzten Gebietes).

Durch solche wissenschaftlich-kritische Untersuchungen wären sonst dem Volk die Augen aufgegangen; auch hierüber durfte also die Wahrheit nicht ans Licht.

Wetternachrichten:

Den Zeitungen wird die Wiedergabe von Wetternachrichten sowohl in tabellarischer und beschreibender, als auch in Kartenform gestattet, wenn sie nur Temperatur-, Feuchtigkeits-, Bewölkungs-, Gewitter-, Niederschlags- und Wasserstandsangaben enthalten, dagegen keine Isobaren und Windpfeile und auch sonst nichts über Luftdruckverhältnisse und Wind (besonders über die Windrichtung) ersehen lassen.

Zeitungen:

Das Kriegspresseamt wird in allen Fällen, in denen die ausländische Presse deutsche Artikel tendenziös ausschaltet, entweder die Originalartikel der ausländischen Presse oder ein kurzes Referat darüber an die deutsche Schriftleitung senden. Damit ist nicht gesagt, daß die ausländische Kritik berechtigt ist. Es soll damit die Aufmerksamkeit der deutschen Schriftleitung auf die fremde Auslegung hingelenkt und die Möglichkeit gegeben werden, sich danach in ihrer künftigen Schreibweise zu richten oder tendenziöse Lügen gelegentlich niedriger zu hängen. Es wird dies nicht nur in Fällen geschehen, wo die deutsche Presse sich Blößen gegeben hat oder entstellt verwertet worden ist, sondern auch in solchen, aus denen die Schriftleitung ersehen kann, wo sie einen guten Schlagler gemacht hat. Das Verfahren wird also nach der positiven und nach der negativen Seite eine gute Orientierung sein.

Zensurerlasse:

Die Veröffentlichung von Zensurerlassen ist verboten.

Zensurmaßnahmen:

Die Veröffentlichung aller Nachrichten über Zensurmaßnahmen (z. B. Verhängung der Vorzensur, Verbot des Weitererscheins einer Zeitung, Haussuchung bei Schriftleitungen, Verhaftung von Redakteuren, Beschlagnahme von Schriften u. dgl.) ist untersagt, es sei denn, daß die Zensurbehörde ihre Bekanntgabe im Einzelfalle ausnahmsweise gestattet.

Diese Verfügung wurde von der gesamten deutschen Presse als eine der drückendsten Verordnungen empfunden. Sie nahm der gemäßregelten Zeitung oder dem gemäßregelten Schriftleiter die Möglichkeit, dem in Frage kommenden Leserkreis über die Gründe der Bestrafung Aufklärung zu erteilen und gegen etwaige Ungerechtigkeiten oder Vergewaltigungen die öffentliche Meinung zu mobilisieren. Hatte die betreffende Zeitung einen Fehlgriff getan, eine lügenhafte Meldung von bedeutender Tragweite gebracht oder sich sonst einer absichtlichen Irreführung schuldig gemacht, so hätte sie schon in eigenem Interesse über die Gründe der Maßregelung Gras wachsen lassen. War sie aber wegen Verbreitung einer der Militärbehörde unbequemen und unerwünschten Nachricht verboten worden, so glaubte sich die Zensurbehörde für berechtigt und verpflichtet, auch nachher die Wahrheit unterdrücken zu müssen. Ein solches System konnte sich auf die Dauer nicht behaupten. Es mußte Schiffbruch erleiden.

Die Arbeit hinter den Kulissen
(Dokumente aus den offiziellen Pressekonferenzen)

Bald nach Kriegsausbruch — noch im August 1914 — wurde in Berlin die Institution der Pressekonferenz geschaffen. In ihr sollten die Vertreter der Behörden, insbesondere die des Auswärtigen Amtes, die Vertreter des Generalstabes, der Obersten Heeresleitung sowie des preußischen Kriegsministeriums den anwesenden Schriftleitern der gesamten deutschen Presse Aufklärungen über den jeweiligen Stand unserer militärischen und politischen Lage geben, Anfragen der Pressevertreter beantworten und Richtlinien aufstellen, die bei der Behandlung bestimmter Fragen im Sinne der Kriegführung einzuhalten wären.

Die Pressekonferenzen, an denen stets durchschnittlich hundert bis hundertfünfzig Presseherren teilnahmen, haben sich in ihrer wöchentlich mehrmaligen Wiederholung bald zu einer bleibenden Einrichtung gestaltet, und alle dort erschienenen Vertreter der militärischen und Zivilbehörden haben sich während der ganzen Kriegsdauer redliche Mühe gegeben, den vorgebrachten Wünschen der Presse entgegenzukommen. Daß bei dem während des Krieges angewandten System der Irreführung der öffentlichen Meinung leider auch die regelmäßigen Pressekonferenzen von den in Frage kommenden Behörden dazu benutzt wurden, Nachrichten zu lancieren, die der beabsichtigten Irreführung Vorschub leisten sollten oder konnten, ist eine bedauerliche Nebenerscheinung, die, als sie zutage trat, äußerst schmerzlich empfunden wurde.

Wie irrig und falsch im übrigen von unseren Behörden selbst die Verhältnisse beurteilt wurden, läßt sich leicht feststellen, wenn man in den nachstehenden Aufzeichnungen verfolgt, welche Informationen der Presse über unser Verhältnis zu Italien, zu Rumänien und zu Amerika gegeben wurden. Erst immer die Beruhigungsalbe: „Kein Grund zu Besorgnis!“, dann das Achtungssignal: „Die Lage ist ernst!“, bis schließlich der Abbruch der Beziehungen erfolgte. Auch die dauernde Unterschätzung des Gegners, die immer und immer wieder sich bei den gegebenen Informationen geltend machte, ist ein klarer Beweis

für die vollständige Berkennung der Tatsachen durch unsere militärischen und zivilen Behörden.

Die Richtlinien, Informationen und Mitteilungen, die den Vertretern der deutschen Presse — Vertreter der verbündeten Presse waren von der Teilnahme an den Konferenzen ausgeschlossen — vorgefetzt wurden, trugen in vielen Fällen den Charakter „strengster Vertraulichkeit“, andere Mitteilungen wieder galten nur als „vertrauliche“ Instruktionen für die Schriftleitungen der Tagespresse.

Da auch diese Informationen genügendes Material dafür bieten nachzuweisen, wie oft wir falsch unterrichtet wurden, kann ich ruhig darauf verzichten, die als „streng vertraulich“ bezeichneten Mitteilungen hier weiterzugeben. Ihre Veröffentlichung würde uns natürlich heute auch nicht mehr schaden, sie würde aber die übertrieben-lächerliche Geheimniskrämerei der betreffenden Behörde zu sehr an den Pranger stellen.

Ebenso wie in dem vorhergehenden Abschnitt dieses Buches habe ich auch hier die Wiedergabe solcher Richtlinien oder Nachrichten vermieden, die geeignet wären, im gegenwärtigen Augenblick oder später dem deutschen Volke Nachteile zu verursachen. Auch hätte ich es als einen Akt grober Undankbarkeit angesehen, das Vorgehen neutraler Staaten, die während des Krieges bestrebt waren, uns in unserer schwierigen Lage hilfreich beizustehen und zu nützen, mit in die Erörterung zu ziehen, obwohl gerade unser Verhältnis zu den einzelnen Neutralen wiederholt in den Pressekonferenzen im Mittelpunkt der eingehendsten Debatten stand.

Im folgenden bringe ich nun an der Hand des mir zur Verfügung gestellten Materials eines ständigen Konferenzteilnehmers in chronologischer Anreihung kurze Auszüge aus den Vorträgen der betreffenden Behördenvertreter. Wo es mir notwendig erscheint, setze ich das Datum der Pressekonferenz in Klammern hinzu. Der Text, an dem ich nur wenig zu ändern hatte, stützt sich auf zuverlässige Stenogrammaufnahmen.

* * *

Gelegentliche Beeinflussung der öffentlichen Meinung dahin erwünscht, daß unsere Flotte sich mit Recht abwartend verhält und die Gefahr eines allgemeinen Vorstoßes in feindliche Gewässer vermeidet. Es wird dringend gebeten, die Feld-

postbriefe von Marineangehörigen besonders streng zu kontrollieren. Vor Aufbausung gelegentlicher Einzeltaten wird nachdrücklichst gewarnt. (29. VIII. 1914.)

*

Bei etwaigen Schlappen, die wir erleiden, darf die Schuldfrage, so lange der Krieg dauert, nicht erörtert werden. (30. VIII. 1914.)

*

Veröffentlichung von Photographien gefallener Unterführer sind ebenso unerwünscht, wie auch kleinere Kriegsheldentaten anderer unter keinen Umständen aufgebaußt werden dürfen.

*

Die Tatsache, daß die Kapitulationen in der Türkei aufgehoben worden sind, soll nicht als Beweis dafür angesehen und gedeutet werden, daß die Türkei jetzt mit uns marschiiert. Es empfiehlt sich nach wie vor, bei der Beurteilung aller Balkanvorgänge größte Zurückhaltung zu üben.

*

Auch nach dem strategischen Rückzug unseres Flügels südöstlich von Paris ändert sich absolut nichts daran, „daß die Lage nach wie vor zu den besten Hoffnungen berechtigt“. Es ist sehr erfreulich, daß sich diese Tatsache diesmal binnen 12 Stunden durch neue Siegesberichte ausdrücklich bestätigt, es darf dies aber nicht als die Regel angesehen werden. Auf jeden Fall muß die Bevölkerung des Reiches felsenfestes Vertrauen zu unseren Führern und Truppen haben und lernen, die ungeschminkte Wahrheit ruhig zu ertragen. (12. IX. 1914.)

*

Der Generalquartiermeister von Stein befindet sich augenblicklich nicht im Großen Hauptquartier, sondern er weilt vorn bei den kämpfenden Truppen. Sein Schweigen ist nicht beunruhigend. Operative Bewegungen sind nach wie vor im Gange, es kann aber zurzeit nichts Näheres über sie gesagt werden. Von irgendeinem Sieg unserer Feinde auf dem westlichen Kriegsschauplatz kann von keiner einzigen Stelle gesprochen werden. Nach allen in Berlin vorliegenden Meldungen haben wir begründete Ursache zu unbedingter Zuversicht. Auch an allen hohen militärischen Stellen besteht in gleicher Weise nach wie

vor die Überzeugung vom endgültigen Sieg auf beiden Fronten. (16. IX. 1914. In dieser Sitzung wäre der Vertreter des Generalstabes verpflichtet gewesen, unsere Niederlage an der Marne einzugestehen.)

*

Es kann bei der modernen Kriegsführung, den enormen Entfernungen den „unsichtbaren“ Uniformen und Waffen nicht bestritten werden, daß gelegentliches Schießen auf eigene Truppen vereinzelt vorgekommen ist, so bedauerlich es auch bleibt. Unter keinen Umständen dürfen aber Veröffentlichungen über diese Tatsache vor Beendigung des Krieges erfolgen.

*

Die militärische Gesamtlage im Westen muß nach wie vor günstig beurteilt werden. Daß eine Nachrichtenpause eingetreten ist, läßt sich teils durch den Mangel wirklich entscheidender Ereignisse, teils durch Rücksichten strategischer Natur erklären. Nicht einmal Teilerfolge dürfen wir den alliierten Feinden vorzeitig bekanntgegeben. Die Nachrichtenpause (hervorgerufen durch die Schlacht an der Marne) sollte in den Zeitungen ausgenutzt werden, um das Publikum aufzuklären und dahin zu erziehen, daß es die schwere Arbeit unserer Truppen in ihrem ganzen Ernste würdigt, statt den Siegeslauf als selbstverständlich anzusehen.

*

Angriffe gegen unsere im Ausland wirkenden Diplomaten sind während der Kriegsdauer nicht gestattet. Nach dem Kriege wird Zeit für eine eingehende Kritik sein.

*

Die allgemeine Kriegslage im Westen ist gut. Auf Grund taktischer Erfolge unserer Gegner hat dort niemals ein Rückzug oder Rückschlag stattgefunden. Die Bewegungen waren lediglich strategischer Natur, ohne Zwang (!) durch den Feind, zur Vorbereitung neuer Erfolge. (22. IX. 1914.)

*

Es muß neuerdings wiederholt werden, daß das Zurückgehen unserer Armeen in Frankreich an keiner Stelle unter dem taktischen Zwang des Feindes erfolgt ist. Auch jetzt, wo die Offensive wieder ergriffen ist, kann über die strategischen Gründe jener Maßregel in der deutschen Presse nichts gesagt

werden, damit der Feind in der ihm sehr unbehaglichen großen Ungewißheit (!) bleibe. Sobald die Entscheidung gefallen ist, werden alle Vorgänge im Zusammenhang klargestellt werden. Noch einmal wird betont, daß der Generalstab keine Niederlage verschweigt und unbedingtes Vertrauen verdient. Kein Gefecht ist bis jetzt, während die Entscheidung im Gange ist, für uns ungünstig gewesen. (23. IX. 1914.)

*

Meldungen aus dem Auslande, in denen unsere militärische Lage ungünstig dargestellt wird, sollen nur so wiedergegeben werden, daß sie keine unnötige Beunruhigung hervorrufen. Dazu empfehlen sich am besten widerlegende Kommentare, die sich auf unsere zweifellos zuverlässigen amtlichen Berichte stützen sollen.

*

Es wird der deutschen Presse empfohlen, die Lügenmeldungen aus dem feindlichen Heerlager über unsere angeblich schlechte militärische Lage jetzt zu sammeln und, nachdem die Entscheidung in Frankreich gefallen ist, sie in zusammenfassenden Artikeln den wirklichen Tatsachen entgegenzuhalten, damit das deutsche Volk ein deutliches Beispiel dafür erhält, wie wenig Grund es hat, sich während einer Nachrichtenpause, die von unserem Generalstab für notwendig gehalten wird, durch solche feindlichen Darstellungen beunruhigen zu lassen.

*

Die Marineverwaltung kann nicht so offen über kriegsrische Ereignisse Meldungen ausgeben, wie die Heeresleitung. Sie teilt den Vertretern der Presse vertraulich alles Wesentliche mit, in den Zeitungen jedoch darf durchaus nicht alles stehen. Andernfalls würde der Gegner nicht nur von etwaigen Schwächen unserer Seemacht erfahren, deren Unkenntnis auf seiner Seite sehr wünschenswert ist, sondern er könnte auch sonst aus mancher Begebenheit weitgehende Schlüsse auf unsere späteren Absichten ziehen.

*

Über Italiens Haltung empfiehlt es sich, mit größtem Takt zu schreiben. Die Demonstrationen gegen Osterreich beim Nationalfeiertag in Rom sind weit hinter den Erwartungen der Veranstalter zurückgeblieben, auch in der Provinz sind keine ern-

sternen Störungen vorgekommen. Die italienische Regierung ist stark und selbstbewußt genug, sich ihr Verhalten nicht von der Straße her diktieren zu lassen. (23. IX. 1914.)

*

Die Meldungen über unfreundliche Handlungen amerikanischer Diplomaten in Belgien haben sich als durchaus erlogen herausgestellt. Man wollte nur Stimmung gegen uns machen, indem man neutrale Mächte als uns feindlich gesinnt hinstellte.

*

Nochmals wird die Presse darauf aufmerksam gemacht, daß das neutrale Ausland mit besonderem Takt zu behandeln ist. Auf die dort herrschende Empfindlichkeit ist unablässig Rücksicht zu nehmen.

*

Es wird auf die Möglichkeiten hingewiesen, die ein Anschluß Portugals an unsere Feinde herbeiführen könnte. Sollte ein solcher Anschluß erfolgen, dann könnte die Presse darauf hinweisen, daß er nur die trostlose Lage Frankreichs und Englands kennzeichne, die sich einen so kleinen Bundesgenossen herbeirufen müssen. Der militärische Wert einer solchen Unterstützung ist natürlich nur ganz gering einzuschätzen, und bei der endgültigen Abrechnung könnte sich uns aus der Tatsache, daß sich auch Portugal unseren Feinden angeschlossen hat, manche für uns gar nicht unliebsame Folge ergeben. (6. X. 1914.)

*

Übermals wird wiederholt, daß der Generalstab keine Niederlage verschweigt; er hatte aber bis jetzt auch keine zu melden. Im Osten kann nirgends von einem russischen Siege die Rede sein. Was als solcher ausgegeben wird, ist ein schon vor 7 Tagen geliefertes Gefecht am Njemen, wo eine Nebenkolonne, die zur Sicherung des linken Armeeflügels tätig war, dieses Gefecht aus operativen Gründen, ganz und gar nicht aber auf Grund einer Niederlage abbrechen mußte. Unsere Truppen stehen in Suwalki.

*

Es liegt erneut Anlaß vor, dringend vor einer Zusammenstellung unserer Verlustlisten zu warnen.

*

Ein Austausch von Kriegsgefangenen ist nicht in Aussicht genommen, und wird auch von unserer Seite nicht angeregt werden. (24. X. 1914.)

*

Die Nachricht von der Vernichtung eines deutschen Unterseebootes durch einen englischen Torpedobootzerstörer (Badger) soll nicht veröffentlicht werden. (27. X. 1914.)

*

Gerüchte, daß zwischen Italien und den Alliierten Verträge bestehen, die Italien zum Vorgehen nötigen, sobald die Türkei losschlägt, beruhen auf Erfindung.

*

Nicht nur militärische Artikel, sondern auch feuilletonistische Beiträge oder Handelsartikel sind der Zensur vorzulegen, wenn sie militärische Interessen berühren.

*

Es soll nach wie vor vermieden werden, in bezug auf den Unterseebootkrieg überspannten Erwartungen Ausdruck zu geben. Nachrichten über Erfolge unserer Tauchboote sind mit Vorsicht aufzunehmen und zurückhaltend zu behandeln, zumal die englische Admiralität den Befehl erlassen hat, die Verluste von Handelsschiffen zu verheimlichen. Schon aus diesem Grunde können zuverlässige Nachrichten über die Taten unserer Unterseeboote erst nach der Rückkehr von einer Fahrt erwartet werden. (20. II. 1915.)

*

Nicht nur die Tagespresse, sondern auch die politischen Zeitschriften müssen bis auf weiteres jedwede Erörterung über Friedenswünsche und Friedensbedingungen unterlassen. (20. II. 1915.)

*

Es würde sich empfehlen, über die italienische Frage einstweilen noch möglichst zu schweigen, jedenfalls aber darf die Frage des Trentino überhaupt nicht berührt werden. (4. III. 1915.)

*

Erörterungen über Friedensfragen in deutschen Blättern können stets nur ungünstige Wirkungen für uns im feindlichen Auslande zur Folge haben. Die deutschen Zeitungen wer-

den dort sehr genau gelesen und alles, was sich irgendwie gegen uns ausdeuten läßt, in diesem Sinne zitiert und benutzt.

*

Erörterungen über die Trentinofrage sind vorläufig strengstens untersagt. Zuwiderhandlungen ziehen scharfe Zensurmaßnahmen nach sich. (11. III. 1915.)

*

Artikel, die sich irgendwie mit Kriegszielen oder den Friedensbedingungen beschäftigen, werden in Zukunft von den Zensurbehörden als militärische Angelegenheiten betrachtet. Sie unterliegen also der Zensur.

*

Mitteilungen und Erörterungen über Sticfbomben sollen künftig vermieden werden.

*

Es empfiehlt sich, nicht nur über den Mangel an gewissen Rohstoffen, sondern auch über die enormen Preissteigerungen nichts in den Zeitungen zu sagen. Auch der Anzeigenteil soll daraufhin geprüft werden. Die großen Preissteigerungen lassen ohne weiteres auf Mangel schließen.

*

Beunruhigende Gerüchte über ein unmittelbar bevorstehendes Eingreifen Italiens in den Krieg an der Seite des Dreiverbandes finden keine amtliche Bestätigung. Es unterliegt allerdings keinem Zweifel, daß die Lage immer noch ernst ist und die Stimmungen dort vielfach wechseln. (13. IV. 1915.)

*

Alle Gerüchte über schwebende oder unmittelbar bevorstehende Friedensverhandlungen sind frei erfunden. Deutschland wird nicht früher an Frieden denken, bis das Ziel, die dauernde Sicherstellung voller Bewegungsfreiheit und die Verhinderung neuer feindlicher Überfälle, erreicht ist. (24. IV. 1915.)

*

Beunruhigende Gerüchte über die Haltung Italiens sind übertrieben. Die italienische Frage ist andauernd ernst, aber zurzeit nicht besorgniserregend. Die Verhandlungen sind nicht abgebrochen, sondern dauern noch fort.

*

Über italienisch-österreichische Verhandlungen ist auch heute nichts anderes mitzuteilen, als daß sie andauern und von beiden Seiten in freundschaftlichem Sinne geführt werden. (29. IV. 1915.)

*

Veröffentlichungen über eine wünschenswerte spätere Wiederannäherung Deutschlands an England wirken auf Italien sehr ungünstig und sind deshalb im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht am Platze. (4. V. 1915.)

*

Die Verhandlungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn dauern an. Neuere pessimistische Gerüchte sind übertrieben, von einem Ultimatum Italiens kann keine Rede sein, ebensowenig von fortgesetzt gesteigerten Forderungen. Die Lage stellt sich als ernst, aber nicht hoffnungslos dar. (4. V. 1915.)

*

Die Lage in Italien ist weiter sehr ernst, sehr kritisch, aber noch nicht hoffnungslos. Giolittis Eingreifen sollte von uns aus nicht mit überschwenglichen Friedenshoffnungen kommentiert werden.

*

Über eine Kündigung des Dreibündvertrages durch Italien lagen am gestrigen Montag keinerlei Mitteilungen an amtlichen Berliner Stellen vor. (Mitte Mai 1915.)

*

Die militärische Gesamtlage gibt uns auch nach dem Eingreifen Italiens in den Krieg keinerlei Anlaß zu irgendwelchen Besorgnissen. Wir haben genügend Soldaten und ausreichende Munitionsmengen, um auch diese neue Belastung gut zu ertragen. Der letzte Überlaß Rußlands ist gerade zu rechter Zeit gekommen, um uns mit Zuversicht auch den neuen Schwierigkeiten entgegengehen zu lassen.

*

Auf dem Balkan arbeiten gegenwärtig die Ententemächte mit Hochdruck. Natürlich sind auch die Zentralmächte nicht untätig. Über die Haltung Rumäniens kann man augenblicklich beruhigter als vor einigen Wochen sein. Die Absicht neutral zu bleiben, wird mit Bestimmtheit versichert. Mehr kann man einstweilen nicht verlangen. Bulgarien hält gleichfalls vor-

läufig an seiner Neutralität fest. In Griechenland wächst das Unbehagen über Italiens Vorgehen. (Ende Mai 1915.)

*

Es ist unerwünscht, Nachrichten über Selbstmorde junger Mädchen aus Liebesgram über gefallene Verlobte zu veröffentlichen. Die Rückwirkung auf die Stimmung im Lande und die Ansteckungsgefahr solcher Unbesonnenheiten (!) verbieten in gleicher Weise die Veröffentlichung.

*

In Erörterungen über Italien ist andauernd die Verantwortung allein den Kriegshexern und den leitenden Staatsmännern aufzubürden. Es empfiehlt sich nicht, einen Volkskrieg gegen Italien zu predigen. (Ende Mai 1915.)

*

Beunruhigende Nachrichten über den Inhalt der amerikanischen Lusitania=Antwortnote und die Nachrichten über die erregte Stimmung in Amerika stammen aus englischen Quellen und sollten deshalb keinen Anlaß zu erregten Kritiken in deutschen Zeitungen bieten.

*

Die Verhandlungen, die zwischen Rumänien, Bulgarien und den Ententemächten geführt wurden, sind nicht zum Abschluß gelangt. Zur Beunruhigung für uns liegt keinerlei Anlaß vor. (4. VI. 1915.)

*

Der französische Bericht, der die Vernichtung eines deutschen Zeppelinluftschiffes meldet, beruht auf Wahrheit. Daß ihn der Bericht des Hauptquartiers nicht erwähnt, hat darin seine Ursache, weil grundsätzlich über Materialverluste nicht berichtet wird (!). Vielleicht kommt man gelegentlich auf die Sache zurück; einstweilen ist ihre Erwähnung in der deutschen Presse unerwünscht. (12. VI. 1915.)

*

Die Beantwortung der neuesten amerikanischen Note wird vorbereitet. Inzwischen soll sich die deutsche Presse hüten, durch scharfe Kritik den größten neutralen Staat zu brüskieren. Wenn auch ein Bruch mit ihm vielleicht militärisch nicht stark ins Gewicht fiele (!), können wir angesichts des ungünstigen Sommerwetters doch nicht eine völlige Abschließung von allen

Zuführen des Auslandes wünschen. Er würde im gegenwärtigen Augenblick auch Verhandlungen stören, die auf dem Balkan stattfinden und bisher einen für uns günstigen Verlauf nahmen. (12. VI. 1915.)

*

Über einzelne Streikbewegungen unter der englischen Arbeiterschaft soll man nicht viel Aufhebens machen.

*

In Italien zeigt sich ein Mangel an Vertrauen zu den Verbündeten, eine Empfindlichkeit wegen ungenügender Anerkennung der italienischen Hilfe, eine latente Gegnerschaft gegen Frankreich, Ärger über offenbare Ausnutzung durch England und Scheelsucht gegenüber Rußland. Man fühlt sich stark vernachlässigt und fast schon betrogen von den Verbündeten, jedenfalls aber übervorteilt von Serbien und Montenegro. Verstimmend wirkten die Geheimnisrämerei Salandras und Sonninos in bezug auf die Kriegsziele sowie die Sprache der Pariser und Londoner Blätter. Diese Reime allgemeiner Unzufriedenheit sollten in der deutschen Presse Beachtung finden. (Anfang Juli 1915.)

*

Dem Burgfrieden zuliebe sollten Erörterungen über das preußische Wahlrecht und ähnliche Fragen unterbleiben. (15. VII. 1915.)

*

Der Verlust des Kreuzers „Karlsruhe“ ist aus besonderen Gründen seitens der Presse streng geheim zu halten.

*

Mitteilungen über Erörterungen über den angeblichen Munitionsmangel der Türkei sind zu vermeiden.

*

Das Kriegsministerium hat die Zensurstellen angewiesen, fortan alle Berichte über Verhandlungen deutscher Militärgerichte von der Veröffentlichung auszuschließen.

*

Die Wirksamkeit des Roten Kreuzes gilt in ihrer Gesamtheit als militärische Angelegenheit, an der eine öffentliche Kritik nicht geübt werden darf.

*

Über den Öl- und Fettmarkt sollen in der Tages- und Fachpresse keinerlei Mitteilungen gemacht werden.

*

Nachrichten und Angaben über die Überwachung und Bestrafung des Generals Muffenberg dürfen nicht veröffentlicht werden.

*

Über das in Karlsruhe anhängige Gerichtsverfahren wegen Landesverrat darf nichts als die nackte Endentscheidung veröffentlicht werden. Jede weitere Erörterung über den Fall ist verboten. (17. VIII. 1915.)

*

Artikel der vom Generalstab herausgegebenen „Nachrichten der Auslandspresse“ sind, wenn sie abgedruckt werden sollen, nochmals der Zensur vorzulegen. (19. VIII. 1915.)

*

Alle Parteikundgebungen, die sich mit der Kriegszielfrage beschäftigen oder auch diese nur berühren, sind vor der Veröffentlichung ebenso der Zensur vorzulegen, wie alle die Kriegsziele betreffenden Zeitungsartikel.

*

Nach zuverlässigen, aber streng vertraulichen Berichten hat die allgemeine Stimmung im amerikanischen Volke nach dem Einrücken der Verbündeten in Warschau zum ersten Male begriffen, daß Deutschlands Sache siegen werde. (11. IX. 1915.)

*

In Bulgarien ist eine Broschüre „Welcher der kriegsführenden Parteien muß sich Bulgarien anschließen“ erschienen, die amtlich an alle Städte und Gemeinden versandt worden ist. Sie macht Stimmung für das Aufgeben der passiven Neutralität und für ein aktives Eintreten der Bulgaren in den Krieg gegen Serbien an der Seite Deutschlands. Vielleicht besinnen sich auch andere Balkanstaaten noch rechtzeitig auf ihren wahren Vorteil (!). Jedenfalls sollte die deutsche Presse sich aller unfreundlichen Artikel gegen Rumänien enthalten. (11. IX. 1915.)

*

Es schweben Unterhandlungen zwischen der Regierung, den Stadtverwaltungen und verschiedenen Interessengruppen über

Maßnahmen, die eine genügende Kartoffelversorgung sicherstellen sollen. Es ist vorläufig nicht beabsichtigt, Höchstpreise einzuführen.

*

Die Verhandlungen mit Amerika gehen gut weiter; sie werden mündlich zwischen unserem Botschafter in Washington und Lansing gepflogen. (25. IX. 1915.)

*

Das Prophezeien können wir unseren Feinden überlassen, wir sollten uns davon ferne halten, statt dessen aber immer wieder betonen, daß die neue Zermürbungstaktik unserer Gegner ebenso zusammenbrechen wird, wie ihre anfängliche militärische und spätere wirtschaftliche Kriegsführung. Auch in bezug auf den Mannschaftsersatz können wir bestimmt gut durchhalten.

*

Aus Rumänien liegen nur spärliche Nachrichten vor. Der Ministerpräsident hat dem bulgarischen Gesandten erklärt, Rumänien werde neutral bleiben. Die führenden politischen Kreise mit dem König an der Spitze scheinen von der Zweckmäßigkeit der Neutralität überzeugt zu sein. Ähnlich liegen die Dinge in Griechenland. Des Königs Einfluß wird hoffentlich dazu hinreichen, die bewaffnete Neutralität aufrecht zu erhalten. (26. IX. 1915.)

*

In Bulgarien entwickelt sich die Mobilmachung planmäßig. Wir können ihr mit sicherem Vertrauen entgegensehen. Rumänien wird wohl, wie wir annehmen dürfen, neutral bleiben. Nach Berichten aus Bukarest soll Bratianu dem serbischen Gesandten erklärt haben, Rumänien werde nicht mobilisieren und nicht helfen.

*

Leidlich zuverlässige Berichte aus Rußland schildern die Stimmung folgendermaßen: Es bestehen drei Gruppen. Die erste, die die breiten Volksmassen umfaßt, wollen den Krieg nicht, verstehen ihn nicht und wünschen baldigen Frieden. Die zweite Gruppe, Liberale und Intellektuelle, wünschen die Fortsetzung des Krieges, weil sie von ihm den Zusammenbruch des Systems und Vorteile für sich erwarten. Die dritte, jetzt herrschende Gruppe, scheint durch übertriebene Strenge Volksun-

ruhen zu begünstigen, um den Alliierten sagen zu können, innere Wirren nötigen Rußland zum Frieden. Sie hoffen dann mit Hilfe der Armee die Unruhen unterdrücken und ihr Regiment neu besetzen zu können. Von alledem soll man jetzt in den deutschen Zeitungen nichts schreiben, sondern höchstens feststellen, daß von einem russischen Zusammenbruch noch keine Rede sein kann. (2. X. 1915.)

*

Aber die Armeniergreuel ist folgendes zu sagen: Unsere freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei dürfen durch diese innertürkische Verwaltungsangelegenheit nicht nur nicht gefährdet, sondern im gegenwärtigen, schwierigen Augenblick nicht einmal geprüft werden. Deshalb ist es einstweilen Pflicht, zu schweigen. Später, wenn direkte Angriffe des Auslandes wegen „deutscher Mitschuld“ erfolgen sollten, muß man die Sache mit größter Vorsicht und Zurückhaltung behandeln und stets hervorheben, daß die Türken schwer von den Armeniern gereizt wurden. (7. X. 1915.)

*

Die Arabic-Verhandlungen mit Amerika scheinen einen guten Fortgang zu nehmen. Trotz verschiedener Reuterdepeschen ist zur Beunruhigung kein Grund ersichtlich.

*

In bezug auf Rumänien liegt nach wie vor kein Grund zur Beunruhigung vor. Wir glauben seiner Neutralität sicher zu sein (!). Im Ministerium war zwar zeitweilig Meinungsverschiedenheit über die Notwendigkeit der Mobilmachung, aber der kluge und starke Ministerpräsident hat schließlich auch in dieser Frage die Einstimmigkeit aller Minister erreicht. (9. X. 1915.)

*

In der Arabic-Affäre steht Eid gegen Eid. Zur Vermeidung eines Bruches mit Amerika war unser Botschafter beauftragt, die U-Bootsinstruktion mitzuteilen, den Tatbestand bei der schwierigen Feststellung durch eine internationale Untersuchungskommission entscheiden zu lassen und äußerstenfalls zu erklären, daß wir, falls ein Übereifer unseres U-Bootskommandanten festgestellt würde, bereit seien, Entschädigungen zu gewähren, ohne indessen eine völkerrechtliche Verpflichtung dazu anzuerkennen. Es erscheint ausgeschlossen, daß unser Botschafter

diese äußerste Linie des Entgegenkommens überschritten hat. Einen Bruch mit Amerika mußten wir mit Rücksicht auf die Neutralen vermeiden, insbesondere im Hinblick auf die noch ausstehenden Entscheidungen auf dem Balkan. (9. X. 1915.)

*

In der Champagne setzen die Franzosen bei ihrer fortgesetzten Offensive weiterhin alles auf eine Karte. Uns kann dieses Vorgehen nur erwünscht sein.

*

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist abermals bis auf weiteres verboten worden. (12. X. 1915.)

*

Meldungen darüber, daß die Russen bei den Rumänen den Durchzug russischer Heere beantragt hätten, liegen nicht vor. Sie sind auch nicht wahrscheinlich. (16. X. 1915.)

*

Über Amerika und die Behandlung der verschiedenen deutsch-amerikanischen Zwischenfälle darf nur nach vorheriger Zensurierung von den Zeitungen berichtet werden. (21. X. 1915.)

*

Über die Haltung Rumäniens liegen keine neuen Nachrichten vor; wir dürfen annehmen, daß es neutral bleiben wird. (21. X. 1915.)

*

Mit einem grundsätzlichen Kabinettswechsel in Rumänien wird in Berliner amtlichen Stellen nicht gerechnet. (26. X. 1915.)

*

Die Reise des Zarens an die rumänische Grenze legt die Frage nahe, wie sich Rumänien bei einem Eingreifen Rußlands gegen Bulgarien weiter verhalten werde. Es liegt kein Anlaß vor, an der weiteren strikten Neutralität Rumäniens zu zweifeln; selbst ein Ministerwechsel in Bukarest würde diese Haltung kaum verändern. (25. XI. 1915.)

*

Da die Entente die Lebensmitteldebatte im Reichstag so auslegt, als herrsche in Deutschland Not, liegt es nun an der deutschen Presse, immer wieder zu betonen, daß wir Vorräte

genug haben und sich die Debatten nur um die Verbilligung und Verteilung der Lebensmittel drehen. (25. XI. 1915.)

*

Im Pariser „Figaro“ vom 18. November wird in einem Artikel ausgeführt, Frankreich kämpfe hauptsächlich für die Befreiung der unterdrückten Völker, insbesondere um die Befreiung der Bevölkerung in den beiden „entrisenen“ Provinzen. Es werde die Waffen nicht eher niederlegen, bis es dieses Ziel erreicht habe. Die deutsche Presse würde gut daran tun, sich diese Äußerung zu merken.

*

Für die Schmalzeinfuhr sind in absehbarer Zeit günstigere Verhältnisse zu erwarten. (5. XII. 1915.)

*

Nach Mitteilungen auswärtiger Blätter sollen sich der deutsche Militär- und Marineattaché in Washington unliebsam gemacht haben, und die amerikanische Regierung soll ihre Abberufung verlangen wollen. Im Kriege kommen solche Persönlichkeiten natürlich (?) mit Elementen zusammen, mit denen sie sonst vielleicht nicht zusammenkommen würden. Bei dem ausgedehnten englischen Spionagesystem ist es nun sehr wohl möglich, daß der amerikanischen Regierung irgendwelches Material unterbreitet worden ist, das diese Herren diskreditieren sollte. Eine entsprechende Anfrage haben wir an den deutschen Botschafter in Washington abgehen lassen. Die deutsche Presse soll über diese Angelegenheit bis auf weiteres schweigen, da sie durch ihre Erörterung den betreffenden Beamten keinesfalls nützt.

*

Die Presse soll öfters zu einer Sparsamkeit im Verbrauch von Kartoffeln auffordern. Die Ernteschätzungen waren wohl zu günstig. Hinzu kommt, daß die Bevölkerung durch den Mangel an anderen Nahrungsmitteln in noch größerem Maße auf die Kartoffel angewiesen ist, als im vorigen Wirtschaftsjahr.

*

Über die in Berlin vorgekommenen Aufläufe und Kundgebungen sind stark übertriebene Gerüchte in Umlauf. Es handelt sich um die Vorgänge vom 21. November mittags, 30. November abends, und 9. Dezember abends. Am 21. No-

vember wurden drei Herren und drei Damen hierbei verhaftet. Von der Waffe mußte die Schutzmannschaft nur am 30. November Gebrauch machen, wobei zwei Personen verletzt wurden. Am 9. Dezember wurden 7 Personen verhaftet.

*

Es ist angeregt worden, unsere Grenzen gegen das Ausland besser abzusperren, damit unerwünschte Nachrichten nicht ins feindliche Ausland gelangen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß England und Frankreich in dieser Hinsicht besser gestellt sind als wir, da England seinen Privatnachrichtenverkehr über einen einzigen Hafen, Frankreich den seinigen über Genf leitet. Wir können den neutralen Staaten, an die wir grenzen, nicht ihren Grenzverkehr sperren. Was aber ins neutrale Ausland dringt, ist bald auch der Entente bekannt. Dem gegenüber wiesen mehrere Vertreter der Presse darauf hin, daß dann das Verbot für deutsche Zeitungen, über Dinge wie die letzten Krawalle in Berlin, irgend etwas zu bringen, erst recht unbegreiflich wäre. Eine Änderung dieser Verschweigungstaktik wurde darauf in nahe Aussicht gestellt. (18. XII. 1915.)

*

Bei der Obersten Heeresleitung schweben Erwägungen, ob und wie es möglich ist, die Biververbandstruppen aus Saloniki hinauszubringen. (23. XII. 1915.)

*

Es empfiehlt sich nicht, die Türken wegen ihres Erfolges auf Gallipoli in übertreibender Weise zu verherrlichen, weil die Gefahr vorliegt, daß die verantwortlichen türkischen Staatsmänner sich selbst und die türkische Kriegführung weit überschätzen, indem sie übersehen, was sie uns dabei zu verdanken haben. Man darf die Zähigkeit der türkischen Soldaten uneingeschränkt loben, soll aber dabei andeuten, was deutsche Offiziere, deutsche Munition usw. für einen Anteil an dem Erfolg haben. Über die armenische Frage wird am besten geschwiegen. Besonders löblich ist das Verhalten der türkischen Machthaber in dieser Frage nicht.

*

Es kam zu einer Aussprache über das Verbot des „Lothar-Anzeiger“. Dieses Verbot erfolgte wegen der Veröffentlichung eines Telegramms über eine angebliche Rücktrittsabsicht

des griechischen Generalstabschefs. Vertreter der Presse übten scharfe Kritik daran, daß wegen eines bloßen Irrtums gleich ein Verbot erfolgte. (23. XII. 1915.)

*

Eine Änderung der Haltung Rumäniens ist nicht zu erwarten. Jedenfalls will die rumänische Regierung einen Durchmarsch russischer Truppen nicht gestatten. Gegenüber der Frage rumänischer Getreidelieferungen empfiehlt sich für die Presse größte Zurückhaltung.

*

In weiteren Kreisen der Bevölkerung will man beobachtet haben, daß die Verluste an inaktiven Offizieren die an aktiven unverhältnismäßig übersteigen. Hierzu ist zu bemerken, daß die große Zahl der Neuformationen und neuer Stäbe es mit sich bringt, daß in erster Linie das aktive Korps zur Abgabe herangezogen wird. Die Neuorganisationen erfordern Offiziere mit umfassender militärischer Vorbildung. Man soll also Schlussfolgerungen aus solchen Vergleichen, die zu schiefen Urteilen führen müssen, unterlassen.

*

Meldungen, die sich auf den Nutzwert und die Verwendung von Fettsäuren beziehen, dürfen nicht veröffentlicht werden. (30. XII. 1915.)

*

Nicht nur in Bezug auf die persische, sondern auch die ägyptische und indische Frage soll sich die Presse Zurückhaltung auferlegen, auf keinen Fall übertriebene Erwartungen erwecken, die dann vielleicht enttäuscht werden. Etwas anderes ist es mit der in der Ententepresse sich häufig zeigenden Nervosität und Angstlichkeit, die natürlich in jeder Weise genährt werden soll.

*

Die im Juli erfolgte Bestandaufnahme über das bei uns vorrätige Brotgetreide hatte bekanntlich ein ungünstiges Ergebnis. Das waren aber damals nur Schätzungen, und man konnte hoffen, daß die im November vorgenommenen gründlichen Feststellungen ein günstigeres Resultat ergeben würden. Darin hat man sich aber getäuscht. Das Wolffsche Telegraphenbüro wird eine amtliche Darstellung über das Resultat der letz-

ten Bestandaufnahme bringen. Die Presse wird am besten tun, sich jeder weiteren Erörterung in dieser Sache zu enthalten. Will sie dies nicht, so soll sie auf die schädliche Wirkung Besdacht nehmen, die eine unvorsichtige Behandlung dieses Themas im feindlichen Ausland ausüben müßte. (11. I. 1916.)

*

Die Stimmung in Amerika hat sich nach einem Brief Bernstorffs infolge des Persia-Zwischenfalles wieder verschlechtert. Die Stimmung im Kongreß ist aber für uns günstiger, als erwartet worden ist, und die Regierung scheint mit Rücksicht auf diese Stimmung geneigt, entschieden gegen England vorzugehen. Durch solche Zwischenfälle wird dies allerdings immer wieder erschwert, weil die angloamerikanische Presse nichts unversucht läßt, daß die U=Bootfrage fortgesetzt im Mittelpunkt des Interesses der Öffentlichkeit steht. (11. I. 1916.)

*

Die Streichung eines Zwischenatzes in dem in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Bruchstück aus dem Friedensartikel der „Neuen Züricher Zeitung“ ist im Auswärtigen Amt erfolgt. Der betreffende Zensur (!) soll lediglich (!) bestrebt gewesen sein, das Wolffsche Telegramm zu kürzen und deshalb etwas aus den Anfangssätzen und aus der Mitte des Zitats weggelassen haben.

*

Der Ausschuß der Pressevertreter hat sich beim Kriegspresseamt über den Mangel an Initiative auf seiten der Regierungsvertreter, besonders der Vertreter des Auswärtigen Amtes beschwert.

*

Da Montenegro, mit dem Deutschland formell nicht im Kriegsverhältnis steht, der erste Feind ist, der mit einem Friedensangebot kommt, dürfte mit ihm glimpflich verfahren werden. Die Wirkung wird sich hauptsächlich in Italien nutzbringend geltend machen. Es ist die Schuld der leitenden Männer in Italien, wenn nun Montenegro als Verteidigungsposition wegfällt und wenn sich daraus eine Gefahr für die italienischen Interessen in Albanien entwickelt. Es empfiehlt sich, diese Tatsache entsprechend zu beleuchten. (20. I. 1916.)

*

Über ein zwischen Deutschland, Osterreich-Ungarn und Bulgarien getroffenes Abkommen, den Bezug von Rohstoffen aus Bulgarien betreffend, darf nichts gebracht werden. (25. I. 1916.)

*

Die Zeitungen sollen nichts über den Termin in dem Prozeß gegen den bekannnten Lübecker Senator Posschl berichten.

*

Über die Verhandlungen in der Lusitania-Frage ist ein Bericht des Grafen Bernstorff eingegangen. Aus ihm ist zu entnehmen, daß die Verhandlungen bisher noch keine Einigung gebracht haben und deshalb weitergehen. Die amerikanischen Forderungen sind ziemlich weitgehender Natur. Es empfiehlt sich nicht, die Lage in der Presse als rosig darzustellen. (1. II. 1916.)

*

Das Verhalten Rumäniens berechtigt keineswegs zu Beunruhigung, wenn auch die Haltung des gegenwärtigen Kabinetts nicht als gerade freundlich angesehen werden darf. Ein Kabinettswechsel, der zwar nicht in Aussicht steht, würde nur eine Besserung in den Beziehungen zu uns erwarten lassen. Es wäre nicht angebracht, wenn die ganze Presse in den Ton eines Berliner Blattes, das die Lage als bedrohlich hinstellte, einstimmt. (1. II. 1916.)

*

In der Lusitania-Frage erhielt Graf Bernstorff neue Instruktionen; ob sie zu einer Beilegung des Streites führen, ist nicht sicher. Jedenfalls ist die Lage ernst. An amtlicher deutscher Stelle hatte man die Angelegenheit für erledigt betrachtet, nachdem sie dreiviertel Jahr lang Gegenstand der Erörterungen zwischen Lansing und Bernstorff gewesen war, und Deutschland sich sogar zu Entschädigungen bereit erklärt hatte. Die nebensächlichen Meinungsverschiedenheiten hätten, so nahm man hier an, später einmal geschlichtet werden können. Daß die Gegensätze sich nun wieder zuspitzen, hat wohl darin seinen Grund, daß innerpolitische amerikanische Verhältnisse, insbesondere die Präsidentenfrage, eine tatkräftige Aktion Wilsons zu erfordern scheinen. Lansing ist außerdem ein Nur-Jurist, der die Rechthaberei auf die Spitze zu treiben sucht. Das Verlangen, daß Deutschland die Versenkung der Lusitania als eine völker-

rechtswidrige Handlung hinstellt, kann nicht erfüllt werden, weil es unserer Überzeugung widerspricht, und die Amerikaner in die Lage setzen würde, unseren U-Bootkrieg als Ausgangspunkt für neue Forderungen zu benutzen. (3. II. 1916.)

*

Die Geschäftsverhältnisse des Hilfsvereines deutscher Frauen sind einer Nachprüfung unterzogen worden. Dabei hat sich herausgestellt, daß nicht einwandfreie Machenschaften von Seiten des Geschäftsführers vorgekommen sind. In drei Tagen findet ein gerichtlicher Termin in dieser Angelegenheit statt. Die Presse soll nichts darüber berichten. (8. II. 1916.)

*

Die zwischen uns und Amerika schwebenden Streitfragen dürften eine durchaus befriedigende Lösung finden. Es ist gestattet, in der Pre., zu betonen, daß wir von der U-Bootwaffe so tatkräftig Gebrauch machen werden, wie wir es jeweils für nötig halten. Ins Detail gehende Vorschläge dürfen aber keinesfalls gemacht werden. Man darf der amerikanischen Regierung nicht den guten Willen zur Verständigung absprechen, oder ihr bewußte Parteilichkeit für unsere Feinde vorwerfen. (10. II. 1916.)

*

In der rumänischen Frage liegt kein Grund zur Beunruhigung vor. Das bevorstehende völlige Ausfuhrverbot, das Rumänien erlassen will, richtet sich nicht gegen Deutschland und berührt auch nicht unsere vertraglichen Rechte. (12. II. 1916.)

*

Berichte oder Vorträge, in denen sich der Redner zu Erörterungen von Kriegszielen hinreißen ließ, sind nur gestattet, wenn die Art der Kriegsziele aus ihnen nicht hervorgeht.

*

Der Ausdruck „verschärfter U-Bootkrieg“ zur Kennzeichnung der Denkschrift über die bewaffneten Handelsschiffe soll nicht angewendet werden, da er irreführend ist. In der Denkschrift wird lediglich auf völkerrechtlich erlaubte Gegenmaßnahmen gegen ungesetzliche Handlungen des Feindes hingewiesen. Die Gründe, die dafür maßgebend waren, den Termin des Inkrafttretens der Denkschrift in der deutschen Öffent-

6*

lichkeit nicht zu nennen, bestehen weiter. Dazu gehört vor allem, daß das Reichsmarineamt sich vorbehält, auch früher zu beginnen, als zunächst beabsichtigt ist. (24. II. 1916.)

*

Unsere Beziehungen zu Rumänien haben sich in letzter Zeit erheblich gebessert. (!) Bratianu scheint sich davon überzeugt zu haben, daß er die Chancen der Entente wesentlich überschätzt hat. (9. III. 1916.)

*

Zu der Verfügung, daß alle den U-Bootkrieg betreffenden Artikel zensurpflichtig sind, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß die Zensur, die keine Politik (?) ausübt, dennoch verpflichtet sei, dafür zu sorgen, daß die Richtlinien und der Wille der leitenden Stellen, die die Verantwortung tragen, berücksichtigt werden. Mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln wird die Zensur darauf hinwirken, daß jene Direktiven strikte beachtet werden.

*

Es ist gelungen, für Lute Stoffe vollwertigen Ersatz aus Papierfabrikation zu schaffen. Es handelt sich um Ersatzstoffe für Seile, Stricke, Bindfaden usw. Die damit seit Jahren gemachten Erfahrungen geben die Sicherheit, daß wir auch nach Friedensschluß in bezug auf Lute vom Ausland unabhängig bleiben werden. (25. III. 1916.)

*

Der „Daily Telegraph“ führt in einem Artikel aus, daß der Pariser Handelskonferenz bedeutendere Aufgaben obliegen könnten, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Es sei anzunehmen, daß dort etwaige Friedensvorschläge der Mittelmächte erwogen werden würden. Offenbar handelt es sich in diesem Artikel um einen englischen Friedensfühler. Die Presse soll über die Sache nicht viel Aufhebens machen und keine fetten Überschriften bringen. Es empfiehlt sich, die Sache ruhig ausreifen zu lassen. (25. III. 16.)

*

Im Verlage von Mittler & Sohn ist eine anonyme Broschüre über die Marne Schlacht erschienen. Die Beschlagnahme der Broschüre ist verfügt und in die Wege geleitet.

*

Das Reutersche Büro ist in auffallender Weise damit beschäftigt, durch alle möglichen Meldungen die Lage so darzustellen, als ob der Abbruch der deutsch-amerikanischen Beziehungen unmittelbar bevorstände. Daß die deutsche Presse auf solche Meldungen immer wieder hineinfällt (!), ist sehr bedauerlich. An Berliner zuständiger Stelle hat man das Vertrauen, daß man in Amerika die klare und bündige Sprache unserer letzten Note anerkennt und die von uns entwickelten Gesichtspunkte würdigt. Es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß seitens Amerikas Maßnahmen beabsichtigt sind, die zu einem Bruch führen könnten. Die amerikanischen Pressestimmen der letzten Tage verraten eine ganz andere Auffassung der Dinge als die, die Reuter zu melden weiß. (18. IV. 1916.)

*

Das Gerücht, daß Professor Henri Marteau oder dessen Frau standrechtlich erschossen worden sei, ist falsch. Beide befinden sich wegen deutschfeindlicher Umtriebe in Sicherheitshaft. Über die ganze Angelegenheit darf die Presse nichts melden.

*

Veröffentlichungen von Abbildungen von Massenansammlungen bei Lebensmitteleinkäufen sind untersagt.

*

Die Landung der Russen in Marseille hat die deutsche Heeresleitung nicht überrascht. Bei der allgemeinen feindlichen Frühjahrs-offensive sollen natürlich auch Russen an der Westfront vertreten sein, um damit einen Theater-effekt zu erzielen. Man sucht auch hierdurch die Italiener anzustacheln, dem russischen Beispiel zu folgen.

*

Die Entscheidung über die Beantwortung der amerikanischen Note ist noch nicht erfolgt. Da dieser Schritt höchstwahrscheinlich der wichtigste ist, den die Reichsleitung bis zur Beendigung des Krieges noch tun wird, muß die Presse jeden Versuch unterlassen, die Reichsleitung nach irgendeiner Richtung hin festzulegen. (28. IV. 1916.)

*

Es ist eine Reichsbekleidungsstelle zur Versorgung der Zivilbevölkerung mit Textilien geschaffen worden. Um hinten an zu halten, daß eine unnötige Beunruhigung in der Bevölke-

rung verursacht und diese zum Hamstern veranlaßt wird, soll die Presse bis zum Erscheinen der Bundesratsverordnung keinerlei Nachrichten über die neue Stelle und ihre voraussichtliche Tätigkeit bringen.

*

Unser Verhältnis zu Amerika erfordert noch immer Zurückhaltung der Presse. Wilsons Politik steht im Zeichen der eigenen Wahl. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die innerpolitischen Verhältnisse Amerikas eine für uns günstige Wendung nehmen. Voraussetzung dafür ist aber, daß die deutsche Presse keine Zeichen von Ungeduld verrät.

*

Die Aufrufe unterdrückter Völker in Rußland, wie die der Letten, Balten, Polen usw. sollten von der deutschen Presse nicht völlig unbeachtet bleiben, da es nur in unserem Interesse liegt, die Urheber in ihren Bestrebungen zu begünstigen. (23. V. 1916.)

*

Bei der Behandlung der jetzt sich immer wiederholenden Telegramme und Nachrichten über Friedensmöglichkeiten soll die Presse beachten, daß wir keinen Hehl daraus zu machen brauchen, daß uns ein baldiger Friede erwünscht wäre. Jedemfalls muß aber der Eindruck, als ob wir nicht länger aushalten könnten und schon bald um jeden Preis Frieden machen müßten, vermieden werden. (23. V. 1916.)

*

Es lag nahe anzunehmen, daß bei dem Übertritt russischer Truppen auf rumänisches Gebiet eine Verständigung stattgefunden habe, nicht zwischen der rumänischen Regierung und Rußland, sondern zwischen rumänischen Politikern und Unterbeamten und dem russischen Militär. Die Anzeichen sprechen aber nicht dafür, es scheint vielmehr, daß es sich um eine mehr zufällige (!) Grenzüberschreitung handelt. Es scheint, daß die eingedrungenen russischen Truppen das rumänische Gebiet wieder räumen. (14. VI. 1916.)

*

Es besteht kein Grund zur Sorge, daß die Geschäftsträger der Mittelmächte in Griechenland veranlaßt werden würden, aus Athen abzureisen. (30. VI. 1916.)

*

Nach allem, was unser Vertreter in Bukarest berichtet, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die rumänische Regierung fest entschlossen ist, weiter neutral zu bleiben. Das geht auch daraus hervor, daß sich die Getreidetransporte glatt abwickeln. (30. VI. 1916.)

*

In der rumänischen Frage ist keine Änderung der Lage eingetreten. Für die Haltung Rumäniens wird nach wie vor die militärische Lage der einzige Barometer sein. Jedenfalls liegen keine Nachrichten vor, aus denen hervorginge, oder nach denen auch nur mit einiger Sicherheit anzunehmen wäre, daß Rumänien vor dem Anschluß an die Entente unmittelbar stünde. (25. VII. 1916.)

*

Die Lage in Rumänien hat sich nicht verändert, allerdings arbeitet die Entente dort mit Hochdruck. Das Schicksal Belgiens, Serbiens, Montenegros und Griechenland kann Rumänien sicher nicht zur Nachahmung einladen. Der Rumäne berechnet viel zu kühl, als daß er Gelegenheitserfolge, wie die russischen, überschätzen würde. Auch als die Russen über die Karpathen gekommen waren und vor den Toren Schlesiens standen, haben die Rumänen die damalige militärische Situation als eine vorübergehende gewertet. Ähnlich werden sie sich wohl auch jetzt verhalten, indem sie ihrem Schöpfer danken, daß sie damals nicht gegen uns gegangen sind. Es fehlen alle Anzeichen dafür, daß sich Rumänien in irgendeiner Weise festgelegt hätte, keinesfalls liegt ein Anlaß zu irgendwelcher Beunruhigung vor. (29. VII. 1916.)

*

Über die Behandlung der Personen und des Eigentums italienischer Staatsangehöriger in Deutschland darf nichts veröffentlicht werden. (1. VIII. 1916.)

*

Es ist nicht ausgeschlossen (1), daß Rumänien mit der Entente unterhandelt, bisher liegen aber keine sicheren Nachrichten darüber vor, daß es sich bereits gebunden hätte. Die Entschließungen Rumäniens werden in erster Linie von den Ereignissen auf den Kriegsschauplätzen abhängen. Solange sich diese für uns nicht ungünstig gestalten, dürfte Rumänien neutral bleiben. (5. VIII. 1916.)

*

Das neuerliche Verbot des Erscheinens des „Berliner Tageblattes“ ist wegen neuer Verstöße gegen den Burgfrieden erfolgt. In der Abendausgabe vom 26. Juli hat das „Berliner Tageblatt“ von Gruppen, die allmählich Geschmack am Kriege gefunden hätten, gesprochen, und dadurch die literarische Entgleisung eines Einzelnen (Steinmann-Bucher) ganzen Gruppen zur Last gelegt. Außerdem wurde in der Montagsausgabe vom 31. Juli im Leitartikel von der Zeit unmittelbar nach Ausbruch des Krieges als einer großen Zeit in Gänsefüßchen geschrieben und die vielen Tausende, die sich damals zu vaterländischen Kundgebungen zusammenfanden, als „Haufen heiferer Schreier“ bezeichnet.

*

Über die Explosion des großen Munitionslagers im Artilleriedepot Rosenstein darf die Presse höchstens den amtlichen Bericht bringen. Die Explosion erfolgte bei der Umlagerung russischer Munition. Das Generalkommando in Königsberg ist der Ansicht, daß das Unglück auf Spionage zurückzuführen ist.

*

Gerüchte, denen zufolge die Schifffahrt in der Ostsee seit kurzem besonders gefährdet wäre, ist unbegründet. Die vorgekommenen Störungen unserer Schifffahrt in der Ostsee sind so gut wie ausschließlich auf feindliche Unterseeboote zurückzuführen. Es dürften dabei fünf englische und dreizehn russische Unterseeboote in Frage kommen. (10. VIII. 1916.)

*

In Rumänien hat die Lage keine Veränderung erfahren. Die gestern verbreiteten Alarmnachrichten entbehren jeder Grundlage. (17. VIII. 1916.)

*

Bei Versenkung von Bannware führenden Schiffen wird häufig gesagt, die Schiffe seien torpediert worden. Diese Bezeichnung ist sachlich fast immer unrichtig, wenigstens soweit es sich nicht um bewaffnete Schiffe handelt. Die Versenkungen geschehen meist durch Öffnen der Bodenventile, durch Sprengpatronen oder Artilleriefeuer, nur in ganz seltenen Fällen durch Torpedierung. Das letztgenannte Verfahren wäre äußerst kostspielig, da ein Torpedo rund 10 000—15 000 Mark kostet.

*

Zu den Gerüchten über das Ehepaar Marteau wird festgestellt: Schon vor langer Zeit wurden Klagen laut über das Benehmen der Frau Professor Marteau. Als sich zeigte, daß Frau Marteau in Sofia deutschfeindliche Propaganda getrieben hatte, wurde bei ihr eine Haussuchung veranstaltet, die einen Briefverkehr der Frau Marteau mit dem Ausland sowie ihre Beteiligung an allerhand zweifelhaften geschäftlichen Unternehmungen und an einem Titel- und Ordenschacher ergab. Es folgte eine Untersuchung, nach der Professor Marteau und später auch seine Gattin wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Das Ehepaar ist zum Aufenthalt in einer märkischen Stadt verpflichtet, aber außer Haft.

*

Mutmaßungen über die Zahl der nach Deutschland gebrachten belgischen Arbeiter und den Prozentsatz der Freiwilligen unter ihnen sollen nicht angestellt werden. (9. XI. 1916.)

*

Zu der Affäre der Frau Marteau ist zu bemerken, daß die Reise der Dame nach Sofia bereits im November 1914 stattfand. Damals bestand gegen Frau Professor Marteau, die übrigens als geborene Hirschkorn eine Deutsche von Geburt ist, noch keinerlei Verdacht. (14. XI. 1916.)

*

Die Besprechung der Kriegsziele ist vom 28. November ab unter drei Voraussetzungen freigegeben:

1. Die Kriegszielbetrachtungen dürfen nicht zu verhetzenden Bemerkungen gegen Andersdenkende benutzt werden. Verboten ist:
2. Jede Betrachtungsweise, die auf eine Beeinflussung der Kriegsführung hinausläuft,
3. Jede Erörterung, die zu Mißhelligkeiten zwischen uns und unseren Verbündeten oder den Neutralen führen kann ...

Die Freigabe, die auf Wunsch der Obersten Heeresleitung erfolgt, ist keineswegs als ein Gegengeschenk für irgendwelche Zugeständnisse auf anderem Gebiet gedacht. Sie bedeutet zugleich mit der Mobilisierung des ganzen Volkes auch eine Mobilisierung der Presse, deren Kraft bisher in dieser Hinsicht gebunden war, und die auf Wunsch Hindenburgs jetzt zur Mit-

wirkung aufgerufen wird. Die Tatsache der Freigabe darf in der Presse nicht erwähnt werden. Die Freigabe konnte im Hinblick auf die günstige Kriegslage und die unbedingte Siegeszuversicht unserer Heeresleitung erfolgen.

Nicht als Zensurvorschriften, sondern als Winke sind folgende Ratschläge zu betrachten:

Unsere Gegner werden gewiß nicht siegen, sie sind aber noch nicht soweit niedergedrungen, daß sie nicht durch Unvorsichtigkeiten zu neuen Kraftanstrengungen bewogen werden könnten. Eine unnötige Bedrohung der Feinde würde zur Folge haben, daß sie sich noch fester zusammenschließen. Darum muß die richtige Grenze zwischen Forderung und Nachgeben gezogen werden.

Auf die Neutralen ist besondere Rücksicht zu nehmen.

Zu vermeiden ist eine Darstellung, als wäre in England der Friedenswille schon vorhanden. Immer wieder ist der Vernichtungswille unserer Feinde hervorzuheben.

Wir dürfen keine Gebietserweiterung fordern, die über die Zwecke unserer Verteidigung und Selbsterhaltung hinausgeht. Mit diesem Wunsche muß jede Forderung auf Gebietserweiterung begründet werden. Das Wohl des Reiches verlangt, daß wir grundsätzlich fordern, daß nicht ein Fuß breit blutgetränktes Land von uns herausgegeben wird, ehe nicht der Feind entsprechende Gegenleistungen dafür zugesichert hat. Auch wer prinzipiell gegen die Abnahme eines feindlichen Gebietes ist, kann dieser Forderung zustimmen. Dem Feind muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß er uns den Sieg nicht entreißen kann. Dann erst wird der Friede kommen. (27. IX. 1916.)

*

Die angeblichen Äußerungen des deutschen Botschafters in Amerika über eine von uns beabsichtigte Entschädigung Belgiens, tragen den Stempel der Unwahrheit an der Stirn. (4. I. 1917.)

*

Im Auftrag der Obersten Heeresleitung wird die Presse gebeten, sich allzu eingehender Erörterungen der Lebensmittelfragen sowie der Friedensmöglichkeiten tunlichst zu enthalten. (13. I. 1917.)

*

Von den Auszeichnungen, die die Generäle von Mackensen und von Falkenhayn, sowie Oberst Hell erhalten haben, soll die Presse nichts erwähnen.

*

Die Unterredung des Staatssekretärs Zimmermann mit einem Vertreter der „Associated Press“ wird nebst ihrem Inhalt: Unmöglichkeit weiterer deutscher Friedensschritte — von unterrichteter Seite bestätigt. (13. I. 1917.)

*

Der Rücktritt des amerikanischen Staatssekretärs Lansing ist sehr wahrscheinlich erfolgt, doch fehlen noch unmittelbare Nachrichten. Lansing ist krank, er hat außerdem Gelegenheit, in außeramtlicher Berufstätigkeit seine Einkommensverhältnisse sehr zu verbessern. Die politischen Differenzen zwischen ihm und Wilson fallen auch ins Gewicht. (13. I. 1917.)

*

Bei Besprechung von Steuerplänen mag darauf hingewiesen werden, daß die Äußerung des Abgeordneten Dr. Stresemann, wonach ein Drittel bis ein Viertel des Vermögens für die durch die Kriegsschulden entstehenden Besteuerungen geplant werden, nicht auf amtlichen Informationen beruhte. Wir wissen noch gar nicht, wie hoch die Kriegsschuld werden wird und wie weit der Feind zu ihr wird beitragen müssen.

*

Über Stürme auf Banken und Sparkassen, wie sie in Leipzig infolge der Äußerungen des Dr. Stresemann über eine angeblich geplante teilweise Vermögenskonfiskation erfolgt sind, darf unter keinen Umständen etwas veröffentlicht werden. (16. I. 1917.)

*

In der Frage des U-Bootkrieges ist jede Andeutung, als sei Zeit verloren worden, verboten. Jede Bemerkung, daß es sich um einen Verzweiflungsakt handelt, ist untersagt, da im Gegenteil der Entschluß nach reiflicher Erwägung und in begründeter Aussicht des Erfolges erfolgte. Die Zahl der Neubauten übersteigt die Verluste um ein Vierfaches. Die Zahl der U-Boote ist im Laufe des Krieges außerordentlich gewachsen. (2. II. 1917.)

*

Ein Eintritt Amerikas in den Krieg würde maritim wenig bedeuten. Es könnte aller Voraussicht nach nur einige Torpedobootszerstörer und einige kleine, langsamere Kreuzer herüberschicken, die etwa zu Konvoy verwendet würden. Die Vereinigten Staaten haben keine Panzerkreuzer gebaut, die für den Seekrieg entscheidend sind. Zum Transport eines Armeekorps von 30 000 Mann sind 75 Dampfer mit je 4000 Tonnen notwendig. Zum Transport von 100 000 Soldaten nur mit ihrem Marschgepäck sind bei zweimaliger Fahrt für jeden Dampfer 400 000 Tonnen nötig. (2. II. 1917.)

*

Nachrichten über Ausschreitungen vor Bäckerläden in Hannover sind unzulässig.

*

Die Presse soll den U-Bootkrieg als ein Mittel der Kriegsabkürzung, nicht aber als Aushungerung und Vergeltungskrieg darstellen. (6. II. 1917.)

*

Man spreche nicht mehr von „griechischen“ Dampfern, die versenkt worden seien, sondern, um die Engländer, die bekanntlich alle griechischen Schiffe beschlagnahmt haben, zu ärgern, von „englischen, früheren griechischen Schiffen“.

*

Eisenpreise dürfen nicht mitgeteilt werden, weil das zu unerwünschten falschen Schlüssen über unsere Wirtschaftslage führen würde.

*

Bei Berichten über Gerichtsverhandlungen, die mit den ostpreussischen Greueln zusammenhängen, ist Vorsicht anzuwenden, damit keine Widersprüche mit dem von Deutschland ausgegebenen Weißbuch entstehen, dessen ganzer Inhalt sonst angezweifelt werden könnte. Züngst wurde öffentlich berichtet, eine Arbeiterin, die früher behauptet hätte, von einem Russen vergewaltigt worden zu sein, habe unter Eid gestanden, ihr Kind sei anderen Ursprungs. (9. II. 1917.)

*

In der Mexiko-Angelegenheit ist verschiedentlich der Ausdruck „Zimmermannbrief“ gebraucht worden. Es sei festgestellt, daß nicht der geringste Zweifel dafür bestehen kann,

daß das Telegramm des Grafen Bernstorff an den deutschen Gesandten in Mexiko chiffriert gewesen ist. Es wird also gebeten, den unglücklichen Ausdruck „Zimmermannbrief“ nicht mehr zu verwenden.

*

Die Zerstörungen an den in amerikanischen Häfen liegenden deutschen Schiffen sind zu unserer Zufriedenheit ausgefallen. So ist z. B. der Riesendampfer „Waterland“ für Amerika zur Verwendung völlig unbrauchbar. Auch die Skizzen zu den Turbinenkonstruktionen sind vernichtet worden. (16. III. 1917.)

*

Es geht seit längerer Zeit das Gerücht, daß die Brotration in Deutschland demnächst herabgesetzt werde. Die Presse soll davon keinerlei Notiz nehmen. Die Getreideaufnahme vom 15. II. hat ein höchst ungünstiges Ergebnis gezeigt. Falls eine Verminderung der Brotration nötig wird, wird mit einer Erhöhung der Fleischration ausgeholfen werden.

*

Aber den Fortgang der russischen Revolution liegen bisher im Auswärtigen Amt wenig Nachrichten vor. Wir können jedenfalls sagen, daß den Engländern und Franzosen die gegenwärtige Entwicklung in Rußland unheimlich wird. Die Petersburger Garnisonen sind im Lager der Revolutionäre. Die Möglichkeit von Agrarunruhen ist nicht ausgeschlossen. Wir müssen unsere bisherige Haltung gegenüber Rußland vorerst fortsetzen und die Verantwortung England zuschieben. Der englische Einfluß geht auch bei den Oktobristen noch sehr weit. Wir haben keinerlei Anlaß, die Personen des neuen Regimes herunterzureißen. Wir können sogar betonen, daß das neue Rußland, wenn es schon vor dem Kriege bestanden hätte, sich vielleicht nicht so leicht zum Kriege entschlossen hätte. Es kann immer betont werden, daß der russische Zusammenbruch eine Folge der deutschen Siege ist. Abfällige Kritiken gegen den Zaren und die Großfürsten sind aber jetzt keinesfalls angebracht. Neue Versprechungen an die Finnen und Polen sollen als Heucheleien charakterisiert werden. (20. III. 1917.)

*

Das Ergebnis der Getreidebestandaufnahme ist erheblich ungünstiger ausgefallen, als angenommen worden ist.

Es fehlen nach der Bestandaufnahme rund über eine Million Tonnen. (23. III. 1917.)

*

Aber die Stimmung und die Eindrücke in Amerika bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen läßt sich folgendes zusammenfassend sagen: Zu Beginn des Krieges war Amerika deutschfeindlich, was sich aber allmählich besserte. Nach dem Lusitania-Fall verschlimmerte sie sich dagegen wieder sehr. Dann trat wieder eine Besserung der Stimmung zutage, weil Amerika sich sehr über die Knebelung seines Handels durch England zu beklagen hatte. Beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen herrschte der Eindruck vor, daß das Volk den Krieg mit Deutschland nicht wünscht. Wilson hat eine stärkere autokratische Stellung als jeder der europäischen Herrscher. Da er englisch erzogen ist, weiß er vom deutschen Wesen so gut wie nichts und hat auch für die Deutschen nichts übrig. Innerlich ist er gegen uns seit jeher. Er mußte aber auch oft auf die Interessen der amerikanischen Hochfinanz Rücksicht nehmen. Wilson selbst ist ein unbestechlicher Charakter. Er hat auf einen Krieg mit Deutschland gewiß nicht direkt hingearbeitet, wie überhaupt ein positiver Kriegswille bei ihm nicht vorhanden ist. Der Eindruck ist in Amerika allgemein, daß seine Friedensabsichten ernst und ehrlich waren. Er wollte der Friedenspräsident werden. Aber der Abbruch der diplomatischen Beziehungen war für ihn um des amerikanischen Prestiges willen notwendig geworden. Bei einem Krieg der Amerikaner gegen Deutschland wird die finanzielle Unterstützung der Entente durch Amerika sehr groß sein. Dagegen ist ein kriegerisches Eintreten sowohl zu Lande, wie zu Wasser vorerst für uns nicht gefährlich. Lansing ist ein ausgesprochener Deutschenhasser, er ist der größte Englandsfreund und war stets für ein kriegerisches Eintreten Amerikas gewesen. Seine Stimme hat aber recht wenig zu bedeuten. Für uns sind Verhandlungen mit Amerika nicht mehr möglich. Wenn es den Krieg will, so ist es seine Sache. (23. III. 1917.)

*

Über die Stimmung in Italien wird aus zuverlässiger Quelle erklärt: Die Verhältnisse, die durch den Krieg geschaffen sind, wachsen den Männern der italienischen Regierung bereits über den Kopf und verursachen ihnen ernste Sorgen. Der Han-

del geht schlecht. Die Kriegsanleihezeichnungen machen keine Fortschritte. Im ganzen Lande wird offen auf England geschimpft. Kleine Unruhen sind an der Tagesordnung. (23. III. 1917.)

*

Gerüchte vom Tode des bei einem Fluge verunglückten Prinzen Friedrich Karl von Preußen sind erfunden. Die Presse wird gebeten, über diese Angelegenheit vorläufig nichts zu veröffentlichen. (29. III. 1917.)

*

Die Reichsgetreidestelle hat an das verbündete Österreich im ganzen nur 10000 Tonnen Mehl geliefert. Weitere Lieferungen über dieses Quantum hinaus sollen nicht erfolgen. Entgegen anders lautenden Meldungen wurde auch nicht ein einziger Zentner Kartoffeln an Österreich abgegeben. Hingegen wurden einmal Kohlrüben gegen Kohlen ausgetauscht. (29. III. 1917.)

*

Im Zusammenhang mit einer Erörterung der mißlichen Ernährungsfragen ist zu bemerken, daß jede Kritik, die das Durchhalten als unmöglich bezeichnet, untersagt ist. (3. IV. 1917.)

*

Der Aufruf der russischen Sozialisten an die Deutschen ist aus rein militärischen Gründen, nicht aus politischen, verboten worden. Da sich die Aufforderung an die deutsche Arbeiterschaft wendet, und ein großer Teil von dieser der Armee angehört, mußte das Verbot erfolgen. Aus dem gleichen Grunde und vor allem deshalb, weil sich die Oberste Heeresleitung in ihren Entschliessungen nicht von außen her beeinflussen lassen kann, ist der Aufruf auch der deutschen Presse zur Veröffentlichung nicht freigegeben worden.

*

Das Auswärtige Amt warnt die Presse davor, in dieser ernstesten Zeit Artikel zu bringen, in denen bestimmte Vorschläge oder Nachrichten über Friedensverhandlungen gemacht werden. (11. IV. 1917.)

*

In letzter Zeit sind in der Presse amerikanische Rekordziffern darüber bekannt gegeben worden, was Amerika an

Kriegsrüstungen zu leisten imstande ist. Man darf dem Leserkreis nicht einreden, als ob diese Rüstungen in Wirklichkeit möglich wären. Die amerikanische Marine kann uns nicht schrecken. Man sollte neben unseren U-Booten auch die übrigen Marineabteilungen, insbesondere die Minensuchboote lobend erwähnen. (11. IV. 1917.)

*

Das Oberkommando hat alle Vorkehrungen getroffen, um ein Umsichgreifen der Berliner Streikbewegung zu verhindern. Es hofft, den Schwerstarbeitern noch einige Zugeständnisse machen zu können. Im übrigen kann die Übertragung der Bewegung auf die Straße unter keinen Umständen geduldet werden. Alle Nachrichten über die Bewegung müssen der Zensur vorgelegt werden. (17. IV. 1917.)

*

Der Telegrammwechsel zwischen amerikanischen und russischen Sozialisten gibt Veranlassung, um besondere Vorsicht zu bitten. Die gesamte Entente wartet jetzt auf Pressestimmen. Das Schlagwort vom Frieden ohne Annexionen erweckt bei der Entente nur den Eindruck der Schwäche und rückt den Frieden in weite Ferne. Wir brauchen weitgehende Entschädigungen, um unser Dasein zu sichern. Wir machen täglich den Fehler, bei unseren Gegnern den Glauben zu erwecken, daß wir schwach seien, während wir stark sind. (24. IV. 1917.)

*

Die Wirkung des deutschen U-Bootkrieges auf England macht sich viel stärker und schneller bemerkbar, als wir zu hoffen wagten. Es mehren sich die Meldungen, daß England nur noch zwei Monate aushalten könne. Diese Meldungen stammen von Leuten, die kein Interesse daran haben, uns die Wahrheit zu verschweigen. Auch Agentenmeldungen, die wir nicht veröffentlichen dürfen, da deren Herkunft nicht bekannt werden soll, geben ein Bild von Englands Nöten. (1. V. 1917.)

*

Leider konnten wir nicht soviel Gemüse anbauen, wie vorgesehen war, weil sich der Mangel an Stickstoff und anderen Düngemitteln sehr bemerkbar macht. (2. V. 1917.)

*

Die deutsche Presse wird gebeten, in der elsass-lothringischen Frage sich schon aus außerpolitischen Gründen äußerste Zurückhaltung aufzuerlegen. Auch die Mehrheit des Reichshaushaltsausschusses war aus denselben Gründen dafür gewesen, daß die bekannten Interpellationen und deren Beantwortung vom Plenum ausgeschaltet werden. (19. V. 1917.)

*

Die „Kölnische Volkszeitung“ brachte kürzlich einen Artikel, in dem besprochen wurde, wie früher Friede geschlossen worden ist. In der Praxis wird, wie der Artikel ausführt, der Friede immer durch Verhandlungen erzielt, für die nur die militärische Lage entscheidend ist. Die Oberste Heeresleitung hat mit diesem Artikel nichts zu tun. Die militärische Lage hat sich nicht verschlechtert, sondern überall und namentlich noch durch den U-Bootkrieg verbessert. (22. V. 1917.)

*

Die Rede Ribots möge weiter kräftig beantwortet werden. Zweifellos stehen die französischen Ansprüche auf Wiedereinverleibung Elsaß-Lothringens in schroffem Gegensatz zu weiten französischen Kreisen, die den Frieden wollen. (25. V. 1917.)

*

Die Zersetzung in Rußland macht immer weitere Fortschritte. Besonnene Elemente haben diese Gefahr längst erkannt. Immer wieder muß der Anschein vermieden werden, als ob wir auf einen Sonderfrieden hinarbeiten. Als richtunggebend mögen noch die Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 15. April dienen. Sie gipfeln in den Worten: „Es liegt nicht in unserer Absicht, Rußland von seinen Verbündeten zu trennen.“ (30. V. 1917.)

*

Die Unruhen in Paris haben einen viel schwereren Charakter gehabt, als bisher bei uns angenommen wurde. Neben Arbeitern und Frauen haben sich auch auf Urlaub befindliche Soldaten an den Demonstrationen beteiligt, so daß es zwischen den Soldaten und der Polizei zu Zusammenstößen kam. Die Unruhen haben revolutionären Charakter. Die Presse wird jedoch ausdrücklich gebeten, die einlaufenden Nachrichten nicht mit einem Kommentar zu versehen. (1. VI. 1917.)

*

Es empfiehlt sich nicht, die amerikanische Gefahr völlig zu unterschätzen, man darf sie aber auch nicht überschätzen. Flaumachereien, die besagen, Amerika könnte uns bei längerer Kriegsdauer doch noch schädigen (!), müssen unterbleiben. Wir müssen uns an das Ententerezept halten und auf keinen Fall nach außen hin so tun, als befürchteten wir Ernstes von Amerika. (8. VI. 1917.)

*

Über die Unruhen in Düsseldorf vom 28. Juni ist zu sagen, daß vor allem die Läden mit alkoholischen Getränken geplündert und ein Teil anderer Lebensmittel sinnlos auf die Straße geschüttet wurden. Es ist festgestellt, daß sich ein Teil der dort lebenden Ausländer an den Unruhen beteiligt hat. Die Verhafteten wurden vor ein Kriegsgericht gestellt, und zu Strafen bis zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im schlesischen Kohlen- und Eisenrevier kam es zu geringen Krawallen. Obwohl Militär herbeigezogen war, kam es nicht zu Blutvergießen. Auch während der Unruhen in Stettin ist es nicht zum Waffengebrauch gekommen. Die Meldungen von 3000 Toten sind Hirngespinnste. Berichte über diese Vorgänge dürfen nur in dem Wortlaut der amtlichen Mitteilungen veröffentlicht werden.

*

Hinter die Meldungen über umfangreichere amerikanische Truppenlandungen sollte die Presse stets ein recht großes Fragezeichen machen. Die Oberste Heeresleitung ist, wie schon des öfteren betont wurde, sich bewußt, daß alle diese Meldungen von der Entente erfunden sind und nur zu dem Zwecke lanciert werden, in Deutschland Angst hervorzurufen. (3. VII. 1917.)

*

Der Staatssekretär Dr. Helfferich hat am Mittwoch im Reichshaushaltsausschuß erklärt, daß die Fortsetzung des Krieges bis zum Siege die Nervenfrage sei. Nachdem nun der französische Kriegsminister erst kürzlich meinte, daß bis zum Eintreffen der amerikanischen Hilfe keine Offensive im Westen mehr stattfinden werde, so können wir nicht verstehen, welchen Zweck es haben soll, wenn in der Presse darauf hingewiesen wird, welche Gefahren Amerika bringen könne. Die Blätter, die derartige Artikel bringen, drücken die Stimmung im Volke herab. (6. VII. 1917.)

*

Es ist erwünscht, den ungünstigen Eindruck, der im Auslande durch die Auffassung entstanden ist, als sei bei einigen Reichstagsabgeordneten die Meinung aufgekommen, der U-Bootkrieg führe nicht zu dem angestrebten Ziel, möglichst zu verwischen. Auch die Wirkung auf das Inland darf nicht unterschätzt werden.

*

Die seit einiger Zeit in Oberschlesien aufgetretenen Streikunruhen haben einen ziemlich beträchtlichen Umfang angenommen. Die Zahl der Streikenden ist jetzt wieder auf 15000 zurückgegangen. Die Kohlenförderung wird durch die Streike naturgemäß gehemmt. (13. VII. 1917.)

*

Nach übereinstimmenden Nachrichten ist die Stimmung in England außerordentlich heruntergegangen. Ähnlich verhält es sich auch in Frankreich, wo sich die Kriegsmüdigkeit stark bemerkbar macht. In Italien ist diese weitaus größer, als sie von den dortigen Blättern zugegeben wird. (13. VII. 1917.)

*

Bei der Besprechung der inneren Krise in Deutschland hat die „Tägliche Rundschau“ geschrieben: „Unsere Regierung schein nicht mehr an den Sieg zu glauben...“ Diese Äußerung wird von fast allen französischen Blättern an erster Stelle zitiert und zum Gegenstand eingehender Artikel gemacht. Bei der Besprechung der inneren Krise müssen wir auch Rücksicht auf unsere Bundesgenossen nehmen, für die Deutschland das starke Bollwerk ist. Im übrigen ist die innere Lage Österreich-Ungarns augenblicklich außerordentlich ernst. Deutschland reißt seine Bundesgenossen mit, wenn es seine innere Geschlossenheit nicht bewahrt.

*

Aus mehreren neutralen Ländern kann man übereinstimmend vernehmen, daß Deutschland trotz seiner inneren Krise immer noch mächtig dastehe und von Pessimismus im Volke nichts zu merken sei. Die Presse mag sich doch stets vor Augen halten, daß das Odium der Fortführung des Krieges auf unsere Feinde abgewälzt werden muß. (13. VII. 1917.)

*

Die Oberzensurstelle hatte die Presse ersucht, über die Neu-
besetzung der Stellen nach dem Kanzlerwechsel nichts zu brin-
gen. Aus der Versammlung der Pressevertreter werden scharfe
Angriffe gegen diesen „Mißbrauch“ erhoben und die Kompetenz
der Oberzensurstelle angezweifelt, da absolut keine militärischen
Interessen vorgelegen haben.

*

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung erklärt die
Kohlenfrage für außerordentlich ernst. Es fehle uns bei wei-
tem die erforderliche Menge. Er beabsichtige vor allem, die För-
derung zu steigern. Die Ausfuhr in die neutralen Länder
werde auf das Allernotwendigste beschränkt werden. Nicht eine
Tonne geht hinaus, für die wir nicht äußerst wertvolle Lebens-
mittel hereinbekommen. So liefert uns . . . ständig Butter,
Käse, Pferde usw. Im ganzen werden etwa 800 000 Tonnen
monatlich an die Neutralen abgegeben. An Osterreich-Ungarn
sollen 900 000 Tonnen geliefert werden. Hier können wir nicht
sparen, weil diese Menge für die Kampffähigkeit der österreichi-
schen Truppen unbedingt erforderlich ist. (20. VII. 1917.)

*

Unser Vorstoß auf Larnopol soll durch die Presse möglichst
unterstrichen werden. Bei dieser Gelegenheit mag darauf hin-
gewiesen werden, daß nun genug vom Frieden geredet ist.
Die Engländer und Franzosen hätten einen solchen Erfolg auch
nicht mit zahlreichen Truppen und nach gewaltiger vorheriger
Feuervorbereitung erzielt. Angaben über die bei dem Unterneh-
men beteiligt gewesenen Truppen dürfen keinesfalls gemacht
werden.

*

Die ursprünglich beabsichtigt gewesene öffentliche Vereidi-
gung der polnischen Legion ist in die Kaserne verlegt worden,
weil zahlreiche Legionäre den Eid verweigerten. An diesem Ver-
halten ist hauptsächlich der jetzt verhaftete Pilsudski schuld.
Die Rekruten erklärten, nicht einem König Treue schwören zu
können, den sie noch gar nicht kennen. Die Eidesverweigerer
wurden auf polnischem Boden interniert. Hierbei leisteten Le-
gionäre den eidverweigernden Kameraden Hilfe.

*

Die Kriegsstimmung in Amerika hat sich trotz stark arbeitender Propaganda noch immer nicht gehoben. So wurde dem amerikanischen Befehlshaber in Frankreich mitgeteilt, Wilson brauche nötig Meldungen von Toten und Verwundeten, um die Kriegsleidenschaft anzufachen. Es müßte in den Vereinigten Staaten die Wirkungen des Krieges, Trauer und Not, verspürt werden, damit seine Kriegsmaßnahmen Unterstützung finden. Die Presse wird gebeten, diese Vorgänge in Amerika weiterhin vorsichtig zu behandeln. (27. VII. 1917.)

*

Die Presse soll darauf hinweisen, daß der Russe auch heute noch ein tapferer Gegner ist. Die Erfolge unserer Truppen werden herabgedrückt, wenn es in unseren Blättern immer heißt, das russische Heer sei entkräftet und völlig widerstandslos. (27. VII. 1917.)

*

Über die Tatsache, daß Erzherzog Albrecht von Österreich seit einigen Wochen bei den deutschen Truppen Dienst tut, darf nichts veröffentlicht werden.

*

Die Presse wird ersucht, die südamerikanischen Länder nicht, wie es bisher häufig geschah, als Neger- und Affenstaaten hinzustellen. (7. VIII. 1917.)

*

Der Sachschaden bei dem Explosionsunglück in Hennigsdorf beläuft sich auf etwa 10 Millionen Mark. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Explosion auf einen Akt von Sabotage zurückzuführen ist. Näheres kann nicht gesagt werden.

*

Über die Zustände in Frankreich und Italien wird folgendes bekannt: Im französischen Volk hat bereits die Empfindung Platz gegriffen, daß die amerikanischen Offiziere und Soldaten Frankreich nur als Absteigequartier benützen; sie benehmen sich höchst ungeniert, insbesondere gegen die französische Weiblichkeit. Die Ernte liegt brach, die Bauern murren. In ihren Kriegszielen versteift sich die Regierung noch immer auf Elsaß-Lothringen, da sie sonst ihren Sturz fürchtet. — In Italien kommen die Unruhen zum größten Teil aus der Provinz. In Mailand gibt es an drei bis vier Tagen der Woche kein Gas.

Die Stimmung im Volk und an der Front ist sehr Kriegsmüde, vor allem glaubt man nicht mehr an eine Besiegung Deutschlands durch die Entente. In letzter Zeit ist es zwischen Engländern und Italienern zu blutigen Zusammenstößen gekommen, bei denen es Tote und Verwundete gab. (28. VIII. 1917.)

*

Die Behauptung, daß bei der Verbreitung der Kanzlerrede für die Türkei ein wichtiger Teil weggelassen wurde, ist nicht ganz richtig. Die Berichte werden für die Türkei immer etwas zurechtgestutzt. (28. VIII. 1917.)

*

Es ist in letzter Zeit häufig der Wunsch geäußert worden, die Reichsfinanzverwaltung möchte sich über die zukünftigen Steuerpläne etwas eingehender äußern. Die Presse wird gebeten, diese Frage jetzt augenblicklich in Anbetracht der bevorstehenden Kriegsanleihe ruhen zu lassen. Nach Abschluß derselben wird der Staatssekretär der Presse über seine Pläne Aufklärung geben. (11. IX. 1917.)

*

Ein Beweis dafür, daß die amerikanischen Truppen sendungen vorerst nichts als amerikanischer Bluff sind, ist aus der Äußerung des amerikanischen Kriegsministers zu ersehen, daß es nicht gelungen ist, die amerikanische Nationalgarde nach Frankreich zu bringen, da nicht genügend Schiffsraum vorhanden ist. Dabei ist die Nationalgarde nur eine kleine Formation. (14. IX. 1917.)

*

Da die Amerikaner Bordeaux zum Ausladehafen für ihre Truppen bestimmt haben, fürchten die Franzosen mit Recht, daß nun auch Bordeaux ein zweites Calais werden wird. Sie haben bekanntlich unter dem englischen Calais genügend zu leiden. (18. IX. 1917.)

*

Auf die Anfrage eines Pressevertreters, wieviele amerikanische Truppen bis jetzt gelandet seien, wird geantwortet: Ungefähr 40 000 Mann einschließlich aller Arbeitsgruppen, die ungefähr die Hälfte ausmachen. (18. IX. 1917.)

*

Der Artikel der „Germania“ über die Rede Erzbergers in Biberach in der Abendausgabe vom 19. September, der auch den Grund zu dem Verbot des Blattes bildete, hat der Zensur nicht vorgelegen, sonst wäre er wegen besonderer Gefährdung militärischer Interessen ganz zweifellos verboten worden. Es wird erwogen, ob gegen die „Germania“ nicht ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet werden soll. Keinesfalls tragen die Ausführungen zur Erreichung eines baldigen Friedens bei. Der „Schwäbische Merkur“, der auch die Rede gebracht habe, habe sie wenigstens sofort entsprechend kommentiert. Selbstverständlich war auch die Rede zensurpflichtig, Erzberger habe aber den dortigen Behörden gesagt, er werde über militärische Dinge nicht sprechen. Aus diesem Grund wurde ihm die Abhaltung der Rede ohne Vorlage des Manuskriptes gestattet. Von amtlicher Seite wird noch erklärt, daß überhaupt eine derart vitale Verletzung militärischer und maritimer Interessen noch niemals vorgekommen sei. (21. IX. 1917.)

*

Die in den letzten Tagen außer der „Germania“ verbotenen drei anderen Berliner Blätter wurden deshalb gemäßregelt, weil sie die Namen Hindenburgs und Ludendorffs in die politische Debatte gezogen haben. (21. IX. 1917.)

*

Ein Pressevertreter richtete an die Regierung eine Anfrage in folgender Angelegenheit: Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ brachte kürzlich zur Rede Czernins Pressestimmen, die zweifellos durch das offiziöse Wolffsbureau verbreitet worden waren. Diese Pressestimmen sind jedoch vollkommen irreführend. In dem Auszug aus der Wiener „Zeit“ ist der wichtige Satz weggelassen: „Wann wird der deutsche Reichskanzler die Karre über den belgischen Berg schieben?“ Hier handelt es sich doch zweifellos um eine objektive Irreführung der öffentlichen Meinung durch das amtliche Wolffsbureau. Was sagt das Auswärtige Amt, das diese Pressestimmen doch kontrollieren muß, zu solchem Vorgehen? (9. X. 1917.)

*

Aus militärischen Gründen ist es erwünscht, daß das zukünftige staats- und völkerrechtliche Schicksal Rigas in der

deutschen Presse und in der Öffentlichkeit nicht weiter behandelt wird. (12. X. 1917.)

*

Der Vertreter des Reichsmarineamtes teilt mit, es gingen von allen Seiten Klagen darüber ein, daß sich die Presse mit dem U-Bootkrieg nur noch wenig beschäftige. Dies sei aber doch zur Stärkung der Siegeszuversicht unerlässlich. Die Presse wird gebeten, diese berechtigten Klagen zu berücksichtigen.

*

Über die Vorgänge in Wilhelmshaven wird von maßgebender Stelle mitgeteilt: Der Staatssekretär von Capelle wurde zu seinen Auslassungen während der Dienstagsitzung des Reichstages durch die unrichtigen Behauptungen und Angriffe des unabhängigen Sozialdemokraten Dittmann gezwungen. Der Staatssekretär legt nun Wert darauf, der Presse bekannt zu geben, daß die Vorwürfe, die man ihm machte, wegen der Wirkung auf das Ausland ganz unberechtigt sind. Das Ausland sei durch Spione ganz genau von den Vorgängen in der Flotte schon vor den Mitteilungen des Staatssekretärs im Reichstag unterrichtet gewesen. Unter anderem haben sich zwei Rädelshführer, bevor sie verhaftet werden sollten, noch rechtzeitig nach Holland geflüchtet und von dort aus das feindliche Ausland über alle Vorgänge in Wilhelmshaven genau unterrichtet. Die Gerüchte, die in allererster Linie in Berlin kolportiert werden, sind Produkte der Phantasie. Nur in drei Fällen haben die Meuterer einen Erfolg von bedeutenderem Umfang gehabt. Dazu gehören die unerlaubte Entfernung von Schlachtschiff „Lützow“, jene vom kleinen Kreuzer „Pilau“. Außerdem wurde eine Organisation aufgedeckt, die Unterschriften sammelte, die im Zusammenhang mit der Stockholmer Konferenz standen. Das Gerücht von der Ermordung des Kommandanten des „Prinzen Adalbert“ ist unrichtig, der Kommandant ist eines natürlichen Todes gestorben. Er ist von Deck gefallen und erlitt dabei einen Schädelbruch. Man darf nicht vergessen, für die Vorgänge in Wilhelmshaven die seelische Verfassung der Mannschaft zu berücksichtigen. Die Leute kommen sehr selten an Land und dann nur einmal für zwei Tage. Da ist es natürlich nicht leicht, die Stimmung aufrechtzuerhalten. Immerhin aber muß der heutige Geist, der in der deutschen Marine herrscht, Bewunderung einflößen. Ausnahmen gibt es überall. — Ein Presse-

vertreter bemerkte auf diese Ausführungen hin, daß es ganz unverständlich sei, weshalb man dem deutschen Volk die Vorgänge in Wilhelmshaven vorenthalten habe, nachdem doch, wie der Staatssekretär von Capelle selbst erklärt, das feindliche Ausland ganz genau unterrichtet gewesen ist. (12. X. 1917.)

*

Die Presse wird gebeten, von nun an in ihren Erörterungen und Betrachtungen über Elsaß=Lothringen das Wort „Rückgabe“ sorgsam zu vermeiden und es zu umschreiben. Denn sonst würden die Ansprüche der Franzosen nur bestärkt. (26. X. 1917.)

*

Die Entente fährt fort, immer wieder neue Telegramme in der Luxemburg=Affäre zu veröffentlichen. Das Auswärtige Amt wünscht, daß diese Sache ein für allemal aus der Presse verschwinde. Ein Pressevertreter erklärt demgegenüber, daß es doch richtiger wäre, wenn das Auswärtige Amt auf diese Telegrammveröffentlichungen antworten würde.

*

Bis heute dürften sich auf dem europäischen Kriegsschauplatz rund 40 000 Amerikaner befinden, von denen 20 000 den technischen Formationen angehören. (20. XI. 1917.)

*

Zur Ernennung Clemenceaus könnte die Presse darauf hinweisen, daß die Ernennung nicht zulezt auf Englands Einfluß zurückzuführen sei. Hierbei könnte der Gedanke verwertet werden, daß, nachdem England sich in der letzten Zeit erst in Rußland zweimal hintereinander auf das falsche Pferd gesetzt hat (Kornilow—Kerenski, Kerenski—Lenin), sei es wenig wahrscheinlich, daß es diesmal den richtigen Gaul erwische.

*

Wir haben ziemlich zuverlässige Nachrichten, daß augenblicklich eine sehr erhebliche Verstimmung zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und England und Frankreich auf der anderen Seite vorhanden ist. Die Gründe dafür sind noch nicht ganz klar. Die Presse soll auf keinen Fall Nachrichten über dieses Thema bringen. (20. XI. 1917.)

*

In Berlin haben gestern Ruhestörungen stattgefunden. Nach einer von den unabhängigen Sozialdemokraten einberu-

fenen, von der Polizei aber verbotenen Versammlung versuchten ungefähr 800 Personen mit Gewalt durch eine Schutzmannskette in der Andreasstraße durchzubrechen, um in das Stadtinnere zu gelangen. Nachdem auf die Polizeibeamten mit Schirmen und Stöcken eingeschlagen wurde, mußten diese mit Waffengewalt den Demonstranten entgegentreten. (20. XI. 1917.)

*

Das Verhältnis zwischen französischen und amerikanischen Truppen in Frankreich ist sehr wenig erfreulich. (23. XI. 1917.)

*

In Parteiversammlungen sind ungünstige Angaben über den Bestand unserer Rohmaterialien gemacht worden. Dadurch sind im neutralen Ausland falsche Vorstellungen über unsere Rohstoffe und im Zusammenhang damit über unser Durchhalten durchgesiebert. Es wird festgestellt, daß wir tatsächlich aber mit unseren Rohstoffvorräten für die Dauer des Krieges ausreichen. (27. XI. 1917.)

*

Am gestrigen Sonntag haben in Berlin erneut Demonstrationen für einen sofortigen Waffenstillstand und einen Frieden ohne Annexionen stattgefunden. Die Einberufer und Veranstalter waren wieder die Unabhängigen Sozialdemokraten. Unter den Teilnehmern bemerkte man u. a. die Abgeordneten Ledebour und Adolf Hoffmann. (27. XI. 1917.)

*

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes teilt mit, daß auf der ganzen Ostfront Verhandlungen über einen Waffenstillstand im Gange sind und bisher einen günstigen Verlauf nehmen. Der Presse wird empfohlen, sich aller Jubeltöne und jeder Überschwenglichkeit zu enthalten. Wenn wir durchblicken ließen, daß wir es überaus eilig mit dem Frieden hätten, würden wir einen großen Fehler begehen. Es ist bemängelt worden, daß wir nicht, wie Osterreich-Ungarn sofort und direkt auf funktentelegraphischem Wege auf die russische Anfrage geantwortet hätten. Im Grunde genommen haben wir es aber getan, indem wir die entsprechende Stelle der Kanzlerrede, noch ehe sie gehalten war, Rußland auf funktentelegraphischem Wege zugehen ließen. Auch die Erklärung des Prinzen Schönauich-Carolath

im Reichstag wurde noch am selben Tage den Russen zugefunkt und bereits um eine halbe Stunde später traf auf demselben Wege die russische Empfangsbestätigung ein. Es herrscht jedenfalls bei den Russen nicht der geringste Zweifel, daß wir uns in der ganzen Waffenstillstandsfrage genau so entgegenkommend wie unsere Bundesgenossen verhalten werden.

*

Die österreichisch-ungarischen Blätter melden, daß der bulgarische Gesandte in Berlin, Herr Rizow, sein Abschiedsgesuch eingereicht habe. Die Gründe hierfür seien in Unstimmigkeiten zwischen der bulgarischen und österreichisch-ungarischen Politik zu suchen. Die Presse wird gebeten, über die angeblichen Rücktrittsabsichten nichts zu bringen. Aus der Reihe der Pressevertreter wird betont, in Börsenkreisen ginge das Gerücht, daß das Rücktrittsgesuch auf Differenzen zwischen Bulgarien und Deutschland zurückzuführen sei. Dort hieße es, daß das deutsch-bulgarische Bündnis direkt vor dem Bruche stünde. Bulgarien stehe vor dem Staatsbankrott, da es sich mit Tabakpekulationen festgelegt und Deutschland Bulgarien gegenüber erklärt habe, daß es nicht daran denke, den bulgarischen Tabak abzunehmen. (15. II. 1918.)

*

Der Inhalt der neuen Steuervorlagen kann noch nicht veröffentlicht werden, da er noch nicht feststeht. Wahrscheinlich werden diese erst nach Ostern an den Reichstag gelangen. Diese Verschiebung hängt mit der Zeichnungsfrist für die 6. Kriegsanleihe zusammen.

*

Anlässlich des Gerüchtes von dem Rücktrittsgesuch des bulgarischen Gesandten Rizow wurde verbreitet, daß Bulgarien mit der Haltung Deutschlands in der Tabakfrage unzufrieden sei. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß der Preis für den bulgarischen Tabak, der im Frieden ungefähr 2 Lei betrug, durch wucherische Preistreiberei auf 60 gestiegen war. Das ging der deutschen Regierung über die Hutschnur, so daß sie Verhandlungen einleitete, in deren Verlauf der Preis tatsächlich auf 24 Lei herabgesetzt wurde. Ein Rücktrittsgesuch Rizows steht mit dieser Angelegenheit keineswegs in Verbindung. Es mag aber nicht unerwähnt bleiben, daß Rizow in Osterreich als ein Vertreter der bulgarischen Expansionsidee gilt und daß daher der öster-

reichischen Regierung der Rücktritt des Gesandten gewiß nicht unangenehm sein würde. (19. II. 1918.)

*

Der Zerfall des russischen Heeres schreitet fort. Die Petersburger Volkskommissare hoffen, daß breite Kreise des deutschen Volkes einen Vormarsch nach Rußland nach der Abreise der Delegationen aus Brest-Litowsk nicht billigen würden. Sie veröffentlichen Aufrufe an die deutschen Soldaten und fordern sie auf, gegen die eigenen inneren Feinde zu kämpfen. Nach Beseitigung der blutigen Raubtäre würde das russische Volk mit den deutschen Soldaten, mit denen es im Frieden leben möchte, die näheren Friedensbedingungen vereinbaren. Man möge nur Liebknecht und Friedrich Adler nach Petersburg schicken, dann wäre der Friede bald hergestellt. (19. II. 1918.)

*

Im Osten wurde eine gewaltige Beute gemacht. Allein am 19. Februar wurden mehrere tausend Geschütze, viele tausend Fahrzeuge und sonstiges Kriegsgerät erbeutet. Sie sichern unserer Heerführung eine Überlegenheit an Kriegsmaterial, die die Entente sobald nicht ausgleichen wird. (22. II. 1918.)

*

In Krakau wurden mehrere Eisenbahnwagen mit deutscher Feldpost angehalten und ausgefakt. Wir haben an maßgebender Stelle scharfen Protest erhoben. Wir wollen aber nicht unerwähnt lassen, daß in der dortigen Gegend die Feldpostsendungen auch deutscherseits nicht immer richtig behandelt wurden. So haben z. B. vier bayerische Soldaten, die sich tagelang marodierend umhertrieben, umfangreiche Diebstähle ausgeführt und zahlreiche Feldpostsendungen vernichtet.

*

Ein österreichisch-ungarischer Hauptmann wurde von einer deutschen Patrouille in Warschau festgenommen, nachdem er durch das Abschießen einer Handfeuerwaffe einen Auf-
lauf hervorgerufen hatte.

*

Wir hatten den Ungarn Zugeständnisse bezüglich Lieferung von Papier unter der Bedingung gemacht, daß unser eigener Bedarf darunter nicht leiden dürfe. Nunmehr haben wir den Ungarn mitgeteilt, daß wir außerstande sind, Papier zu liefern.

Die Presse soll diese Angelegenheit unerörtert lassen. (26. II. 1918.)

*

Im August vorigen Jahres erschien eine Denkschrift des Botschafters Fürsten Lichnowsky. Sie wurde verfaßt auf Grund der persönlichen Ansichten des früheren Botschafters. Ihr Inhalt ist äußerst subjektiv gehalten und stellt die Tatsachen auf den Kopf, so daß die Denkschrift geeignet ist, uns wesentlich zu schädigen. Die Darlegungen erklären sich psychologisch mit dem Zustand einer starken Nervenzerrüttung (!) des Fürsten bei Ausbruch des Krieges. Die Veröffentlichung der Denkschrift dürfte ihm selbst sehr unangenehm sein, da sie nicht vorgesehen war. Der Fürst sucht nachzuweisen, daß der Krieg von Deutschland verursacht worden sei. (12. III. 1918.)

*

Der Staatssekretär von Kühlmann telegraphiert heute aus Bukarest, die Bulgaren hätten den Rumänen heimlich mitgeteilt, daß sie unter der Dobrudscha das Land bis zum Sulina-Arm verständen. Die bulgarischen Wünsche sind keineswegs zu befürworten. Es war beabsichtigt, und erscheint als durchaus wünschenswert, daß der Hafen Sulina den Rumänen verbleibt. (15. III. 1918.)

*

Es hat sich herausgestellt, daß die Bezeichnung des Friedens mit der Ukraine als eines Brotfriedens falsch ist. Nach den Berichten unserer Kommissare sind die vorhandenen Bestände außerordentlich gering, und die Bevölkerung ist uns durchaus nicht günstig gesinnt. Der Zahlungsverkehr stockt vollkommen, da die Banken geschlossen sind. Jedenfalls sind die Aussichten, auch mit militärischer Hilfe mehr herbeizuschaffen, vorläufig außerordentlich gering, und es besteht kein Grund zu übertriebenen Hoffnungen. (15. III. 1918.)

*

Es ist erwünscht, daß zum Fall Lichnowsky vorläufig nichts gebracht wird, da Herr von Payer am Sonnabend im Hauptausschuß des Reichstages darüber sprechen wird. Da nur eine Unvorsichtigkeit des Fürsten vorlag und die Veröffentlichung durch einen Vertrauensbruch ganz gegen den Willen des Verfaß-

fers erfolgte, bot sich keine Möglichkeit, gegen den Fürsten einzuschreiten. (15. III. 1918.)

*

Die Verhandlungen mit Osterreich-Ungarn, über den Ausgleich der deutschen und österreicher-ungarischen Interessen in der Ukraine sind noch nicht zu einem Abschluß gekommen, da die in Kiew mit der Ukraine getroffenen Vereinbarungen von Osterreich nicht anerkannt werden. (22. III. 1918.)

*

Die große Kanone, die Paris in den letzten Tagen beschossen hat, ist ein Marinegeschütz, das auch von Marinemannschaften bedient wurde.

*

Es erscheint zweckmäßig, daß der rumänische König, als Hauptschuldiger des rumänischen Unglücks, genötigt wird, den Friedensvertrag selbst zu unterzeichnen, also daß er vorläufig am Ruder bleibt.

*

Die Presse soll die irländische Frage möglichst in den Vordergrund rücken. Dies dürfte in den Vereinigten Staaten eine starke Wirkung hervorrufen. (29. III. 1918.)

*

In der Lichnowsky-Angelegenheit schweben augenblicklich noch Erwägungen darüber, ob die Anklage wegen Landesverrats erhoben werden kann. Die Reichsjustizverwaltung hat dies verneint, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß der preussische Justizminister in anderem Sinne entscheidet. (29. III. 1918.)

*

Augenblicklich stellen die feindlichen Heeresberichte wieder alle Tatsachen auf den Kopf und bringen nur lügenhafte Meldungen. Trotzdem soll ihr Abdruck auch weiterhin freibleiben. Die Presse wird aber gebeten, entweder freiwillig auf die Wiedergabe der Berichte zu verzichten, oder mit besonderem Nachdruck immer wieder darauf hinzuweisen, daß sie phantastisch oder erlogen sind. (3. IV. 1918.)

*

Die Freigabe der Veröffentlichung der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky erfolgte aus Gründen der Zweckmäßigkeit, da

ihr Inhalt ohnehin schon ziemlich weit verbreitet war. Ähnliche Schriften unterliegen aber vor der Veröffentlichung und Besprechung nach wie vor der Zensur. (5. IV. 1918.)

*

Wir sind von Osterreich-Ungarn stets in loyalster Weise auf das Genaueste über den Gang der geheimen Verhandlungen zwischen der Monarchie und der Entente unterrichtet worden. Es handelte sich zunächst darum, eine Einigung zwischen England und Osterreich herbeizuführen, weiterhin wurde auch die Frage erwähnt, ob eine Einigung zwischen England und Deutschland möglich sein würde. (9. IV. 1918.)

*

Es ist gut, wenn die Presse darauf hinweist, daß, solange Bratianu und Take Jonescu in Rumänien verbleiben, ein friedliches Zusammenarbeiten mit den Mittelmächten ausgeschlossen ist. In der Dynastie-Frage ist damit zu rechnen, daß das rumänische Volk den König nach Abschluß des Friedensvertrages absetzen und verjagen wird. Wir wollen uns jedoch nicht einmischen, den König vielmehr erst den Vertrag unterzeichnen lassen. (12. IV. 1918.)

*

Die Verzögerung der Unterzeichnung des Bukarester Friedens hat ihren Grund darin, daß Bulgarien und die Türkei den Vertrag nicht unterzeichnen wollen, bevor sie sich nicht untereinander geeinigt haben. (23. IV. 1918.)

*

Die Northcliffpresse heßt in der jüngsten Zeit wieder ganz besonders gegen Ludendorff. Es heißt da u. a.: Deutschland stehe unter der Militärdiktatur Ludendorffs. Der Kaiser rede, aber Ludendorff regiere. Der Diktator Ludendorff habe auch den Grafen Czernin gestürzt. Ludendorff sei es gewesen, der den Kaiser Karl gezwungen habe, seine eigenen Worte abzuleugnen, denn der Inhalt des Briefes sei wahr gewesen. Als Graf Hertling im Reichstag eine Rede halten wollen, habe ihn Ludendorff daran verhindert. (30. IV. 1918.)

*

Falls sich auch der Vertreter der Türkei zur Unterzeichnung des Bukarester Friedensvertrages nach Bukarest begibt, besteht die Hoffnung, daß noch vor der Unterzeichnung des Friedens-

vertrages die Regelung der türkisch=bulgarischen Fragen erfolgen wird, indem die ganze Dobrudscha Bulgarien zugesprochen wird gegen entsprechende Kompensationen an die Türkei. (3. V. 1918.)

*

Die Presse wird gebeten, möglichst wenig für Griechenland Partei zu nehmen, da dies im Hinblick auf die zurzeit in Bulgarien herrschende Stimmung als unerwünscht erscheint. (14. V. 1918.)

*

Die in Frankreich befindlichen amerikanischen Truppen sind nach zuverlässigen amtlichen Ermittlungen auf rund 10 Divisionen Kampftruppen zu schätzen. An der Front sind allerdings nur 4 Divisionen. Die Gesamtzahl aller wirklich verwendungsfähigen Truppen beträgt mit Einschluß der in den Etappen befindlichen höchstens 150—200000 Mann. In Pressebesprechungen kann darauf hingewiesen werden, daß Amerika die gestellten Erwartungen nicht erfüllt hat, und unsere Berechnungen durchaus zutreffend gewesen sind. Um den Gegner nicht wissen zu lassen, wie gut informiert (!) wir sind, dürfen die obigen Zahlen unter keiner Bedingung genannt werden. (17. V. 1918.)

*

Die Presse wird gebeten, über die Bolschewiken sich wo möglich nicht höhnisch zu äußern, da diese noch verhältnismäßig am wenigsten dem Ententeinfluß zugänglich sind und das Bestreben zeigen, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Da wir die bolschewistische Regierung tatsächlich anerkannt haben, dürfen wir ihr nun keine unnötigen Schwierigkeiten machen. Die Entente strengt sich an, auf Wunsch Wilsons die Bolschewisten zu gewinnen. Wenn die Presse jetzt freundlich über sie spricht, so ließe sich dies vielleicht verwerten. (24. V. 1918.)

*

Trotz der aus Österreich kommenden Darstellung, daß die austropolnische Lösung noch nicht abgetan sei, bleibt unsere seinerzeitige gegenteilige Erklärung nach wie vor aufrecht. (24. V. 1918.)

*

Es ist nicht wünschenswert, wenn die Presse immer wieder davon spricht, daß Deutschland keinen Frieden schließen könne, ohne eine Entschädigung an Rohstoffen zu erhalten. Unsere Gegner würden nämlich sonst leicht zu dem Schluß kommen, daß die Rohstoff-Frage Deutschland an der Fortsetzung des Krieges zu hindern imstande wäre. Tatsächlich kommt eine Entschädigung in Rohstoffen für uns nur insofern in Betracht, als wir dadurch die Friedenswirtschaft um so schneller wieder in Gang zu bringen vermögen. (5. VI. 1918.)

*

Im Kaukasus nehmen die Sympathien für die Türkei täglich ab, während ein Wachsen der Sympathien für Deutschland dort festzustellen ist. Ein enger Anschluß an Deutschland wird als zweckmäßig erachtet. Der Grund für die Abnahme der Sympathien für die Türkei liegt in der türkischen Politik, die eine Vergrößerung und Bereicherung der Türkei anstrebt. Diese türkische Politik zu unterstützen, liegt keineswegs in unserem Interesse. (5. VI. 1918.)

*

Da wir nunmehr vor einem Abschluß der gegenwärtigen großen Kämpfe im Westen stehen, deren Verlauf einen bedeutenden Erfolg und großen Sieg für uns zeitigte, haben wir nunmehr keine etwaigen Überraschungen Fochs mehr zu fürchten, zumal wir bereits durch unsere Märzserfolge die Initiative der Entente aus den Händen gerissen und die Operationsarmee des Generals Foch lahmgelegt haben. Der wichtigste Erfolg ist nun aber der, daß wir die Pläne des Feindes für das Jahr 1918 zunichte (!) gemacht haben und der Feind keine Möglichkeit mehr besitzt, die Initiative zu ergreifen. Für die Einleitung der weiteren Schläge, die von uns zu führen sind, sind nun Vorbereitungsphasen nötig. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen auch die bevorstehenden weiteren Operationen betrachtet und gewertet werden. (8. VI. 1918.)

*

Gegenüber der in der französischen Presse jetzt betätigten Friedensoffensive ist hier dringende Vorsicht und Zurückhaltung geboten, da das Ziel der Franzosen augenscheinlich nur dahin geht, durch Worttäuschen ihrer Friedensbereitschaft uns zu veranlassen, amtliche Erklärungen über unsere Friedensbereitschaft und Friedensbedingungen zu erlangen. Dabei ist zu be-

merken, daß Frankreich und England nach wie vor der festen Ansicht sind, daß nur ein geschlagener Gegner Friedensanerbieten macht. Wir dürfen die Friedensartikel der französischen Presse nicht ernst und nicht als wahr hinnehmen und müssen in unserer Presse immer darauf hinweisen, daß, solange Männer wie Clemenceau, Lloyd Georges und Wilson an der Spitze der gegnerischen Regierung stehen, die Friedensfreunde niemals ihr Ziel erreichen werden. (19. VI. 1918.)

*

Über das Vorgehen im Kaukasus haben sich die Türken mit uns verständigt, die schwebenden Fragen werden demnächst während einer Konferenz in Konstantinopel ihre Regelung finden. Die Presse wird gebeten, bis dahin nichts über die Angelegenheit mehr zu bringen. (19. VI. 1918.)

*

Als Vertreter der Obersten Heeresleitung hielt heute in der Pressekonferenz der Major Würz eine Rede über die Lage im Osten. Zusammenfassend kann das Elaborat der Rede wie folgt dargestellt werden: Die Politik der Bolschewiki hat zu einem weiteren Verfall Rußlands geführt. Einerseits zeigt sich ein starkes Streben der Randstaaten nach Absonderung und Selbständigkeit, auf der anderen Seite beginnt die Entente Anstrengungen zu machen, die Grenzbevölkerung auf ihre Seite zu ziehen und gegen die Bolschewisten auszuspielen. So droht den Bolschewisten, da außerdem die Hungersnot gewaltig und der Haß der Bürgerlichen groß ist, von allen Seiten Gefahr. Wenn sie sich auch noch einige Zeit zu halten vermögen, muß doch mit ihrem Sturz gerechnet werden. So rechnet auch die russische Regierung nach neueren uns zugekommenen Telegrammen mit einer unmittelbar bevorstehenden Unternehmung der Entente gegen die Sowjetregierung. Die Ententeanhänger werden scharf überwacht und es ist Befehl ergangen, im Falle von Unruhen rücksichtslos ohne vorheriges Verfahren die ententefreundlich Gesinnten hinzurichten. (26. VI. 1918.)

*

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes teilt mit, daß die Zustände in Moskau zwar außerordentlich verworren seien, daß aber dennoch der deutsche Geschäftsträger angewiesen

wurde, unter allen Umständen dort zu bleiben und nicht etwa die Koffer zu packen. (13. VII. 1918.)

*

Das Auswärtige Amt bittet die Presse, in schonender Weise die Türken darauf hinzuweisen, daß ihre wesentlichen Aufgaben nicht im Kaukasus, sondern in Mesopothamien, Palästina usw. liegen. Dem gegenüber teilt der Vertreter der Obersten Heeresleitung mit, daß sich der Chef des türkischen Generalstabes über verschiedene Artikel in deutschen Blättern, die in diesem Sinne gehalten sind und in türkischen Kreisen schwere Verstimmung erweckt haben, beschwert habe. (24. VII. 1918.)

*

Zu der Mission des österreichischen Stabsoffizieres Randa wurde von deutscher Seite keine Zustimmung erteilt. Die deutsche Regierung war von der Mission nicht einmal unterrichtet. (27. VII. 1918.)

*

Augenblicklich werden Verhandlungen darüber gepflogen, eventl. sämtliche Reden auswärtiger Staatsmänner vor dem Abdrucken der deutschen Presse unter Vorzensur zu stellen, da wir den Eindruck haben, als geschähe die Wiedergabe der einzelnen Reden in einer Art, die eine Beeinflussung der Kriegsstimmung herbeizuführen geeignet sei.

*

Die am weitesten bis zur Marne vorgeschobenen Truppen der Armee Boehn sind ungefähr 10—12 Kilometer in neue Stellungen zwischen der Marne und Vesle zurückgenommen worden. Der Heeresbericht wird die Meldung erst dann bringen, wenn der Gegner die rückwärtige Bewegung gemerkt hat. Vorher darf davon nichts verlauten. Wenn die Entente diese Bewegung, wie voraussichtlich, zu einem großen Erfolg aufbaut, so liegt die dringende Notwendigkeit vor, durch die Presse auf eine richtige (!) Beurteilung einzuwirken und das Publikum zu beruhigen. Wir hatten beabsichtigt gehabt, den durch unseren Vorstoß bis zur Marne reichenden Sacl durch einen Doppelstoß bei Reims zu beseitigen und die Verbindung mit unserer Champagnefront herzustellen. Diese Absicht konnten wir nicht erreichen. Wir mußten die Offensive, der das Überraschungsmoment fehlte, zur Vermeidung von Ver-

8*

lusten einstellen. Der feindliche Durchbruchversuch zwischen Reims und Soissons wurde abgeschlagen, so daß beide Parteien ihre Operationsabsichten nicht erreicht haben. Bei der Betrachtung der Lage darf dies aber von den deutschen Plänen nicht erwähnt werden, wohl aber soll es auf feindlicher Seite besonders stark betont und hervorgehoben werden. Seit dem 19. Juli hat sich eine ganz neue Lage herausgebildet. Aus Schonungsrücksichten haben wir auf die Durchführung unserer Pläne freiwillig verzichtet, der Gegner versucht sie aber trotz aller seiner Mißerfolge unter gewaltigem Kräfteinsatz immer wieder zu erreichen. Durch sehr verlustreiche Massenvorstöße erfolgte eine starke Schwächung der feindlichen Kräfte, während wir aber uns günstige taktische Verhältnisse für die zu erwartenden weiteren feindlichen Angriffe schaffen wollen. Gezwungen durch seine schweren Verluste mußte der Feind seine Vorstöße zunächst einstellen und wir konnten auf die kürzere Sehnenstellung zurückgehen. Wir haben den Vorteil der kürzeren Front, der Truppenersparnis und der verbesserten rückwärtigen Verbindungen. Jedenfalls muß die Presse vor einer falschen (!) Bewertung des reinen Geländebesitzes warnen. Für die Fortführung der Schlacht hat sich unsere Lage wesentlich verbessert (!). Die Kampfespause ist ein Beweis für die Höhe der feindlichen Verluste, und damit ist der ganze Zweck (?) der Operationen für uns erreicht, wenn auch auf anderem Wege als ursprünglich beabsichtigt. Wie schwer die Verluste des Feindes sind, kann man daraus ersehen, daß der Gegner aus Mangel an Mannschaften 5—6 Divisionen ganz auflösen mußte und die übrigen Verbände nur durch Zuteilung schwarzer Bataillone aufrechterhalten konnte. Der Ausgang des Kampfes hängt nicht davon ab, ob der Feind einige Kilometer mehr oder weniger Gelände besitzt, sondern davon, daß der Gegner immer weitere schwere Opfer darbringen muß, ohne (?) sein Ziel zu erreichen. In dem allgemeinen Operationsplan, wie wir ihn im Winter festgelegt haben, tritt durch die jetzigen Ereignisse keine Änderung ein, er wird planmäßig durchgeführt. Dies darf aber in der Presse nicht erwähnt werden. Auch darf nicht gesagt werden, daß unsere Heeresleitung in kurzer Zeit zu neuen Schlägen an anderer Stelle ausholen wird, daß ihr noch starke Truppen zu anderen Unternehmungen zur Verfügung stehen. Dagegen muß betont werden, daß die jetzige Frontverkürzung lediglich eine taktische Maßnahme ist, durch die unsere

strategische Gesamtlage nicht verändert (!) wird. Sie ist nach wie vor günstig. Die Presse muß das volle Vertrauen zur Führung Hindenburgs und Ludendorffs im Volke stärken und hierdurch die Erlangung des Endsieges fördern. Dem schädlichen Einfluß der Ententepropaganda ist entgegenzuarbeiten. (29. VII. 1918.)

*

In Kurland, Estland und Livland ist eine gemeinsame Verwaltung eingerichtet worden, während für Litauen ein Militärgouverneur eingesetzt wurde. Über diese Veränderungen in Oberost darf nichts in die Öffentlichkeit gelangen. (2. VIII. 1918.)

*

Die österreichische Randmission soll in der Presse nicht mehr erörtert werden. Herr von Kühlmann hat erklärt, daß er von den Einzelheiten der Mission nichts wisse, jedoch (!) wohl einmal davon gehört habe.

*

Es wäre gut, wenn die Presse die Türken recht freundlich behandeln würde. Es ist uns nämlich gelungen, den Vormarsch der Türken im Kaukasus zum Stehen zu bringen (!). Mit einer dauernden Festsetzung der Türken im Kaukasus konnten wir uns schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht einverstanden erklären. (2. VIII. 1918.)

*

Es ist zuzugeben, daß die Engländer bei ihrem gestrigen Angriffe teilweise einen Erfolg erzielt haben. Unsere Verluste an Gefangenen und Beute wird nicht unerheblich sein. Es steht noch nicht fest, auf welche Tatsachen dieser Erfolg des Gegners, der uns zahlenmäßig nicht überlegen war, zurückzuführen ist. Die Presse darf den Erfolg zugeben, doch darf der taktische Erfolg nicht allzu sehr betont werden.

*

Die Stimmung in England ist nach den neuesten von dort kommenden Berichten immer noch nicht als kriegsunlustig anzusehen. Die Kriegspartei mit Unterstützung der Dominions glaubt immer noch, Englands Weltherrschaft mit Gewalt aufrechterhalten zu können. Lloyd George plant sogar chauvinis-

stische Wahlen. Immerhin ist es möglich, daß die pazifistische Partei an Einfluß gewinnt. (10. VIII. 1918.)

*

Der russische Botschafter Toffe hat erklärt, er wolle in Moskau die Zustimmung seiner Regierung zur Paraphierung der Ausführungsbestimmungen zum Brestler Vertrage erwirken. In der Berliner russischen Botschaft machen sich aber Gegenbestrebungen bemerkbar, so daß die Presse auf der Hut sein möge, wenn ihr von dieser Seite dahingehende Informationen gegeben werden. (14. VIII. 1918.)

*

Die Lichnowsky-Broschüre wird in der Schweiz, in Dänemark und in Holland, jeweils in der Landessprache vertrieben. Es handelt sich hierbei natürlich um eine Propagandearbeit der Entente, von der die deutsche Presse überhaupt keine Notiz nehmen soll.

*

Die Berliner amtlichen Stellen sehen es nicht gerne, daß die deutsche Presse den Brestler Vertrag angreift und Forderung nach Revision erhebt. Es wird uns dies im Hinblick auf die Ereignisse im Westen als Schwäche ausgelegt. Die Vorteile, die uns der Vertrag bringt, gehen ja am besten daraus hervor, daß die Entente uns wegen des Vertrages so sehr anfeindet. (14. VIII. 1918.)

*

Der Staatssekretär von Hinke trat in einem Interview den Äußerungen Lloyd Georges entgegen. Auf keinen Fall darf der Gedanke aufkommen, das Interview bedeute nichts als ein verstecktes Friedensangebot. (17. VIII. 1918.)

*

Die Presse wird gebeten, sich mit den Zukunftsaufgaben Helfferichs in keiner Weise zu befassen. (21. VIII. 1918.)

*

Die Frage, ob der Friedensvertrag von Brest-Litowsk unterzeichnet wurde oder nicht, soll in der Presse vorläufig nicht behandelt werden, da sonst leicht Fragen aufgeworfen werden könnten, deren Beantwortung nicht möglich ist. Ein Ergänzungsvertrag zum Brestler Frieden ist noch nicht unter-

zeichnet worden, da dies bei den täglich neu auftretenden Kriegsmöglichkeiten unratsam wäre. Besonders in Baku hat sich die Lage wesentlich verändert. (24. VIII. 1918.)

*

Ob zwischen den Vereinigten Staaten und England ein Vertrag abgeschlossen ist, der sich gegen Japan richtet, läßt sich hier nicht feststellen. Jedenfalls sollte die deutsche Presse im bestimmtesten Ton darauf hinweisen, daß die Meldung von dem Abschluß dieses Vertrages zweifellos, wie von kompetenter neutraler Seite mitgeteilt werde, richtig ist. Mögen auch England und Amerika sich dann verteidigen, so bleibt doch immer etwas hängen. (24. VIII. 1918.)

*

Die Taktik unserer Feinde geht seit einiger Zeit dahin, unsere Staatsmänner durch Reden in die Enge zu treiben und zu veranlassen, ihre Kriegsziele bekanntzugeben, um diese dann anzugreifen. Sie zielt darauf hin, unsere, durch unsere Truppen erreichten Vorteile, durch Reden uns abzugewinnen. Diese Taktik sollte in der deutschen Presse mehr beleuchtet werden. Auch sollen unsere Zeitungen immer wieder darauf hinweisen, daß die Reden der deutschen Staatsmänner ganz andere Bedeutung (?) besitzen, als die der gegnerischen Staatsmänner. (28. VIII. 1918.)

*

In einem Aufruf wendet sich Hindenburg an das Volk, indem er die Mächtschaften der Entente darlegt, die darauf hinstreben, den deutschen Geist zu vergiften, da die Entente eingesehen habe, daß sie eine Besiegung Deutschlands mit den Waffen unmöglich erreichen könne. Es müsse jeder öffentlich an den Pranger gestellt werden, der dem Gegner durch die Verbreitung unwahrer (?) Gerüchte Vorschub leistet. (4. IX. 1918.)

*

Zu der Angelegenheit der Gräfin Treuberg wird mitgeteilt, daß die zwangsweise erfolgte Aufenthaltsanweisung auf Vorgänge zurückzuführen sei, die eine derartige Abwehrhandlung infolge von Spionagegefahr (?) notwendig machten. Die Angelegenheit ist noch in der Schwebe. Wahrscheinlich wird auch eine Berufung an das Reichsmilitärgericht erfolgen. Vom Auswärtigen Amt haben nur zwei oder drei Herren bei der Gräfin Treuberg verkehrt. Die Behauptung eines Berliner

Blattes, daß das „halbe Auswärtige Amt“ dort ein- und ausgegangen sei, ist also unzutreffend. (7. IX. 1918.)

*

Im Ausland wird in der jüngsten Zeit wieder besonders viel von dem deutschen Friedensbedürfnis gesprochen. Die Presse wird gebeten, keine Friedenssehnsucht an den Tag zu legen. Die Blätter, die in besonders scharfem Ton den Siegeswillen bisher immer unterstrichen haben, mögen in dieser Tonart ruhig fortfahren, damit es im Ausland nicht so aussieht, als würden wir um Frieden winseln. Daran ist nicht im entferntesten (?) zu denken. (12. IX. 1918.)

*

Der türkische Großwesir trifft in Berlin ein. Die Presse soll in ihren Artikeln sich jeder Äußerung enthalten, die geeignet wäre, die bulgarische Eitelkeit zu verletzen. (12. IX. 1918.)

*

Der Feind hat im Westen alle seine Hilfsmittel und Hilfsvölker rücksichtslos eingesetzt, trotzdem ist es ihm nicht gelungen, sein Ziel zu erreichen. Die Aufgabe der deutschen Obersten Heeresleitung ist es jetzt, unseren Trutzwall im Westen noch zu stärken und zu festigen. Dazu ist ein Auffüllen unserer Formationen auf die notwendige Stärke erforderlich. Da die letzten Monate uns vergleichsweise starke Verluste an Toten und Gefangenen, insbesondere aber einen großen Abgang an Leichtverletzten eingetragen haben, muß die Heimat die erforderlichen Ersatzkräfte zur Verfügung stellen. Da auch die Rekrutendepots der Auffüllung bedürfen, muß ein Teil des jüngsten Jahrganges schon jetzt hinausgeschickt werden, nicht zu kämpfen, sondern zur besseren Ausbildung (!). (14. IX. 1918.)

*

Die Mission des Grafen Törring ist als eine reine Privatangelegenheit anzusehen. Die Presse mag darauf hinweisen, daß Graf Törring der Ansicht war, es läge besonders im Interesse Belgiens, jetzt Frieden zu schließen. Denn selbst wenn es den Feinden gelingen sollte, was völlig ausgeschlossen erscheint, uns nach Belgien zurückzuwerfen, so würde Belgien doch wieder zum Kriegsschauplatz werden, so daß ein baldi-

ger Friedensschluß offensichtlich nur im Interesse Belgiens liegen kann. (21. IX. 1918.)

*

In der bulgarischen Angelegenheit mag die Presse betonen, daß wir uns auf keine Regierung festlegen, sondern diejenige unterstützen werden, die zu uns hält. Ferner soll betont werden, daß wir, wenn wir unsere Truppen nach Bulgarien schicken, nicht nur Bulgariens Interessen, sondern auch unsere eigenen vertreten, um den Weg nach Konstantinopel freizuhalten. Jedenfalls aber soll die Presse den Standpunkt vertreten, daß nicht alles so schlimm sei, wie es im ersten Augenblick erschien, und daß wir schon Schlimmeres erlebt hätten. (28. IX. 1918.)

*

Das „8 Uhr-Abendblatt“ von gestern brachte in großen Buchstaben die Überschrift „Noch immer keine Antwort“. Derartige Überschriften müssen unbedingt unterbleiben, da sie nur zur Beunruhigung (?) beitragen. (9. X. 1918.)

*

Die Havas- und Reutersmeldungen, die jetzt vielfach Berichte über Waffenstillstandsbedingungen, die uns auferlegt werden sollen, bringen, sollen von der deutschen Presse möglichst totgeschwiegen werden. (9. X. 1918.)

*

Major Würz teilt nochmals mit, daß der deutsche Friedensschritt im vollen Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung erfolgt ist. Wenn in der Presse der Schritt als verfrüht bezeichnet wird, so entspricht das nicht den Auffassungen der Obersten Heeresleitung, die nach reiflicher Überlegung zu dem Entschluß gekommen ist, daß die zu bringenden Opfer in keinem Verhältnis zu dem militärisch Erreichbaren stehen würden. Aus diesem Grunde hat die Oberste Heeresleitung es für nötig gehalten, keinen Tag zu versäumen und für ein sofortiges Friedens- und Waffenstillstandsangebot einzutreten. Die Oberste Heeresleitung ersucht dringend, mit Rücksicht auf die weitere Kriegführung die Besprechung der Note, insbesondere die Frage nach der Verantwortung für den Schritt in der Presse zu unterlassen. Übertriebenes Pochen auf unsere militärische Stärke muß in der Presse vermieden werden. Die Presse darf

nur darauf hinarbeiten, daß für den Fall, daß die Kämpfe weitergehen werden, was nicht unmöglich ist, Volk und Heer in festem Entschluß im Durchhalten zusammenstehen. (9. X. 1918.)

*

Unter allen Umständen muß der Eindruck vermieden werden, als gehe unser Friedensschritt von militärischer Seite aus. Reichskanzler und Regierung haben es auf sich genommen, den Schritt von sich aus gehen zu lassen. Diesen Eindruck darf die Presse nicht zerstören. Sie muß immer wieder betonen, daß die Regierung es ist, die getreu ihren wiederholt geäußerten Prinzipien sich zum Friedensschritt entschloß. (16. X. 1918.)

*

Die englische Presse gibt in verschiedenen Auslassungen erneut zu, daß der U-Bootkrieg eine gewaltige Gefahr für die Entente bedeute. Deutschland habe wohl recht gehabt, daß der unbeschränkte U-Bootkrieg England auf die Dauer auf die Knie gezwungen hätte. (16. X. 1918.)

*

Die Presse wird gebeten, nicht alles schwärzer hinzustellen, als es in Wirklichkeit ist. Auch gestern haben wir einen vollen Abwehrrsieg errungen. Die Presse mag erneut auf die Festigkeit der Front hinweisen. Solange wir nicht am Verhandlungstisch sitzen, dürfen wir kein Zeichen übertriebener Schwäche geben. (16. X. 1918.)

*

Gegen die polnischen Umtriebe, die eine Abtrennung preußischer Gebietsteile und ihre Vereinigung mit Polen zum Ziele haben, ist eine Zensurverfügung erlassen worden. Nach dieser Verfügung wird die Unterstützung dieser Bestrebungen strengstens verboten und derjenige strafbar, der sie fördert. (16. X. 1918.)

*

Die Presse wird gebeten, die Person des Kaisers ganz aus der Diskussion zu lassen. Nach zuverlässigen (?) Berichten meint Wilson übrigens gar nicht den Deutschen Kaiser, sondern nur das autokratische System. (19. X. 1918.)

*

Es würde sich empfehlen, die Berichterstattung über die Grippe möglichst einzuschränken, oder sogar ganz zu unterlas-

fen, um in das Volk nicht noch mehr Beunruhigung zu tragen. (23. X. 1918.)

*

Die Behauptung, daß unsere militärischen Stellen mit der Räumung der besetzten Gebiete einverstanden seien, soll in der Presse unterbleiben. Ebenso jeder Hinweis darauf, daß der ganze Friedensschritt von der Obersten Heeresleitung ausgegangen ist. Hingegen wäre es erwünscht, wenn die Presse zum Ausdruck bringt, daß wir durch eine Räumung unsere militärische Lage verschlechtern, und daß diese Räumung nur nach dem Eintritt des Waffenstillstandes, und zwar nur unter gewissen Garantien in Frage kommen kann. (23. X. 1918.)

*

Der Aufruf Richard Dehmels in einem Berliner Morgenblatt, die Soldaten an der Front zu befragen, ob sie noch weiterkämpfen wollten oder nicht, ist nicht im Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung erfolgt und zum Abdruck gelangt. (23. X. 1918.)

*

Zur Note des Präsidenten Wilson wird erklärt: Die Presse möge die Frage gewisser Änderungen Deutschlands nicht auf Personen zuspitzen und wenigstens nicht mehr verlangen als Wilson selbst. Es läßt sich keineswegs aus der Note herauslesen, daß der Präsident die Abdankung des Kaisers verlangt. Das tun nur (?) die Chauvinisten in England und Frankreich. Unter allen Umständen ist es zu vermeiden, daß in der deutschen Presse die Abdankung des Kaisers gefordert wird. (26. X. 1918.)

*

Die Presse mag unterstreichen, daß wir einen Waffenstillstand angeboten haben und erwarten, nicht aber eine Waffenstreckung. Es kommt im jetzigen Augenblick ganz außerordentlich viel auf die Haltung der Presse an. Die Gegner könnten gerade aus geeigneten Äußerungen der Presse unsere Widerstandskraft entziehen. Schon aus diesem Grunde ist die Aufgabe der Presse jetzt von hoher politischer Bedeutung. Eine bedingungslose Übergabe würde das deutsche Heer und das deutsche Volk niemals annehmen, zumal wir auch in der Lage seien, allein, ohne Bundesgenossen weiterzukämpfen, allerdings nicht auf unbeschränkte Zeit. Das könnten aber auch unsere

Gegner nicht. Weiter soll die Presse darauf hinweisen, daß, wenn wir die Bedingungen annehmen, die Wilson in seinen 14 Punkten stellt, England und Frankreich sich vielleicht nicht zu einem Rechtsfrieden bekennen. Darauf läßt auch die Haltung der englischen Presse schließen, deren Forderungen von der deutschen Presse scharf zurückgewiesen werden mögen. (27. X. 1918.)

*

Es wäre sehr wünschenswert, daß die Presse sich in weit größerem Maße als bisher mit der Frage befaßt, ob wir auch weiterkämpfen sollen für den Fall unannehmbarer Bedingungen oder nicht. Dabei muß immer wieder ausdrücklich betont werden, daß wir nicht zur Annahme jeglicher Bedingungen bereit sind, da unsere Armee noch intakt ist. Es kann auch gesagt werden, daß wir mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg wieder beginnen werden, wenn nicht bald eine Antwort eintrifft. (30. X. 1918.)

*

Die Zensurverfügung über das Verbot von Meldungen, die die Abdankung des Kaisers betreffen, sowie von der Aufstellung derartiger Forderungen in der deutschen Presse, bleibt in vollem Umfange bestehen. (30. X. 1918.)

*

Das Kriegskabinett hat beschlossen, die Besprechung der Kaiserfrage von nun ab freizugeben. Die Erörterungen dürfen aber nur in dem Grundgedanken der neuen Regierung erfolgen. (2. XI. 1918.)

*

Da aus dem Ausland Meldungen eingetroffen sind, in denen dringend gebeten wird, die Kaiserfrage überhaupt nicht zu besprechen, wäre es doch außerordentlich verhängnisvoll, wenn wir durch das Drängen der Gegner gezwungen würden, an maßgebender Stelle in diesem Sinne vorstellig zu werden. (2. XI. 1918.)

*

Die Zensur über alles, was Elsaß-Lothringen betrifft, ist aufgehoben. Es bleibt jedoch alles zensurpflichtig, was sich mit der Abtretung deutscher Gebietsteile befaßt. (2. XI. 1918.)

*

In Rumänien ist alles ruhig. Wir haben in entgegengesetzter (!) Weise die Erklärungen abgegeben, in denen wir uns mit der Abänderung des Bukarester Friedens, insbesondere die Rückgängigmachung der territorialen Abtretungen einverstanden erklären. (6. XI. 1918.)

*

Es sind Untersuchungen im Gange, die eine Klarstellung der Frage zum Ziele haben, ob es in der Absicht des Präsidenten Wilson liegt, daß der Deutsche Kaiser zurücktritt. (6. XI. 1918.)

*

Die Lage in Wien gibt zu keinerlei Besorgnis Anlaß. Die Presse wird gebeten, alle Meldungen von dort vor ihrer Veröffentlichung zu prüfen, da es sich vielfach um alarmierende, unbegründete Nachrichten handelt. Wie sich Ungarn zu uns stellen wird, ist noch nicht klar. Gegenwärtig schweben Verhandlungen über den Abmarsch der deutschen Truppen und den Durchmarsch der Armee Mackensen. Als Druckmittel steht uns die Kohlenbeförderung zur Verfügung. Es empfiehlt sich nicht, daß die Presse sich mit dieser Frage beschäftigt. (6. XI. 1918.)

*

Alle Veröffentlichungen über Demonstrationen und Unruhen sind zensurpflichtig. Auch die Besprechungen der Vorgänge in Kiel unterliegen der Zensur. (6. XI. 1918.)

Die Flut der vertraulichen Mitteilungen

Wenn der Leser aus dem vorausgegangenen Kapitel ein lückenloses Bild über die Arbeit der deutschen Reichsbehörden hinter den Kulissen erhalten hat, wenn er an der Hand dieser Lektüre den ganzen Werdegang unseres katastrophalen Zusammenbruches gleichsam miterleben konnte, wenn er die Entwicklung der Ereignisse aufmerksam verfolgte und dabei selbst feststellen konnte, in wie unrichtiger Weise die Lage der Dinge von allen unseren maßgebenden Stellen vom ersten Kriegsjahre an bis hinein in die Novembertage des Jahres 1918 beurteilt worden waren, so mag ihm wohl die Unfähigkeit der deutschen verantwortlichen Stellen mehr zum Bewußtsein gekommen sein als die Tatsache der absichtlichen Irreführung der öffentlichen Meinung.

Bei dem gewaltigen Umfang und der ganzen Größe der Katastrophe kommt es aber auch gar nicht so sehr darauf an festzustellen, ob die Täuschung des deutschen Volkes während vierer Jahre durchaus immer beabsichtigt war oder ob man denen, deren Aufgabe die Beeinflussung der öffentlichen Meinung war, die bona fides zubilligen darf. Jedenfalls kann niemand die traurige Tatsache von der Hand weisen, daß wir bewußt und unbewußt von den amtlichen Stellen irreführt und belogen worden sind.

Man hätte annehmen können, daß die Institution der regelmäßigen Pressekonferenzen, die doch mehrere Male in der Woche allen Behörden die Möglichkeit gaben, ihre Ansichten, Wünsche und Befehle gegenüber den Vertretern der Presse zum Ausdruck zu bringen, als hinreichend genug hätte betrachtet werden können, um die Zeitungen in dem Fahrwasser zu lassen, das der Obersten Heeresleitung und dem Auswärtigen Amt gerade immer bequem und erwünscht war.

Dem aber war nicht so. Die Schriftleitungen der Tageszeitungen wurden mit „vertraulichen Mitteilungen“ von den verschiedensten amtlichen Stellen geradezu bombardiert, und das Wolffsche Telegraphenbüro hatte genug zu tun, diese ganze Flut von Verböten und Wünschen in die Redaktionsbüros abzuleiten. Behörden, die keine direkten Beziehungen zu der Tagespresse

unterhielten oder auf bestehende Beziehungen keine Befehlsgewalt aufbauen konnten oder wollten, bedienten sich, um ihren Wünschen unbedingte Geltung zu verschaffen, kurzerhand der Vermittlung der Oberzensurstelle, der Generalkommandos oder für den Machtbereich des Oberkommandos in den Marken dieser Behörde. Hierdurch gelang es sogar beispielsweise prinzlichen Hofmarschallämtern, Nachrichten zu unterdrücken, die gewiß mit der Kriegsführung in keiner wie immer gearteten Beziehung standen.

Im übrigen war es eine so große Reihe von Ämtern verschiedener Grade und Bezeichnungen, die sich durch das Wolffsche Telegraphenbüro mit Ersuchen und Verboten an die Zeitungsredaktionen wandten, daß selbst die erfahrensten Schriftleiter bis zum Kriegsende die Kompetenzunterschiede mancher Ämter nicht auseinanderzuhalten vermochten. So staminten die Wünsche und Unzulässigkeitsserklärungen u. a. von folgenden Behörden:

- Oberzensurstelle
- Oberzensurstelle des Kriegspresseamtes
- Oberzensurstelle beim Generalstab
- Oberzensurstelle beim Stellvertretenden Generalstab
- Oberzensurstelle beim Stellvertretenden Großen Generalstab
- Oberste Zensurstelle
- Generalstab
- Kriegsministerium
- Reichsmarineamt
- Admiralstab
- Presseabteilung des Admiralstabes
- Oberkommando in den Marken (Generalkommando)
- Auswärtiges Amt
- Zensurstelle des Auswärtigen Amtes
- Kriegspresseamt
- Reichsamt des Inneren
- Ministerium für Handel und Gewerbe
- Reichskolonialamt
- Reichsbankdirektorium
- Kriegsernährungsamt
- Reichsbekleidungsstelle.

Wenn auch einige dieser unterschiedlichen Bezeichnungen ein und dieselbe Behörde darstellen, so kann man doch eine kleine Vorstellung davon bekommen, wieviele Ämterstellen an der

Beeinflussung der öffentlichen Meinung Urteil nahmen, und zwar — wenigstens den Redaktionen gegenüber — offen mit Bezeichnung der betreffenden Dienststelle. Daß sich aber hinter den genannten Behörden und Ämtern noch eine ganze Reihe anderer, die nicht in die Erscheinung zu treten wünschten, verbargen, steht außer jedem Zweifel. So war doch auch immerhin die Oberzensurstelle nichts anderes als ein Organ der Obersten Heeresleitung, und die Herren im Großen Hauptquartier haben den Telephondraht, der sie mit der Oberzensurstelle verband, gar nicht wenig benützt.

Ein Kommentar zu den im folgenden wiedergegebenen „vertraulichen“ Mitteilungen an die Presse dürfte sich wohl in den meisten Fällen erübrigen.

* * *

Auf Wunsch des Hofmarschallamtes der Frau Kronprinzessin werden die Zeitungen ersucht, über die Taufe der Prinzessin am 25. d. M. nichts zu veröffentlichen! (Oberkommando i. d. Marken 20. Mai 1915.)

*

Bis auf weiteres sind aus militärischen Gründen (das mußte hinzugefügt werden, weil doch keine politische Zensur geübt werden durfte) alle Betrachtungen über Friedensfragen, gleichviel ob sie in der Tagespresse, in Zeitschriften oder in anderen Druckwerken irgendwelcher Art erscheinen, vor ihrer Veröffentlichung der Zensur vorzulegen. Auch der Nachdruck aus der Berliner Presse über dieses Thema ist bis auf weiteres unzulässig. (Oberkommando i. d. Marken 26. VI. 1915.)

*

Die Meldung über das Brandunglück in Reinsdorf (bekanntlich eine schwere Explosionskatastrophe) darf nur in der von uns verbreiteten Fassung und ohne weiteren Kommentar verbreitet werden. (Wolffsbüro.)

*

Die Berichterstattung über die in der Generalversammlung der A. E. G. am 10. d. Mts. gehaltenen Reden ist ohne vorherige Vorlage bei der Zensurstelle verboten. (Oberkommando i. d. M.)

*

Die Zensurstelle des Auswärtigen Amtes wünscht, daß amerikanische Meldungen des Inhalts, die deutsche Regierung beabsichtige ihre Unterseebootskommandanten anzuweisen, keine Handelsschiffe mehr anzugreifen oder zu versenken, nicht gebracht oder besprochen werden. (28. VIII. 1915.)

*

Das Reichsamt des Innern bittet, über Petroleumverhandlungen in Wien keinerlei Pressenachrichten zu bringen. (23. IX. 1915.)

*

Die Redaktionen werden gebeten, die in der heutigen Pressefäzigung erteilten Auskünfte über Grodno noch nicht zu veröffentlichen. (Generalstab 3. IX. 1915.)

*

Veröffentlichungen über eine Reise des Kronprinzen nach Rieth bei Stettin sind unzulässig. (Oberkommando i. d. M. 13. IX. 1915.)

*

Über das Explosionsunglück in Ingolstadt darf vorläufig nichts in die Presse gelangen. Amtliche Bekanntmachung folgt. (Oberste Zensurstelle 14. IX. 1915.)

*

Die Oberste Zensurstelle teilt mit: Über die Reise des Generalfeldmarschalls von Mackensen darf unter keinen Umständen etwas veröffentlicht werden.

*

Über eine Reise des Königs von Bayern in den nächsten Tagen darf nichts veröffentlicht werden. (Oberste Zensurstelle 21. IX. 1915.)

*

Nachrichten über angebliche Kriegsvorbereitungen und Truppenverschiebungen in Bulgarien dürfen vorläufig nicht in die Presse gelangen. (Oberzensurstelle beim Stellvertretenden Generalstab 21. IX. 1915.)

*

Pressenotizen über die vorübergehende Störung des heutigen Gottesdienstes in der Garnisonkirche durch Unwohl-

sein des amtierenden Pfarrers sind unerwünscht. (Oberkommando i. d. M. 26. IX. 1915.)

*

Die Veröffentlichung von aufgefangenen Befehlen und Anordnungen feindlicher Heerführer ist bis auf weiteres ausschließlich der Obersten Heeresleitung vorbehalten; Privatnachrichten darüber dürfen unter keinen Umständen verbreitet werden. (Oberzensurstelle beim Stellvertretenden Generalstab.)

*

Über einen angeblichen vorübergehenden Aufenthalt des Generalfeldmarschalls v. Mackensen in Danzig darf nichts veröffentlicht werden. (Oberkommando i. d. M. 9. IX. 1915.)

*

Nachdruck des Artikels „Die Flotten im August“ aus „Tägliche Rundschau“ Nr. 448 vom 4. IX. 1915 ist unerwünscht. (Oberzensurstelle beim Stellvertretenden Großen Generalstab.)

Da der Ausdruck „unerwünscht“ gleichbedeutend mit „verboten“ ist, bringe ich den von Vize-Admiral z. D. Kirchhoff verfaßten Artikel im Wortlaut:

[Von den Hochseeflotten nichts Neues! Unsere kleineren See-
streitkräfte hatten im Augustmonat in der Nordsee wiederholentlich
schöne Erfolge aufzuweisen, von denen schon eingehender in diesen
Blättern gehandelt wurde. Der „Meteor“ hatte im Nordosten Schott-
lands eine Torpedoboots-Halbflotille vor Jütlands Südwestküste
Glück gegenüber dem Feind. Unsere Luftschiffe griffen nicht nur
Teile der englischen Ostküste erneut tatkräftig an, sondern erzielten
mit ihren Bombenwürfen über den Dock von London und auch
über der City Londons großen Erfolg. Von den schweren Schäden
und angerichteten starken Verheerungen sind letzter Tage bereits
Einzelheiten zu uns gedrungen.

Die Engländer verloren außerdem einen Zerstörer („Lyur“) und einen Hilfskreuzer („India“). Unsere Verluste bestanden in der Vernichtung eines unbewaffneten Fischdampfers in der südwestlichen Nordsee und eines Vorpostenbootes an Belgiens Küste, nach heftigem Gefecht gegen zwei englische Zerstörer. Dort wurde am 23. August der von 40 Kampfeinheiten der englischen Flotte im Morgengrauen eingeleitete neue Angriffsvorstoß auf Seebrügge von unseren, durch die Marine besetzten Küstenbatterien nach zweieinhalbstündigem Gefecht vollkommen abgewiesen.

Währenddessen traten die Briten nach wie vor gegen jedes Seekriegs- und Völkerrecht seeräuberisch an der norwegischen Küste auf, wo ihnen gelegentlich durch Norwegens Seestreitmacht ihre Beute wieder entrisen wurde. Holländische Dampfer fuhren-

einige Male zwischen Dover und Calais unter englischer Begleitung. Überall herrschte rücksichtslose Willkür wie bisher.

Aber Großbritannien hat es noch in keiner Weise fertiggebracht, trotz unzähliger Wacht- und Patrouillenfahrzeuge, sowie vielfach ausgelegter Netzperren, unseren wackeren Unterseebooten ins Handwerk zu pfuschen, die nach wie vor den Zufuhren nach England ernstlich zusetzen. Im August haben besonders im Westen viele große englische Dampfer daran glauben müssen, und die Nordsee soll stellenweise besät sein mit den Holztrümmern der meist durch neutrale Schiffe nach England versandten Holzladungen. (Grubenholz ist Bannware, Konterbande.)

Ein deutsches Unterseeboot beschloß sogar wichtige technische Anlagen im Nordosten der Irischen See, also im Herzen des seegewaltigen England. Eine große Benzolfabrik bei Harrington ist an der Küste zerstört worden, eine der wenigen in England. Und einem anderen Unterseeboot gelang es, einen großen Truppentransportdampfer bei den Scilly-Inseln zu vernichten, von dessen 2000 Mann starker Truppenladung die Hälfte ihr Leben einbüßte.

Der noch nicht ganz geklärte Fall der Versenkung des 15000 Tonnen großen englischen Dampfers „Arabic“, der sich auf seinen Fahrten nach England wiederholt als eines der Hauptumschuldschifflein betätigte, und dessen Kellner „zum Vergnügen“ umfangreiche Schießübungen während der Fahrt anstellten, schlen sich nach englischen Quellen und Machenschaften den Vereinigten Staaten gegenüber zu einem zweiten „Lusitania“-Fall auswachsen zu wollen. Dies Schiff hatte außer vier Millionen Dollar in Wertpapieren noch vier amerikanische Bürger als „Schutzengel“ an Bord, von denen es hieß, daß sie freie Fahrt erhalten hätten. Nach einer Begründung letzteren Umstandes braucht man nicht zu suchen. Drei von diesen Wiederleuten sind ertrunken, so daß erneutes sittlich erregtes Entrüsten und großes Wutgeschrei hüben und drüben einsetzte und der Präsident der Friedensunion wieder einmal sehr verärgert gewesen sein soll. Weshalb wohl? Er kann doch nur mit sich selber allein unzufrieden sein.

Inzwischen ist eine neue Menschlichkeitsnote an Österreich-Ungarn gesandt; aber im eigenen Lande mehren sich die Stimmen denn doch gar gewaltig, daß es mit der sittlichen und wahren rechtlichen Neutralität der ständigen Munitionszufuhr doch eine ganz eigenartige Sache sei. Wir können die langsam eintretende Sinnesänderung mit Gemütlichkeit abwarten. Unsere Regierung hat nach der letzten Note bisher geschwiegen, was der neutralen befreundeten Regierung vielleicht nicht sehr genehm ist. Alles übrige bleibt für uns „unerheblich“. Unsere Unterseeboote arbeiten rüstig weiter und fügen der feindlichen Schifffahrt, ob mit oder ohne Munition, ob mit oder ohne neutrale Schutzengel, weiterhin beträchtlichen Schaden zu, den selbst die „Times“ mit ihren neuesten Zifferangaben als recht erheblich dargestellt hat: Die Handelsflotte sei, durch allerlei Umstände, zumeist infolge des Unterseebootkrieges, um 22 v. H., also fast um ein Viertel, vermindert.

In der Ostsee trat der Seekrieg in eine neue Phase ein. Über das Gotthand-Treffen sowie die Angriffe auf die Alands-Inseln

und den Rigaischen Meerbusen ist hier schon eingehender berichtet. Desgleichen über das Seetreffen im Süden des Sundes. Über eine große Riga-Schlacht haben Russen, Franzosen, Engländer Ungeheuerliches berichtet. Der Jubel über den erfundenen herrlichen Sieg soll in Petersburg und Paris sehr groß gewesen sein. In London war man vornherein ungläubig bei diesen Siegesbotschaften.

Inzwischen hat ein russischer Hilfskreuzer am Eingang des Finnischen Meerbusens Bekanntheit mit dem Meeresboden gemacht, wohingegen die vermeldeten gesunkenen deutschen Kriegsschiffe nach wie vor schwimmen. Vier von den Unstrigen zum Absperrern der Schifffahrtsstraße versenkte größere Dampfer sind von den Russen wohl wissentlich als versenkte feindliche Kriegsschiffe ausgegeben worden. Auf der Insel Dagö sind von unseren Kreuzern zwei Signalstationen zerstört, und im Nordosten der Ostsee wird das Unglück weiter seinen Gang gehen.

Dasselbe ist vom Raume der Dardanellen zu berichten. Dort haben die Engländer zwar an der Sarosbucht auf der Gallipoli-Halbinsel einen dritten Küstenstreifen besetzt — es sollen von ihnen fast 100000 Mann gelandet sein —, sind aber an weiterem Vordringen von den Türken unter schwersten Verlusten aufgehalten worden. Der Monat August hat den Engländern und Franzosen wiederum viele Zehntausende gekostet — das letztemal wird von 10000 Gefallenen berichtet — ohne sichtlichem Erfolg zu bringen.

Wiederholt sind Truppenfahrzeuge und kleinere Kriegsschiffe dort verloren gegangen oder mit schweren Havarien abgewiesen worden. Durch Strandung verloren die Engländer einen Kreuzer bei der Insel Kos. Die Verbündeten haben inzwischen die Inseln Mytilene, Chios und auch Samos besetzt, trotz aller Einsprüche des neutralen Griechenlands. Sie scheinen jetzt zu einer Landung größerer Heeresstärke auf Kleinasien Vorbereitungen zu treffen, um endlich die Dardanellenwerke bezwingen zu können.

Der neueste Vasallenstaat Englands, das treubruchige und großmannsüchtige Italien, soll jetzt — wo die Aussicht auf Beihilfe seitens der Balkanstaaten und vor allem Bulgariens (das alle an der Nase herumführt) dem Vierverband gänzlich geschwunden ist — auf Kleinasien mithelfen und hat der Türkei den Krieg erklären müssen. Es wird ihm schließlich nichts übrigbleiben als, nach neuen Schlappen dort, das Zwölfsinselgebiet an die Türkei seiner Zeit wieder herauszugeben.

Die Engländer haben mit Unterseebooten einige wenige Einzelerfolge gegen Handelsdampfer und Transportschiffe im Marmarameer gehabt, sonst aber zur See manche Verluste erlitten. Erneute Versuche gegen die Landwerke wurden abgeschlagen; ein englisches Unterseeboot wurde durch ein Flugzeug vernichtet; ein großer englischer 10000-Tonnen-Transporter („Royal Edward“) sank als Opfer eines deutschen Unterseebootes.

Der einzige nennenswerte türkische Verlust war die Versenkung des alten Linienschiffes „Chetreddin Barbarossa“ — des früheren „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ —, die in den Dardanellen durch ein englisches Unterseeboot bewirkt wurde. Geschüge des Linienschiffes

hatten sich wiederholt durch Stellfeuer gegen englische Schiffe in der Bai von Saros recht nutzbringend erwiesen.

Aus dem Schwarzen Meer kam die Kunde, daß seit Ende Juli das russische Linienschiff „Ssinop“ schwer havariert in dem süd-rumänischen Hafen Mangaltn festläge. Sonst fanden nur gelegentliche kleinere Vorstöße von beiden Seiten statt.

Im Mittelmeer beunruhigten deutsche Unterseeboote zeitweise die französische Schifffahrt zwischen Marseille und Algier. In der Levante beschossen französische Schiffe wiederum zwecklos und nutzlos offene türkische Städte.

Der große Seeräuber hat, wie bisher, sich überall an den Schwachen versündigt und vor allem Griechenlands Küste so gut wie eine feindliche behandelt, alle Häfen blockiert, fast alle Schiffe aufgebracht. Alles aus Ingrimms darüber, daß Griechenland fest bei seiner Neutralität verharret. Recht gibt es für niemand, der sich Englands Wünschen entgegenstellt; ja eins: englisches Faustrecht! —

Von der Adria hörten wir fernerhin meistens Erfreuliches. Die österreichisch-ungarische Flotte vernichtete zwei italienische Zerstörer und ein Luftschiff; zwei italienische Zerstörer und ein Unterseeboot liefen auf Minen. Die mehrmals vom Gegner angegriffene, von den Italienern besetzte Insel Pelagosa mußte von letzteren schließlich wieder geräumt werden. Leider gelang es den Italienern, endlich einmal auch ein österreichisch-ungarisches Unterseeboot zu versenken; nach Kämpfen mit einem gleichwertigen Gegner. Der italienische Admiralstab meldete die Versenkung eines zweiten feindlichen Unterseebootes (!), aber — wie sich bald herausstellte — war das die Tat eines französischen Unterseebootes.

Italienische Zerstörer sind unter rechtswidriger Benutzung des Roten Kreuzes aufgetreten, ein Seitenstück zu dem italienischen Hilfskriegsschiff unter griechischer Flagge. — Der Monat August hat somit besondere wichtige Ereignisse zur See — außer im Meerbusen von Miga — nicht gebracht.

Großbritannien, das meerbeherrschende, träumt noch immer und hofft noch weiter auf endlichen großen Erfolg auf den Wogen. Aber — das Wort unseres Staatssekretärs Helfferich: „Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter dieses Krieges verdient, sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir“, diese Andeutung auf zukünftige Kriegskostenentschädigungen ist den Herren Engländern gewaltig in die Knochen gefahren. Sie ahnen schon ihr Geschick, die Angehörigen dieses erstklassigen Krämer- und Seeräubervolkes, und gebärden sich bereits wütend und „sittlich entrüstet“ ob solcher Äußerungen und etwaiger Zumutungen. Wohl ihnen! Der „Tribut“ wird auch ihnen nicht erspart bleiben, und „englische Vormundschaft in Europa“ wird ein Traum vergangener Zeiten sein. Die „Befreiung der Meere“ beginnt langsam aber sicher einzusehen.]

*

Über die Anwesenheit des Kronprinzen in Berlin darf unbedingt nichts veröffentlicht werden. (Oberste Zensurstelle 13. IX. 1915.)

*

Es wird gebeten, über einen Brand auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven in der Nacht vom 21. zum 22. X. keinerlei Nachrichten in die Presse gelangen zu lassen. (Oberzensurstelle.)

*

Die verehrlichen Redaktionen werden im amtlichen Auftrage darauf aufmerksam gemacht, daß es im öffentlichen Interesse dringend geboten ist, bis auf weiteres von jeder Erörterung über die voraussichtlichen Gewinne, die die Reichsbank in diesem Jahre erzielt, und über die Art der Verwendung der Gewinne abzusehen. Einige Blätter, insbesondere die „Frankf. Zeitung“, haben sonst um diese Jahreszeit Betrachtungen über die in Aussicht stehenden Ergebnisse der Reichsbank angestellt. Das wird aus wohlwollenden Gründen in diesem Jahre vorerst nicht geschehen. Sämtlichen Zeitungen wird aller Voraussicht nach im Laufe der kommenden Wochen eine Mitteilung zugehen, die auf die betreffenden Fragen Bezug hat und welche die im Gesamtinteresse liegende Klärung bringt. Es wird mit Bestimmtheit erwartet, daß vorher jede Auslassung über dieses Thema unterbleibt. (15. X. 1915.)

*

Da das Armeeverordnungsblatt infolge einer technischen Schwierigkeit erst am Montag erscheint, darf über die neuen Armeeeinheiten vor Montag den 4. Oktober nichts veröffentlicht werden. (Oberzensurstelle.)

*

Die verehrlichen Redaktionen werden im Auftrage des Ministeriums für Handel und Gewerbe gebeten, keine Zahlen oder sonstige Angaben über den deutschen Export nach den Vereinigten Staaten von Amerika zu veröffentlichen. (13. X. 1915.)

*

Über die Ausschreitungen vor Butterhandlungen in Groß-Berlin darf nichts veröffentlicht werden. (Oberkommando i. d. M. 15. X. 1915)

*

Es ist aus militärischen (?) Gründen geboten, die Balkanverhältnisse in der Presse vorerst noch mit einer gewissen Zurückhaltung zu behandeln und insbesondere nichts zu veröffentlichen, was in Griechenland oder Bulgarien Mißtrauen gegen unsere Politik erwecken könnte. Soweit die Mitteilungen in den hiesigen Besprechungen keinen genügenden Anhalt dafür geben, was im Interesse unserer Politik erwünscht oder unerwünscht ist, empfiehlt es sich, daß die Zensurstellen beim Auswärtigen Amt anfragen, bevor die zur Zensur vorgelegten Artikel freigegeben werden. (Oberzensurstelle.)

*

Den verehrlichen Redaktionen wird nochmals zur Kenntnis gebracht, daß jede Veröffentlichung über die Frage der Bewertung der russischen Kupons als in hohem Grade unerwünscht angesehen wird. Bedauerlicherweise haben einige Blätter die früher ergangenen Ermahnungen nicht beachtet. (Reichsbankdirektorium.)

*

Der Polizeipräsident von Lodz hat unter dem 10. November eine Bekanntmachung über die Voraussetzungen erlassen, unter denen die Rückkehr russischer Arbeiter aus Deutschland zulässig ist. Die Bekanntmachung erscheint in heutiger Sonntagsnummer der „Deutschen Lodzer Zeitung“, ihre Erwähnung in der deutschen Presse ist unerwünscht. (Oberste Zensurstelle.)

*

Das Auswärtige Amt ersucht die Presse, Mitteilungen über Kriegsgewinnbesteuerung der Reichsbank bis zur amtlichen Bekanntgabe zu unterlassen.

*

Oberzensurstelle des Kriegspresseamtes teilt mit: Kriegsministerium in Dresden drahtet: Morgen früh beginnen Landtagsverhandlungen über Lebensmittelsteuerung. Berichte über innere Unruhe aus Anlaß derselben einschließlich Abdruck aus stenographischen Landtagsmitteilungen unerwünscht. (22. XI. 1915.)

*

Berichte über die Sitzung des bayrischen Landtags, die über den Wortlaut dessen hinausgehen, was durch Wolffs Telegraphisches Bureau oder die Korrespondenz Hoffmann verbreit-

tet ist, sind unerwünscht. Der Wortlaut der Korrespondenz Hoffmann entspricht einer Vereinbarung (!) mit dem bayerischen Kriegsministerium. (Oberzensurstelle des Kriegspresseamts 25. XI. 1915.)

*

In Düsseldorf hat Strafkammerverhandlung wegen Diebstahls, verübt während Liebesgabenfahrt in einem französischen Schlosse, stattgefunden. Obwohl Angeklagter freigesprochen, erscheint Weiterverbreitung von Berichten unerwünscht.

*

Die in Nr. 323 des „Osservatore Romano“ vom 22. 11. wiedergegebene angebliche Ansprache des Papstes an die Mitglieder des römischen „Werkes zur Erhaltung des Glaubens“ darf weder in ihrem vollen Wortlaut noch im Auszug abgedruckt oder besprochen werden. (Oberzensurstelle des Kriegspresseamts 25. XI. 1915.)

*

Es wird gebeten, Veröffentlichungen über den Austausch von Kriegsgefangenen nur zu bringen, wenn sie von amtlicher Stelle ausgehen. Nachdruck des Artikels „Freilassung des Erbprinzen zu Salm-Salm“ aus der „B. Z. am Mittag“ vom 28. XI. 1915 ist unerwünscht. (Oberzensurstelle.)

*

Es ist erwünscht, daß die sozialdemokratische Interpellation über die Friedensbedingungen von der Presse in möglich wenig aufsehenerregender (!) Form behandelt wird. (Oberkommando i. d. M. 1. XII. 1915)

*

Nachdruck und Besprechung des Aufsatzes „Eine bulgarische Entscheidung“ aus „Die Grenzboten“ Nr. 49 und des Aufsatzes „Kampfflugzeuge“ aus „Umschau“ Nr. 49, Verlag Frankfurt und Leipzig ist unerwünscht. (Oberzensurstelle.)

*

Es wird daran erinnert, daß Nachrichten über Ansammlungen, Aufläufe oder angebliche Unruhen nicht gebracht werden dürfen. (Oberkommando i. d. M. 9. XII. 1915.)

(Der 9. Dezember 1915 war der Tag, an dem die erste Friedenskundgebung im Deutschen Reichstag stattfand.)

*

Auf Veranlassung des Reichsbankdirektoriums wird darauf aufmerksam gemacht, daß jede Erwähnung der Schritte unterbleiben muß, die dagegen unternommen werden, daß die vom Auslande nach dem Friedensschluß zu liefernden Rohstoffe schon jetzt bezahlt werden. Ebenso darf die Tatsache selbst, daß der vorzeitigen Bezahlung entgegengetreten wird, nicht erwähnt werden.

*

Die „Neue Züricher Zeitung“ enthält einen Aufsatz „Friedensgedanken“. Abdruck und Besprechung dieses Aufsatzes ist nur in dem von WTB veröffentlichten Wortlaut in Verbindung mit dem gleichzeitig durch WTB veröffentlichten Zusatz gestattet. (Oberzensurstelle.)

*

Das Reichsschatzamt bittet, in der Presse eine Reise des Staatssekretärs Helfferich nach Wien nicht mit der Valuta-Frage in Zusammenhang zu bringen, da dies die beabsichtigten Maßnahmen durchkreuzen könnte.

*

Im Auftrage des Reichsbankdirektoriums wird dringend ersucht, den heute beginnenden Veröffentlichungen der Devisenkurse keine früheren Notierungen aus der Zeit vor dem Kriege zu Vergleichszwecken hinzuzufügen.

*

Im Auftrag des Reichsbankdirektoriums wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Veröffentlichung irgendwelcher Angaben über die bevorstehende Organisation am Devisenmärkte vorerst nicht zulässig ist.

*

Das Reichskolonialamt bittet, die Neutermeldung über Überfall und Vernichtung des Dampfers Kingani auf dem Tanganjika-See nicht zu veröffentlichen.

*

Der von der Korrespondenz Dammert verbreitete Auszug aus dem preussischen Etat darf nicht verbreitet werden. (Oberkommando i. d. M.)

*

Anzeigen, durch welche zwischen Angehörigen des Heeres und der Marine und weiblichen Personen Bekanntschaften

anzuknüpfen versucht werden, dürfen nicht aufgenommen werden. (Oberkommando i. d. M.)

*

Die weitere Fortsetzung der Presseerörterungen über das Verhältnis Berlins zum Zweckverband im Anschluß an die Rede des Stadtverordnetenvorstehers Michelet ist verboten. (Oberkommando i. d. M.)

*

Abdruck des englischen Weißbuches über Baralongfall ist soweit zulässig, als lediglich englische Nachrichten in Betracht kommen. Besprechungen der Note selbst, insbesondere Erörterungen über deutsche Vergeltungsmaßnahmen, sind unzulässig. (Oberkommando i. d. M.)

*

Die auf unserer (Wolffsbureau) Ausgabe Nr. 550 stehende Meldung aus London, wonach ein britisches Unterseeboot in den Bosphorus eingedrungen und dort den französischen Schleppdampfer Rhone und sechs türkische Segelschiffe torpediert habe, darf auf Anordnung des Reichsmarineamtes nicht veröffentlicht werden.

*

Veröffentlichungen über heute abend stattgefundene Ruhestörungen vor der Markthalle Invalidenstraße (Berlin) dürfen vor der amtlichen Aufklärung und entsprechender Mitteilung an die Presse nicht gemacht werden. (2. II. 1916.)

*

Weitere Mitteilungen über den Vorfall in der Markthalle als die von WTB gegebene Meldung sind unzulässig. (Oberkommando i. d. M. 3. II. 1916.)

(Die betreffende Mitteilung des WTB hat folgenden Wortlaut: „In der Markthalle an der Invaliden- und Ackerstraße wurde heute beim Andrang des Publikums zum Schmalzverkauf ein eiserner Ofen umgeworfen; Personen wurden dabei nicht verletzt. Dieser Vorfall veranlaßte Gerüchte von Krawallen und Waffengebrauch der Schutzmannschaft, welche jedoch vollständig unbegründet sind.“ Wenn sich die Ruhestörungen, die in der vertraulichen Notiz an die Redaktionen vom 2. II. amtlich zugegeben worden sind, tatsächlich so harmlos gestaltet hätten, wie es dann der amtliche Bericht glauben machen will,

wäre wohl der ganze amtliche Eingriff nicht notwendig gewesen.)

*

Unter Hinweis auf die vertrauliche Mitteilung vom 12. 12. 1915 wird erneut ersucht, Berichte über die in Chemnitz stattfindenden weiteren Schwurgerichtsverhandlungen wegen Ausschreitungen anlässlich der Lebensmittelsteuerung nicht zu veröffentlichen. (2. II. 1916.)

*

Über eine Warnung zur Verbreitung militärischer Gerüchte, die in den nächsten Tagen in der Berliner Börse auf Anordnung des Oberkommandos in den Marken angeschlagen werden wird, darf in der Presse nichts gebracht werden. (22. II. 1916.)

*

Die Redaktionen werden ersucht, keine ihnen etwa zugehenden Angaben über den Ort, an welchem Generalfeldmarschall v. d. Golz gestorben ist, zu veröffentlichen. (Generalstab.)

*

Das Wiener Kriegsüberwachungsamt bittet dringend, an dem gestrigen Erfolg gegen die Italiener keinerlei Zukunftsbetrachtungen anzuknüpfen. (17. V. 1916.)

*

In der deutschen Antwortnote an Amerika ist vermieden, die Frage der bewaffneten Handelsschiffe nochmals anzuschneiden. Es ist dringend erwünscht, daß die Presse in ihren Besprechungen nicht auf diese Unterlassung (!) hinweist. (Admiralstab 5. V. 1916.)

*

Der Nachdruck des Artikels in der „B. Z. am Mittag“ „Die Fleischjagd in Charlottenburg“ ist bis zu der demnächst erfolgenden amtlichen Darstellung unzulässig.

*

Es wird gebeten, von Gerüchten, die sich an die Erkrankung des Staatsministers Dr. Delbrück knüpfen, keine Notiz zu nehmen, da sie vielfach geeignet sind, Eindrücke zu erwecken, die im politischen Interesse unerwünscht sind.

*

über die Festnahme des Abgeordneten Liebknecht darf vor der demnächst erscheinenden amtlichen Darstellung nichts veröffentlicht werden.

(Die amtliche Darstellung hatte folgenden Wortlaut: „Wie wir hören, befand sich unter den neun Demonstranten, welche am 1. Mai auf dem Potsdamer Platz festgenommen wurden, auch der Abgeordnete Karl Liebknecht. Da Liebknecht, welcher bei seiner Festnahme Zivilkleidung trug, Armierungssoldat ist, hat der zuständige militärische Gerichtsherr die Untersuchung eingeleitet und auf Grund der bisherigen Feststellungen einen Haftbefehl gegen Liebknecht erlassen.“)

*

Der amtliche russische Heeresbericht vom 11. d. M. darf in der deutschen Presse nicht veröffentlicht werden. (Oberzensurstelle des Kriegspresseamtes 13. VI. 1916.)

Da die maßgebenden Stellen wiederholt feierlich erklärt hatten, es werde dem deutschen Volke nichts vorenthalten oder verschwiegen, lohnt es sich, den zur Veröffentlichung nicht zugelassenen russischen Heeresbericht hier im Wortlaut wiederzugeben:

[Petersburg, 12. Juni. Amtlicher Bericht vom 11. Juni. Westfront: Man meldet, daß die Offensive unserer Armeen in Wolhynien, Gallizien und der Bukowina auch gestern andauerte und weiter von Erfolg begleitet ist. Die riesigen Gefangenens- und blutigen Verluste lassen die feindlichen Armeen zusammenschmelzen. Durch die großen Erfolge unserer Truppen haben wir viele Tausende von Gefangenen gemacht und Kriegsgerät jeder Art in derartigen Mengen erbeutet, daß vorläufig eine Zählung vollkommen unmöglich ist. So erbeuteten wir z. B. in einem einzigen feindlichen Stellungsabschnitt 21 Scheinwerfer, 29 Feldküchen, 47 Maschinengewehrwagen, 12000 Pud (191200 kg) Stacheldraht, 1000 betonierte Hindernispfähle, 7 Millionen Betonwürfel, 10000 Pud (166000 kg) Kohle, riesige Munitionsvorräte, eine große Zahl Waffen und anderes Material. In einem anderen Abschnitt erbeuteten wir 3000 Gewehrpatronen, 300 Kisten Maschinengewehr-Munition, 200 Kisten Handgranaten, 1000 noch brauchbare Gewehre, 4 Maschinengewehre, 2 Scherenferntrohre, einen Nortonbrunnen und im ganzen neun sogenannte tragbare Brunnen zur Beschaffung von Trinkwasser. Die Beute an Kriegsgerät, das der Feind zu den verschiedensten Arbeiten vorbereitet hat, ist riesengroß, und legt Zeugnis von der Größe des Erfolges ab, den wir über den Feind errungen haben.

Im Laufe der gestrigen Kämpfe machten wir wiederum einen General, 409 Offiziere und 35100 Soldaten zu Gefangenen, wir erbeuteten 30 Geschütze, 13 Maschinengewehre, 5 Bombenwerfer.

Die Gesamtsumme der im Laufe der Operationen bis jetzt eingebrachten Kriegsbeute ist also auf einen General, 1649 Offiziere, mehr als 106000 Soldaten, 124 Geschütze, 180 Maschinengewehre und 58 Bombenwerfer gestiegen.

Von den bis jetzt bekannten Kämpfen und Gefechts-handlungen sind folgende hervorzuheben:

Der heldenhafte Kampf unserer jungen Regimenter bei Rozysze (20 km) stromabwärts Luct. Dort versuchten deutsche Truppen den Österreichern zu Hilfe zu kommen, aber ein Angriff unserer Infanterie mit starker Artillerieunterstützung warf sie mit Verlust von 2000 Gefangenen, 2 Geschützen und Maschinengewehren aus dem Städtchen. Unsere Truppen verfolgten dann den zurückgehenden Feind.

Unsere Truppen, die im Raume von Dubno vorgingen, schlugen den Feind und nahmen die Stadt Dubno und das Fort. Die Truppen überschritten dann die Jzwa und trugen ihren Angriff weiter vor. Teile dieser Truppen nahmen das Dorf Demidowka (30 km südlich Luct) an der Chaussee Mlynow—Beresteczko (45 km südlich Luct) und zwangen die feindliche Besatzung des Stützpunktes Mlynow zur Übergabe.

Bei der Vertreibung des Feindes aus der Hauptstellung nördlich Buczacj machten wir zahlreiche Gefangene, darunter einen österreichischen Bataillonsstab und eine große Menge Waffen. Wir warfen den Feind in den Strypafluß.

Bei Osowce (10 km) nördlich Buczacj eroberte ein Regiment von uns eine ganze Batterie, bestehend aus vier 10-cm-Kanonen.

Trotz des erbitterten Widerstandes des Feindes, trotz heftigen Flankenfeuers, trotz des Aufziehens der Stauwehre und Minirexplosionen nahmen die tapferen Truppen des Generals Leschicki die feindlichen Stellungen südlich Dobronowce, 20 Werst nordöstlich Czernowitz. In diesem Raume wurden allein 18000 Soldaten, 1 General, 347 Offiziere gefangen und 10 Geschütze erbeutet. Beim Eintreffen des Berichts wuchs die Gefangenenzahl in den verschiedenen Abschnitten noch immer.

Südöstlich von Zaleszczyki (östlich von Kolomea) warfen wir durch einen energischen Stoß den Feind über den Haufen, der sich daraufhin zurückzog.

Der Gegner sprengte den Bahnhof Jurkowce (10 km südlich Okna). Turkmenische Reiter griffen den im Rückzug begriffenen Feind an und zwangen ihn zur Flucht. In der Absicht, die Lage wieder herzustellen, machte der Feind stellenweise wütende Gegenangriffe. Unter anderem griffen am 10. in der Gegend von Semki (40 km nordöstlich Luct) östlich Kolkf bedeutend überlegene feindliche Kräfte an. Unsere Truppen, die dagegen vorgingen, warfen sie durch ihr konzentrisches Feuer auf das rechte Styrufer zurück. An demselben Tage behinderten wir jede weitere Entwicklung dieses Gegenangriffs. Der Feind leistete erbitterten Widerstand, besonders in der Gegend von Targowica am Styr (21 km südlich Luct), wo heftig Mann gegen Mann gekämpft wird. Der Gesamterfolg der heftigen Schläge, die unsere Truppen in der Zeit vom 4. bis 10. Juni dem Feinde dauernd zugefügt haben, gibt folgendes Bild:

Unsere Armeen haben die festen Stellungen der ganzen feindlichen Front durchbrochen, und zwar von dem ausgedehnten Waldgebiet Südwestrußlands bis zur rumänischen Grenze.

Kaukasus: Die Türken griffen wiederholt unsere Stellungen im Raume von Matana an. Sie wurden jedoch mit großen Verlusten zurückgewiesen und mußten Hunderte von Leichen vor unseren Gräben liegen lassen.

In Richtung Gymüsthaneh besetzten unsere Truppen die vorderste Linie der feindlichen Gräben. In Richtung Diarbek machten unsere Truppen Fortschritte, indem sie Gefangene und Munitionskisten einbrachten.]

*

Über den Verkauf der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Johann Heinrich Burchard“ und „William Oswald“ an den Lloyd darf nichts veröffentlicht werden. (Oberkommando i. d. M. 13. VI. 1916.)

*

Das Kriegsernährungsamt weist darauf hin, daß die ausländischen Zeitungen zur Hebung der Stimmung ganz besonders gern Artikel aus deutschen Zeitungen abdrucken, die sich mit den Nahrungsmittelforgen beschäftigen. Das möge die deutsche Presse bei derartigen Veröffentlichungen stets bedenken. (15. VI. 1916.)

*

Über Straßenkundgebungen, die am 14. 6. abends in Kiel aus Gründen der Kartoffelknappheit stattgefunden haben, und über die am 15. 6. vormittags von Arbeitern der Germania-Werft vor dem Rathause Kiel veranstalteten Demonstrationen darf nichts veröffentlicht werden.

*

Der Admiralstab der Marine ersucht, so unerheblichen Aktionen wie dem jüngsten Gefecht der Hilfschiffe in der Ostsee durch sensationelle Überschriften keinen so großen Nachdruck zu verleihen. Durch das Übertreiben gänzlich geringfügiger Sachen werden nur die Absichten der Feinde gefördert.

*

Alle Veröffentlichungen über die Verhaftung des deutschen Kuriers in Christiania sind bis auf weiteres verboten.

*

Nachdruck und Besprechung des in einer Berliner Korrespondenz erschienenen Artikels „Leopold von Bayern als König von Polen“, der sich mit der Zukunft Polens befaßt, ist verboten. (16. VIII. 1916.)

*

Soweit (!) die heutige Oberkriegsgerichtliche Verhandlung gegen Karl Liebknecht nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet, wird der Presse durch WBT eine kurze Darstellung sowie Urteil zugehen. Lediglich der Abdruck dieser Mitteilungen ist unter ausnahmsweiser Ausschaltung des für die Berichterstattung über militärgerichtliche Urteile geltenden Verbotes zulässig. (Oberkommando i. d. M. 23. VIII. 1916.)

*

Die aus Genf übermittelte Meldung der Agence Havas über Änderungen im griechischen Generalstabe, daß der Chef des griechischen Generalstabes Doussmanis und der Unterchef Oberst Metaxas ihrer Funktion enthoben worden sind, darf nicht abgedruckt werden. (Oberzensurstelle 28. VIII. 1916.)

*

... wird gemeldet, der deutsche Kaiser habe den Oberbefehl über die gesamten Streitkräfte der Zentralmächte übernommen. — Es wird gebeten, diese Meldung nicht in die Presse gelangen zu lassen. (Oberzensurstelle 21. IX. 1916.)

*

Abdruck und Besprechung des Aufsatzes „Eine neue Mahnung Erzellenz von Batockis an die Landwirte“ aus Nr. 487 des „Lokalanzeigers“ vom 22. IX. 16 ist verboten. (Oberkommando i. d. M.)

*

Interviews der von Gent abgeschobenen Professoren Pirenne und Frederique, zur Zeit in Jena, dürfen vor der Eröffnung der Genter Universität nicht veröffentlicht werden.

*

„Pommersche Tagespost“ bringt in Nr. 281 vom 12. X. 16 einen Artikel „Die Vernichtung der Bremen“. Weiterverbreitung dieses Artikels ist unerwünscht.

*

Die Reichsbekleidungsstelle bittet den Artikel „Erweiterte Bezugsscheinpflcht“ aus Nr. 534 der „Bosfischen Zeitung“ vom 18. X. 16 weder abzudrucken noch zu besprechen.

*

Es wird empfohlen, bei Besprechung des Unterganges der „Britannic“ statt versenkt gesunken zu sagen und ferner festzustellen, daß nach allen bisher vorliegenden Nachrichten sich das Schiff auf dem Wege nach Saloniki von England kommend befunden hat und vor allem, daß sich für diese Fahrtrichtung eine auffallend große Zahl von Personen an Bord befunden hat, welche zu zwingendem Verdacht des Mißbrauchs des Lazarettschiffes zu Transportzwecken berechtigt. Selbstverständlich kommt außerdem, sofern das Schiff die vorschriftsmäßigen Abzeichen eines Lazarettschiffes geführt hat, ein deutsches Unterseeboot als Ursache für den Untergang des Schiffes auf keinen Fall in Frage. (Presseabteilung des Admiralstabes.)

*

Die Oberzensurstelle erinnert daran, daß Artikel über die im Armeeverordnungsblatt erscheinende Allerhöchste Verordnung betreffend Herabsetzung der Kriegsgehälter zensurpflichtig sind.

*

Die Reichsbank ersucht dringend, etwaige Meldungen, daß deutschen Banken von der National-City-Bank in New York das Konto gekündigt sei bzw. daß das Konto bis auf weiteres zu ruhen habe, nicht zu veröffentlichen. (9. XII. 1916.)

*

In Wien ist ein Direktor der Allgemeinen Depositenbank (Fall Kranz und Genossen!) wegen Preistreibereien verhaftet worden. Es wird Wert auf diskrete Behandlung der Angelegenheit gelegt und gebeten, die Sache in der Presse nicht aufzugreifen. (Auswärtiges Amt 25. I. 1917.)

*

Alle Veröffentlichungen über Preisfestsetzungen auf dem Eisenmarkt in Tageszeitungen, Zeit- und Fachzeitschriften sind in militärischem Interesse unerwünscht und werden verboten. (30. I. 1917.)

*

Die Veröffentlichung der Entschließung der Ortsgruppe Berlin des Alldeutschen Verbandes vom 1. II. 1917 betreffend U-Bootkrieg ist verboten.

Die Entschließung lautete:

[Mit höchster Befriedigung und Genugtuung begrüßt die Ortsgruppe Berlin des Alldeutschen Verbandes die Verkündung der nunmehrigen Durchführung des unbeschränkten U-Bootkrieges.

In vollem Vertrauen zur Heeresleitung und insbesondere zu dem nie versagenden Feldmarschall Hindenburg spricht sie die volle Zuversicht aus, daß keine inneren und äußeren Einflüsse in Zukunft mehr die volle Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu hemmen vermögen.]

*

Jeder Kommentar und jede Besprechung zu dem Satz im heutigen Heeresbericht: „Im Sommegebiet haben die Engländer einzelne, von uns aufgegeben, verschlammte Stellungsteile (!) besetzt“ sind unzulässig. Oberzensurstelle 24. II. 1917.)

*

Erörterungen darüber, daß seit einigen Tagen im amtlichen Heeresbericht die Nennung der Heeresgruppen auf der Westfront unterbleibt, sowie jede Betrachtung über Einteilung der Westfront in der Presse sind unerwünscht. (25. II. 1917.)

*

Die von amerikanischer Seite verbreitete Meldung über einen deutsch-amerikanischen Bündnisvorschlag (!!!) darf nicht veröffentlicht oder besprochen werden. (Oberzensurstelle 2. III. 1917.)

*

Der Wollffruf vom 1. IV. 17 betreffend Abdruckverbot des Aufrufs der provisorischen russischen Regierung an die Polen bleibt in Kraft. Lediglich die hierüber erfolgende Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ darf nachgedruckt werden. Der Wollffruf vom 2. April 1917, in dem die Aufhebung des Abdruckverbotes des Aufrufs angeordnet ist, ist ungültig. (Oberkommando i. d. M.)

*

Es wird gebeten, die Presse vertraulich zu verständigen, daß die türkischen Truppen wahrscheinlich in nächster Zeit Persien ganz räumen und daß die türkischen Stellungen nörd-

lich Bagdad noch etwas weiter in Richtung Mossul zurückgenommen werden. Bei diesen Maßnahmen liegt kein Grund zu Beunruhigungen vor, auch der nicht mehr zu verhindernden Einigung der englischen und russischen Streitkräfte in Mesopotamien ist keine besondere Bedeutung beizumessen, da es sich nur um schwache russische Truppen handelt. (Kriegspressamt 3. IV. 1917.)

*

Nr. 205 der „Deutschen Zeitung“ vom 23. IV. 17 bringt in der ersten Spalte angebliche Beschlüsse sämtlicher polnischer Parteien des neu geschaffenen Königreiches. Abdruck und Besprechung sowie inhaltliche Wiedergabe dieser Beschlüsse, auch wenn sie der Presse aus anderen Quellen zugehen, sind unzulässig.

*

Mitteilungen über besondere Maßnahmen der Reichsbank betreffend Notenumlaufs anlässlich des Quartalswechsels sind unerwünscht.

*

Über die Anwesenheit Enver Paschas in Berlin darf in den Zeitungen nichts veröffentlicht werden.

*

Das Auswärtige Amt ersucht, den Artikel des „Wiener Fremdenblatts“ aus heutiger „W. Z.“ vorerst nicht abzudrucken oder dazu Stellung zu nehmen. Die Presse wird im Laufe des Tages in der Angelegenheit orientiert werden. (26. IV. 1917.)

Der Artikel des offiziellen Wiener Blattes lautet:

[Die österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten sind, von dem Wunsche geleitet, zur Beendigung des furchtbaren Weltkrieges das ihrige beizutragen, aus eigenem Antriebe zusammengetreten, um die Frage zu erörtern, ob durch internationale sozialistische Beratungen die Sache des Friedens gefördert und der Weg zu einem Friedensschluß geöffnet werden kann. Im Anschluß an diese in Berlin abgehaltene Besprechung hat die deutsche Sozialdemokratie in der Internationalen Korrespondenz die Frage an die Regierungen gerichtet, ob diese bereit seien, offen zu erklären, daß sie auf Annexionen verzichten, und in der Resolution, die auch mit Zustimmung der Vertreter aus Österreich-Ungarn gefaßt wurde, ist als wichtigste Pflicht der Partei bezeichnet worden, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jede Eroberungspolitik zu veranlassen. Eine Erklärung über diesen Punkt wäre nun eigentlich überflüssig, da die verschiedenen Äußerungen der österreichisch-ungarischen Re-

gierung die Antwort schon enthalten haben. Wenn die Öffentlichkeit aber eine neue Erklärung hören möchte, so kann ihr gesagt werden, daß unsere Monarchie absolut keine aggressiven Pläne gegen Rußland hat und auch nicht beabsichtigt, ihr Gebiet auf dessen Kosten zu erweitern. Von sozialistischer wie von jeder anderen Seite wird man gewiß anerkennen, daß die österreichisch-ungarische Regierung damit in vollkommen offener und freimütiger Weise und ohne Umschweife gesprochen hat. Das Ausland darf in dieser Stellungnahme der österreichisch-ungarischen Regierung kein Zeichen von Schwächegefühl erblicken — was hiermit ausdrücklich festgestellt sein mag — wie es die feindliche Presse, um die Wirkung unserer Friedenskundgebung zu durchkreuzen und ihren Sinn zu entstellen, dem Publikum der Ententeländer als den Beweis der Abnahme unserer Widerstandskraft vorzuführen liebt. Die gegen uns kämpfenden Völker würden, wenn sie solches glauben, sich in einem verhängnisvollen Irrtum befinden. Wir haben immer wieder betont, daß wir einen Verteidigungskrieg führen und daß wir ihn solange fortsetzen werden, bis wir unseren Zweck erreicht haben, der darin besteht, daß wir uns Sicherheit für unsere künftige Existenz schaffen. Wir sind nicht nur entschlossen durchzuhalten, sondern fühlen uns auch militärisch und wirtschaftlich stark genug, um den Kampf auszufechten und die Feinde, die uns zu diesem nötigen, niederzuzwingen. Wenn wir uns bereitgefunden haben, ein Friedensangebot zu machen, so ist es geschehen, weil wir nutzlose Menschenschlachten verhindern und alles aufbieten wollen, um kostbare Menschenleben, die die Fortführung des Krieges erfordern muß, zu erhalten. Von uns ist den Sozialisten kein Hindernis in den Weg gelegt worden, auf einem internationalen Parteitage über den Frieden zu sprechen. Im Gegenteil, wir haben, soweit es an uns gelegen war, die Wege zu dieser Aussprache geöffnet. Das monarchische und angeblich reaktionäre Österreich-Ungarn und das politisch angeblich so rückständige Deutsche Reich haben ihren Sozialisten gestattet, hinauszugehen und über den Frieden zu sprechen, während es bisher noch mehr als fraglich ist, ob das moderne freiheitliche Rußland den Vertretern seiner Sozialisten erlauben wird, sich gleichfalls einzufinden und noch fraglicher, ob England, daß sich als den obersten Repräsentanten aller demokratischen Grundsätze ausgibt, und das republikanische Frankreich sich dazu herbeilassen wird.“]

*

Nachrichten über angebliche Waffenstillstandsverhandlungen an der russischen Front dürfen in der Presse nicht gebracht oder besprochen, aus der feindlichen und der neutralen Presse ohne Vorlage bei der Oberzensurstelle nicht übernommen werden.

*

Nachdruck sowie Hinweis und Besprechung des Artikels „Politisierung der Armee“, betreffend Vorkommnisse bei einer Batterie an der Front gelegentlich einer Unterschrift-

sammlung auf Grund des Aufrufs der „Kölnischen Volkszeitung“ für einen Hindenburgfrieden, in der „Rheinischen Zeitung“ vom 4. Juni oder der Entgegnung hierauf in der „Kölnischen Zeitung“ vom 5. Juni sind unzulässig.

*

Da es Heeresangehörigen verboten ist, sich irgendwie öffentlich mit Politik zu befassen, ist es auch aus militärischen Gründen nicht angängig, in Zeitungen, Broschüren oder Flugblättern sich an Heeresangehörige zu wenden, um diese zur Stellungnahme zu irgend welchen politischen Fragen aufzufordern. Ebenso ist die Veröffentlichung von Feldpostbriefen solchen Inhalts verboten. (9. VI. 1917.)

*

Nachdruck und Besprechung der in der Abendausgabe des „Lokalanzeigers“ Nr. 290 vom 9. Juni an leitender Stelle veröffentlichten Meldung „Eine k. u. k. Friedensabordnung in Russland?“, die die angebliche Gefangensetzung einer österreichischen Offiziersdeputation an der Ostfront bespricht, ist verboten. Ebenso ist Nachdruck und Besprechung der im „Berliner Tageblatt“ Abendausgabe Nr. 290 vom 9. Juni veröffentlichten Meldung „Ein angebliches Telegramm Hindenburgs nach Russland“ verboten.

Die Meldung des „Lokalanzeigers“, datiert Haag 9. Juni, hat folgenden Wortlaut:

[„Times“ meldet aus Petersburg: Eine Friedensdeputation der österreichischen Armee ist jetzt in Petersburg eingetroffen. Sie besteht aus zwei Generälen, zwei Obersten, 20 anderen Offizieren und 15 Soldaten. Sie haben Passierscheine von einer russischen Abteilung an der Front erhalten, um ihnen Gelegenheit zu geben, persönlich die österreichischen Friedensbedingungen dem Petersburger Rat der Arbeiter und Soldaten vorzutragen. Diese Mission, sagt der Korrespondent, wird wahrscheinlich mißglücken. Niemand in Petersburg würde es wagen, derartige offizielle Verhandlungen mit dem Feind anzuknüpfen ohne Mitwirkung und Billigung der Bundesgenossen. — Der Korrespondent des Exchange-Telegraph in Petersburg fügt noch hinzu, daß diese österreichische Mission, begleitet von 15 russischen Soldaten, in Kischinew angekommen sei und dort erklärt habe, eine Friedensdeputation zu sein. Sie habe eine Besprechung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat verlangt. Die Regierung in Petersburg habe gestern nachmittag die Gefangennahme der Deputation befohlen; in Petersburg sei bereits die Mitteilung eingegangen, daß ihre Festnahme erfolgt sei und sie nach der Hauptstadt gebracht werden solle. Sie sei ungehindert durch die Linien gekommen. Ihre Mit-

glieder würden so lange als Kriegsgefangene angesehen, bis die Behörde in Petersburg etwas anderes bestimmte.]

*

Abdruck und Besprechung des Artikels Ziffer eins in den „Nachrichten der Auslandspresse“ (die bekanntlich vom Kriegspresseamt als Propagandamaterial der deutschen Presse zur Veröffentlichung gestellt wurden) Nr. 838 vom 25. Juni, sowie des Artikels „Ein Friedensangebot des deutschen Generalstabs“ in Nr. 320 der „Kreuzzeitung“ vom 26. Juni 1917 sind nach den ergangenen Zensurverfügungen unzulässig. (Oberzensurstelle.)

*

Nachdruck und Besprechung der Artikel „Wichtiges zur Kanzlerkrise“ in der heutigen Morgennummer des „Lokalanzeigers“ und des „Tages“ und des Artikels „Ein Wiener Telegramm zur Kanzlerkrise“ in der „B. Z. am Mittag“ sind verboten. (Oberkommando i. d. M. 12. VII. 1917.)

Da das Erscheinen des „Lokalanzeigers“ und des „Tages“ auf Grund des Artikels „Wichtiges zur Kanzlerkrise“ verboten wurde, sei der Artikel den Lesern nicht vorenthalten:

Im Reichstag war gestern die Nachricht verbreitet, daß die Wiener Regierung erklärt habe, sie halte das Verbleiben des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg im Amte für wertvoll, sein Rücktritt würde verhängnisvoll wirken. Auch soll in dieser Kundgebung zum Ausdruck gekommen sein, daß Fürst Bülow als eventueller Nachfolger nicht genehm sei. Diesen Gerüchten wurde hinzugefügt, daß der Reichskanzler von Bethmann Hollweg sich dieses Telegramm bestellt, zum mindesten, daß er darauf Einfluß geübt habe. Nun ist ja schon oft während des Krieges von Kreisen, die dem Reichskanzler allerdings sehr nahe stehen, damit gearbeitet worden, unsere Verbündeten wären von besonderem Vertrauen für den Reichskanzler erfüllt. Vielfach hat sich das als falsch herausgestellt. Trotzdem wollen wir das Gerücht einer bestellten Arbeit oder einer direkten Einflußnahme des Reichskanzlers in diesem Falle für unrichtig halten. Leider müssen wir aber feststellen, daß das Telegramm aus Wien existiert, und daß es für die eminent wichtige Frage der Fortdauer der Kanzlerschaft des Herrn von Bethmann Hollweg bisher an manchen Stellen von Einfluß gewesen ist, und das ist tiefbetäubend.

Wir haben den Grundsatz aufgestellt und befolgt, uns nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu mischen. Was hätte man wohl in Osterreich-Ungarn gesagt, wenn wir versucht hätten, auf die Ernennung einzelner hoher Staatsbeamten Einfluß zu nehmen! Man hätte solches Unterfangen mit aller Entschiedenheit und mit Recht zurückgewiesen. Deshalb bedauern wir umge-

fehrt das Telegramm aus Wien. Wir würden es ablehnen, dem jungen Kaiser Karl Ratschläge zu geben, und wir wissen erfreulicherweise, daß er, dessen sympathische Persönlichkeit bei uns so überaus populär und geachtet ist, mit dem bewußten Telegramm nichts zu tun hat. Wir wissen aber auch, daß weite und nicht unwichtige Kreise in Osterreich-Ungarn es ablehnen, sich in innere Angelegenheiten des Deutschen Reiches zu mischen, und darüber sind wir ebenfalls sehr erfreut. Es handelt sich also um einen Schritt eines österreichischen Staatsmannes, der mit dem jetzigen Reichskanzler zu arbeiten hat, und wir können uns allerdings vorstellen, daß es ihm lieb wäre, den ihm sehr bequemen Herrn weiter auf unserem Kanzlersessel zu sehen, denn Herr von Bethmann Hollweg ist ja längst in völlige Abhängigkeit vom Wiener Kabinett geraten, was weder für uns noch für Osterreich-Ungarn von Vorteil ist. Wir haben nicht die Absicht, auf die Einzelleistung der beiden verbündeten Reiche während des Krieges einzugehen, denn beide kämpfen für eine gemeinsame Sache, für die Erhaltung der beiden Monarchien. Wir sind ferner treue Anhänger des Bündnisses und dafür, Osterreich-Ungarn in jeder Weise und mit allen Kräften zur Erreichung des gemeinsamen Zieles zu helfen. Gerade deshalb aber müssen wir das Ansinnen des österreichischen Staatsmannes, sich in unsere eigensten Angelegenheiten zu mischen, zurückweisen, denn jenes Ziel ist eben nur erreichbar, wenn jeder der beiden großen Staaten in sich das tut, was ihm nützlich ist, davon zieht nämlich der andere Teil ebenfalls den größeren Nutzen. Das ist für Deutschland eine starke, selbstbewußte und kundsichere Politik. Wir freuen uns dabei, feststellen zu können, daß die weitaus überwiegende Mehrheit der österreichisch-ungarischen Völker unseren Standpunkt teilt, das ist aus vielen Artikeln der maßgebenden Presse der Doppelmonarchie, die während des Krieges erschienen sind, ersichtlich.

Was nun den Widerspruch gegen eine Kandidatur des Fürsten Bülow anlangt, so können wir den Standpunkt des Wiener Staatsmanns erst recht nicht begreifen. Er scheint vergessen zu haben, daß Fürst Bülow in der bosnischen Krise die ganze Macht des Deutschen Reiches völlig selbstlos für die verbündete Monarchie eingesetzt hat, und doch mit einem ungewöhnlichen Erfolge für sie. Diese Bündnispolitik würde er mit voller Überzeugung und Kraft fortsetzen. Nun wird gesagt, die römische Mission des Fürsten Bülow habe das Wiener Kabinett verschmupft. Das wäre sachlich nicht zu begreifen. Der Fürst hatte den Auftrag, den Frieden zwischen Osterreich und Italien zu erhalten. Seinem klugen Urteil ist es nicht entgangen, daß dieses Ziel nur erreichbar war durch die Abtretung eines zunächst winzigen Teils des Trentinos. Die österreichische Staatsleitung stemmte sich dagegen, und das ist durchaus erklärlich, die deutsche Zentrale unterstützte sie darin, weil sie die Lage nicht über sah. Schließlich erklärte sich das Wiener Kabinett mit wesentlich erweiterten Abtretungen einverstanden — aber es war zu spät, der Krieg kam. Es stellt sich also heraus, daß Fürst Bülow durchaus recht hatte, als er behauptete, seine Aufgabe, nämlich den Frieden zu erhalten, sei nur auf dem von ihm rechtzeitig vorgeschlagenen Wege erreichbar. Emsichtigen österreichischen Politikern dürfte es

inzwischen eingefallen sein, daß es wohl zweckmäßiger gewesen wäre, dem damaligen Vorschlag des Fürsten Bülow zu folgen, denn die Truppen, die jetzt seit Jahr und Tag gegen Italien stehen, wären frei gewesen und hätten sicherlich den Einbruch der Russen nach Galizien verhindert. Also das kann nicht die Ursache des eingangs erwähnten Telegramms sein; leider muß man also auf gewisse Einflüsse schließen, denen natürlich der jetzige deutsche Reichskanzler fernstehen dürfte.

Was nun rein materiell die Kandidatur des Fürsten Bülow im Falle eines Kanzlerwechsels betrifft, so ist es nur erklärlich, daß Kaiser Wilhelm an seinen langjährigen Mitarbeiter denkt, der die Politik seines kaiserlichen Herrn zu dessen vollster Zufriedenheit geführt hat. Der Fürst kennt das Ausland wie Deutschland, er hat eine ungewöhnliche Geschicklichkeit und Energie bewiesen, er kennt die Staatsgeschäfte und wäre in acht Tagen im Sattel. Vom Auslande, auch von dem uns jetzt feindlichen, ist er geachtet und als vornehmer und überlegener Staatsmann anerkannt. Er brächte aber noch einen gar nicht zu unterschätzenden Vorteil für uns mit, nämlich, daß er mit den vielen verfehlten diplomatischen Aktionen der Wilhelmstraße kurz vor dem Kriege und während des Krieges nicht belastet ist. Im Gegenteil, er hat bewiesen, daß er den Frieden zu erhalten mußte, auch als kritische Augenblicke erster Ordnung kamen. Wir brauchen aber jetzt einen vom ganzen Kriege unbelasteten Staatsmann an der Spitze unserer politischen Leitung. Nur mit einem solchen kämen wir dem Frieden näher. Wenn man in dem ungeheuren Wirnis, das der Reichskanzler von Bethmann Hollweg politisch angerichtet hat, einen Staatsmann besitzt, der das Geschäft kennt, also nicht angelernt zu werden braucht und der Lage gewachsen ist, so ist es nur natürlich, wenn man ihn ruft; das wird man in Deutschland und auch in Oesterreich einsehen.

Die gestern abend in der deutschen Presse von gewisser Seite verbreitete Ansicht, Fürst Bülow sei den Parteien nicht genehm, ist unrichtig. Konservative, Nationalliberale und Zentrum sind geschlossen für ihn. Die fortschrittliche Volkspartei unter Führung des Herrn von Payer, der ein intimer Freund des jetzigen Kanzlers ist, möchte Herrn von Bethmann behalten, weil er ihren politischen Zielen am willfährigsten ist. Wenn aber ein Wechsel kommen sollte, sind sie nicht gegen den Fürsten Bülow. Die Sozialdemokraten sind zu erheblichem Teil für ihn, möchten aber natürlich wissen, welchen inneren Kurs er steuern würde. Sie sind aber gegen den jetzigen Kanzler, dessen Unzulänglichkeit sie mit klarem Blicke sehen. Der Fürst würde sich also von vornherein auf eine sehr bedeutende Mehrheit des Reichstages stützen können, die bei vertrauensvoller Zusammenarbeit nur zunehmen könnte. Jedenfalls müssen wir aus der unhaltbaren Situation der äußeren Politik heraus, in die wir geführt sind, und dazu ist er nun einmal der geeignetste Mann, den wir besitzen.

Und noch eins ist wichtig. Der Fürst würde das absolut erforderliche enge Vertrauensverhältnis zur Obersten Heeresleitung herstellen und erhalten. Nur basierend auf einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten aller ausschlaggebenden Instanzen können poli-

tische Geschäfte heute gedeihen. Deshalb sind wir dem Kaiser dankbar, daß er an ihn denkt, bei ihm liegt ja auch allein die Entscheidung.

Die kleine Unstimmigkeit mit dem Wiener Kabinett über die Personenfrage könnte, da sie leider überhaupt entstanden ist, auf einwandfreiem, militärisch-diplomatischem Wege in wenigen Stunden beigelegt sein. E. Z.]

*

Die Veröffentlichung von Nachrichten über Zwischenrufe angeblich eines Offiziers im Abgeordnetenhaus Wien ist unzulässig. (Oberzensurstelle 16. X. 1917.)

*

Die Presse wird gebeten, schon (!) wegen der Rückwirkung auf das Ausland, das Wort „Meuterei“ für die im Reichstag berührten Vorgänge auf der Flotte nicht zu verwenden. (Admiralstab der Marine 16. X. 1917.)

*

Die Veröffentlichung von Nachrichten über einen Besuch Seiner Majestät des Deutschen Kaisers in Kawalla ist unzulässig.

*

Nachrichten betreffend einen vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat gemachten Friedensvorschlag und angebotenen Waffenstillstand sind bis zur Bekanntgabe des Textes durch das Wolffsche Büro zensurpflichtig.

*

Veröffentlichung und Besprechung der von der Auslandsvertretung der Bolschewiki an die internationale Arbeiterklasse gerichteten Manifeste sind unzulässig. (Oberzensurstelle.)

*

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach den geltenden Zensurbestimmungen der Nachdruck und die Besprechung des in Nr. 46 der Zeitschrift „Die Hilfe“ vom 15. IX. 1917 veröffentlichten Aufsatzes von Gothein „Die Aussichten des U-Bootkrieges“ vorzensurpflichtig sind. (Oberzensurstelle.)

*

Es ist unzulässig, etwa eingehende allgemeine Aufforderungen an die Bevölkerung, den Frieden zu erzwingen und die Regierungen durch direkte Fühlungnahme der Bevölkerung

der verschiedenen Länder auszuschalten, sowie Einladungen an einzelne Parteien oder Parlamente, zur Teilnahme an Besprechungen über die Friedensfrage bekannt zu geben, da sie den Zweck verfolgen, die Kriegführung der Mittelmächte lahmzulegen. (Oberzensurstelle.)

*

Jede Erörterung in der Presse über die Frage der etwaigen Räumung der besetzten Gebiete ist als rein militärische Angelegenheit unzulässig. — Es liegt ferner Veranlassung vor, erneut darauf hinzuweisen, daß alle Nachrichten über Waffenstillstand und Friedensfragen, gleichviel aus welcher Quelle sie stammen, zensurpflichtig sind. (Oberzensurstelle 9. X. 1918.)

*

Um zu verhindern, daß aus dem Auslande bewußt irreführende Nachrichten über die Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedens verbreitet werden, sind alle Nachrichten hierüber vorzensurpflichtig. (Oberzensurstelle 7. XI. 1918.)

Zu dieser „vertraulichen Mitteilung für die deutsche Presse“ sei bemerkt, daß die aus dem Auslande zu uns herübergekommenen Nachrichten über die Bedingungen des Waffenstillstandes aus besseren Quellen geschöpft zu sein schienen als die Mitteilung der Oberzensurstelle. Oder wollte dieses Amt, das sich den Vertretern der öffentlichen Meinung gegenüber während der langen Kriegsdauer stets als unbesiegbarer Recke aufgespielt hat, selbst noch nicht daran glauben, daß sein Sterbeglöcklein geschlagen habe? Scheinbar nicht. Sonst hätte es nicht gewagt, uns an dem Tage, an dem die Flammen der Revolution bereits aus allen Windrichtungen des Reiches hell aufloderten, noch mit solchen irreführenden Mitteilungen zu kommen. So starb es denn nicht wie ein reuiger, sondern wie ein unverbesserlicher Sünder, und niemand weinte ihm auch nur eine Träne nach.

Orgien, die der Notstift feierte

Die Zensur von Zeitungsnachrichten und Zeitungsartikeln hatte nach dem Geist des Gesetzes den Zweck, zu verhindern, daß der Feind unsere militärischen Absichten und Maßnahmen vorzeitig erkenne.

Diesen Grundgedanken vermochten die die Zensur ausübenden Behörden kraft der ihnen während der ganzen Kriegszeit zu Gebote stehenden militärischen Machtmittel bald derart zu verwischen, daß die Schriftleitungen der deutschen Blätter gezwungen waren, mehr oder weniger den gesamten Zeitungsbetrieb unter die „schützenden Fittiche“ der Zensurbehörde zu stellen, und nicht einmal das rein Zeitungstechnische, wie Wahl der Lettern und Aufmachung, konnte der Einflußnahme der Herren Zensoren dauernd entzogen bleiben. Sie steckten ihre Nase in Dinge, die sie nichts angingen, und die Bildner der öffentlichen Meinung, die im kleinen Finger eher wußten, was politischer Takt erfordert, was opportun und angebracht ist, mußten sich von Jünglingen, die der Schulbank kaum entwachsen waren, auf den Gebieten von Politik und Kriegführung regieren, unterweisen und belehren lassen.

Reichstagsdebatten und Resolutionen, Beschwerden und Eingaben — alles prallte ab an der Macht und dem Machtdünkel dieser Herren Leutnants, die sich wohl selbst nicht eingestehen wollten, daß sie nichts anderes als ein Produkt der Kriegskonjunktur seien, daß fast jeder von ihnen vor dem Kriege nur einer der Vielzweilen gewesen ist, und daß sie sich nach dem Kriege sehr beeilen werden müssen, etwas Reelles zu lernen und zu leisten, um für das Gemeinwesen brauchbare Mitglieder der Gesellschaft zu werden.

Das war für uns von der Feder der einzige Trost, wenn uns die Herren Zensoren anherrschten und in unseren Arbeiten mit dem Rotstift herumwirtschafteten, als wären sie grammatisch fehlerhafte Schulaufsätze, daß wir das erhebende Bewußtsein hatten, nach Beendigung des Krieges wieder auf unser Wissen und Können pochen und bauen zu können.

In welcher rücksichtslosen und oftmals leichtfertigen Art die Zensurbehörden mit dem geistigen Schaffen der Schriftstel-

ler und Journalisten umgingen, mag aus der Tatsache erhellen, daß der Zeitungsredaktion, der ich während des Krieges angehörte, von den zur Zensurierung eingereichten Telegrammen und Artikeln im Durchschnitt täglich fünf verboten oder derart verstümmelt wurden, daß sie ebenfalls nicht mehr zum Abdruck geeignet erschienen. Wiederholt kam es auch vor, daß meiner Redaktion Nachrichten als unzulässig bezeichnet wurden, die dann aber in allen übrigen Blättern zu finden waren. Da ich nun wohl begreifen kann, daß man eine Nachricht versehentlich gestattet, nicht aber eine irrtümlicherweise verbietet, muß es bösem Willen oder Leichtfertigkeit zugeschrieben werden, wenn sich diese abweichende Auffassung über die Schädlichkeit ein und derselben Meldung in vielen Fällen wiederholte. Vielleicht darf ich gerade in diesem Zusammenhang einige Sätze der Rede wiedergeben, die der Abgeordnete Fischer im September 1915 im Reichstag gehalten hat. Der Abgeordnete sagte u. a.:

Die Zensur maßt sich an, wie z. B. die Redaktion der „Täglichen Rundschau“ in Berlin in einem Memorandum mitteilt, Versprechungen von der Redaktion zu verlangen, daß sie ihre Haltung ändern werde. Der „Täglichen Rundschau“ wird ein Artikel verboten, der ihr, mit dem Stempel der Deutschen Gesandtschaft in Konstantinopel versehen, durch das Auswärtige Amt zugegangen ist. Na, einiges Verständnis, sollte man meinen, könnte auch die Militärbehörde dem Auswärtigen Amt in der Beurteilung dessen, was uns im Ausland schädlich ist, zutrauen. Aber nein, die Militärbehörde hat den Abdruck verboten. Ein Artikel, den der Generalleutnant v. Stein der „Kreuzzeitung“ und zu gleicher Zeit der „Täglichen Rundschau“ überschießt hat, darf in beiden Blättern abgedruckt werden; aber der „Täglichen Rundschau“ wird verboten, den Autornamen zu nennen. Was hat denn das mit der Sache zu tun? Darin liegt doch die direkte Absicht der Schädigung eines einzelnen Blattes; für den Leserkreis der „Täglichen Rundschau“ ist es natürlich von Bedeutung, ob der Generalleutnant v. Stein Mitarbeiter dieses Blattes ist oder nicht. Diese Denkschrift der „Täglichen Rundschau“ führt eine ganze Reihe von Fällen an, wo Nachrichten, die anstandslos im „Berliner Tageblatt“, im „Berliner Lokalanzeiger“, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, in der ganzen Berliner Presse zum Abdruck gebracht werden konnten, einzig und allein der „Täglichen Rundschau“ verboten worden sind. Da kann man doch die Frage

stellen: wie läßt sich das überhaupt mit dem Begriff der Rechtsgleichheit vereinbaren? — Was für Gründe liegen für die Militärverwaltung vor, ein Blatt in dieser abweichenden Weise zu behandeln?

Und ähnliche Klagen konnte fast jede großstädtische Zeitungsredaktion vorbringen, ohne daß es ihr gelungen wäre, die Mißstände zu beseitigen oder Garantien für eine andere Handhabung des Systems zu erhalten.

Meine Sammlung von mehreren tausend von den verschiedenen Zensurbehörden unterdrückten Nachrichten und Artikeln würde, wollte ich sie nun veröffentlichen, den Raum einiger starker Bände für sich beanspruchen. Es sind zumeist Telegramme und Abhandlungen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Inhaltes, die entweder ganz oder auch nur teilweise dem Rotstift verfielen, und nicht gar selten wurden von der Behörde textliche Änderungen derart vorgenommen, daß der Sinn des Telegrammes entstellt und gerade das Gegenteil von dem zum Ausdruck gebracht wurde, was gesagt werden wollte. In solchen Fällen wurde naturgemäß auf eine absichtliche Irreführung hingezielt.

Daß der Herr Zensor sich bei Erfüllung seiner großen militärischen und politischen Aufgabe auch zu den läppischsten Eingriffen hinreißen ließ, darf nicht weiter wundernehmen. Es charakterisiert vielleicht ein wenig das hohe geistige Niveau der Herren, die als Wächter der öffentlichen Meinung kein zu geringes Maß von Respekt für sich in Anspruch nahmen, wenn ich hier die drei folgenden Nichtigkeiten aufzähle: In einem harmlosen Feuilleton kommt ein Satz vor, in dem von dem „rosaroten Fleisch“ einer jungen Engländerin die Rede ist. Dem Zensor erscheint diese Bezeichnung einer feindlichen Ausländerin gegenüber als staatsgefährlich, und kurzerhand streicht er das Wort „rosarot“. — Der Pariser Korrespondent eines schwedischen Blattes schildert in einem „Die drei kleinen Japanerinnen“ überschriebenen Artikel humoristischer Art das Leben auf den Straßen in Paris und erzählt, wie er drei Krankenschwestern begegnete, die sich dann als drei kleine Japanerinnen entpuppten. Die „National-Zeitung“ wollte den Artikel abdrucken und schickte ihn zur Zensur. Als der Artikel zurückkam, war ich nicht wenig erstaunt, daß die ganzen Seiten des Manuskriptes besät mit kleinen roten Strichen waren. Was hatte der Herr Zensor getan? Er hatte in dem ganzen Artikel das Wort „kleinen“ im

Zusammenhang mit Japanerinnen gestrichen! — Ähnlich tüchtig verhielt sich ein Zensor des Oberkommandos in den Marken, dem ein Artikel „Stunden bei Hindenburg“ behufs Zensurierung überreicht wurde. Er strich in dem ganzen Artikel und in der Überschrift die Buchstaben „indenburg“ weg und verlangte, daß immer nur das „H“ stehen bleiben dürfe. Erst ein Protest bei Hindenburg selbst hatte den Erfolg, daß der Artikel ohne diese sinnlosen Kürzungen erscheinen durfte.

Im folgenden bringe ich nun eine Reihe von Nachrichten, deren Veröffentlichung von den Zensurbehörden unterdrückt wurde. Das Zensurverbot erstreckt sich stets auf die in eckige Klammern gesetzten, mit kleineren Lettern gedruckten Textstellen.

Politik

Das fromme Paris.

Stockholm, 2. Oktober 14. Svendska Moganbladet bringt den Brief eines Pfarrers aus Paris: Die Hälfte der hiesigen evangelischen Geistlichen lebt jetzt unter den Fahnen, während die zurückgebliebenen in zwei Gemeinden Dienst tun. [Das Volk leidet keine Not, denn der Staat zahlt für die Dauer des Krieges an jede Frau und jedes Kind eine gewisse Summe, außerdem hat man für ihre Verpflegung Sorge getragen.] Ein Teil der Priester hat zugunsten der in der Front kämpfenden Kameraden auf die Hälfte ihrer Gehälter verzichtet. [Wenn sich der Krieg in die Länge ziehen sollte, würde sich die Lage natürlich schwieriger gestalten und es wäre notwendig, andere Maßnahmen zu ergreifen. Aber wir in Paris vertrauen auf Gottes Hilfe. Politische Zwistigkeiten haben jetzt gänzlich aufgehört. Alle betrachten sich als Brüder.] Die Kirchen, die katholischen wie die evangelischen, sind überfüllt. Noch nie ist in Frankreich soviel gebetet worden wie jetzt.

[Deutsche in Casablanca verhaftet.

Mailand, 18. Oktober 14. Dem Corriere della Sera wird aus Paris gedrahtet, daß man in Marokko eine Verschwörung der dortigen Deutschen entdeckt habe. Die Deutschen verteilten Waffen unter die Eingeborenen. 14 Deutsche wurden festgenommen und auf dem Dampfer „Sonic“ nach Casablanca gebracht.]

Die Nationalliberalen.

Berlin, 2. Dezember 14. In einem Leitartikel über die Nationalliberalen heißt es u. a: Die Partei hat den Beweis erbracht, daß man frei, sehr frei denken und doch national im tiefsten Herzen empfinden kann, und daß nationale Gesinnung und Liberalismus sich [besser] miteinander vertragen, [als, rechts und links, die einstigen Gegner der nationalliberalen Partei zugestehen wollten.] Und im Grunde genommen regte sich damals schon [da und dort] in leisen Ansätzen die tiefe heilige Liebe zum Vaterland . . . Nur über die Wege, die zu dem goldenen Ziele führen sollen, hat bisher verschiedene Meinungen geherrscht. [Als des Fürsten Bülow Politik sich einst England gegenüber nachgiebiger zeigte, als es der damaligen Volksstimmung in Deutschland angebracht zu sein schien, da war es Bebel, der ironisch in das Hohe Haus hineinrief: „Die Deutschen fürchten Gott und ihre Großmutter!“ Und die Sozialdemokratie ist es auch gewesen, die jeden Versuch der deutschen Politik, freundliche Beziehungen zu Rußland anzubahnen, zurückwies. Und] als in den ersten Augusttagen jener tückische und perfide Überfall auf die Heimat erfolgte, da fuhren auch die Sozialdemokraten empor und griffen mit eiserner Entschlossenheit zum Gewehr. Kein äußerer Zwang sprach da mit [und] jeder [sozialdemokratische Führer] wäre einfach von den Massen hinweggefegt worden . . . Ein einzig Volk von Brüdern. [Daran können auch prinzipielle Verkläufelungen einer offiziellen Parteileitung nichts ändern.]

Italien.

Berlin, 7. Mai 15. Aus einem Leitartikel: Italien hat uns seit Ausbruch des Krieges ein wenig freundliches Gesicht gezeigt. Diese [unfreundliche] Haltung war Anlaß genug, sowohl in Deutschland, wie auch in Österreich-Ungarn weite Schichten der Bevölkerung zu verstimmen und [seit der im italienischen Parlament gefallenen Äußerung Salandras, Italien sei bereit zu marschieren,] bei uns Beunruhigung hervorzurufen.

Radoslawow spricht.

Berlin, 5. Juli 15. Aus einer Unterredung mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Radoslawow: „Der Tag wird freilich kommen, an dem auch wir aus unserer Reserve werden heraustreten müssen. [Für eine weitere erfolgreiche Verteidigung der Dardanellen wäre es freilich von höchster Wichtigkeit, den Weg über Belgrad und Nischa nach Sofia frei zu bekommen,

und endlich die Munitionsversorgung der Türkei im großen Stille zu ermöglichen. Schade, daß Potiorek so schnell vordringen wollte. Die Serben waren wirklich bereits so gut wie vernichtet. Da machte die forcierte Übermüdung der österreichischen Truppen den erzielten Erfolgen ein Ende.“]

[Die Kapitulation Deutsch-Togo.]

London, 26. August 15. Das Kolonialdepartement teilt mit: Die deutsche Kolonie Togo hat sich ergeben. Die Alliierten gedenken morgen früh acht Uhr in Kamina einzurücken.]

[Die deutschfeindliche Gesandtin.

6. Nov. 15. Ein ganz eigentümlicher Vorfall, der in der Schweiz und in Italien besonderes Aufsehen erregte und einen bemerkenswerten Beitrag zu der „unpolitischen“ Haltung bietet, in der sich Frauen von Staatsmännern zuweilen gefallen, hat vor ungefähr zwei Wochen in dem Eisenbahnzug stattgefunden, der den bulgarischen Gesandten in Rom, Stanciov, aus der ewigen Stadt über Zürich, Wien und Bukarest nach Sofia brachte. In diesem Zug befand sich außer dem Gesandten und seiner Familie auch selbstverständlich die der Gesandtschaft attachierten Herren, und unter diesen auch der zweite Sekretär, dessen Gattin eine Deutsche ist. Frau Stanciov erklärte nun, daß sie mit dieser Dame während der gemeinschaftlichen Reise nicht zusammenzutreffen wünsche, da sie, als geborene Französin, nicht mit einer geborenen Deutschen verkehren wolle. Ob und inwieweit diese Stellungnahme auf die fernere diplomatische Verwendung ihres Gemahls von Einfluß gewesen sein mag, bleibe dahingestellt. Tatsache ist, daß nach einer Mitteilung des Vertreters des Wolffschen Telegraphenbureaus in Genf die Ernennung Stanciovs zum bulgarischen Gesandten in Bern als nahe bevorstehend bezeichnet wurde, nachdem die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen Sofia und Bern in Gange waren und vor dem Abschluß standen. Mehrere Tage nach dieser Meldung wurde von Bulgarien aus diese Ernennung als nicht zutreffend gemeldet und hinzugefügt, Stanciov verbringe nur seinen Urlaub in der Schweiz und zwar in Genf, wo er sich noch befindet.]

[Die gefeierten deutschen Offiziere in England.

19. Nov. 15. Amerikanische Zeitungen enthalten folgenden Bericht: „Für manche der deutschen Gefangenen in England ist das Leben durchaus nicht zu unangenehm. Es sind dies Offiziere, die unter den besten Gesellschaftskreisen Englands Bekannte haben und sie werden in mancherlei Form gefeiert. Leutnant v. Tirpitz z. B., der Sohn des deutschen Großadmirals, ist von Lord Haldane und von Winston Churchill als Gast eingeladen gewesen; er hatte auch vor dem Kriege in diesen beiden Häusern viel verkehrt. Zwei Tage nach seiner Ankunft in England als Kriegsgefangener war er als Gast bei Churchill, bei Haldane, später bei Lord Londdale. Ein zweiter deutscher Offizier ist der heldenhafte Kapitän v. Müller, der von den englischen Marineoffizieren mit Begeisterung genannt wird. Kapitän v. Müller wurde auf beson-

deren Wunsch des Königs diesem vorgestellt. Es entstanden Schwierigkeiten, den Kapitän nach Buckingham Schloß einzuladen, aber man umging dies, indem ein Mitglied des königlichen Haushaltes den Kapitän zu einem Diner nach seinem Zimmer im St. James-Palaste einlud, an welchem auch der König teilnahm. Später wurde der deutsche Kapitän über Sonnabend und Sonntag in einer der vornehmsten Familien, die zum königlichen Kreise zählen, eingeladen und gleichzeitig mit ihm auch Mrs. Asquith und Prinz Alexander von Teck. Es gibt in England augenblicklich über ein Duzend deutsche Offiziere, die ihr Ehrenwort gegeben haben, nicht zu fliehen und die im feindlichen Lande so gefeiert werden, daß sie sich in keiner Weise beklagen können.]

[Rumänische Verhandlungen.

Budapest, 25. Januar 16. Einer Bukarester Meldung zufolge ist aus diplomatischen Kreisen der Entente durchgesickert, daß Rumänien vor der Kapitulation Montenegros Verhandlungen wegen eines russisch-rumänisch-italienischen Bündnisses unternehmen hat. Die Beratungen waren schon beinahe abgeschlossen, als Montenegro kapitulierte. Darauf stellte Rumänien die Forderung, Italien müsse zuerst die österreichisch-ungarische Front durchbrechen, die Russen die Bukowinaer Front und in die Karpathen eindringen. Infolgedessen sind die Verhandlungen gescheitert.]

[China und Deutschland.

London. Aus Shangai wird gemeldet: China hat sich entschlossen, an Deutschland nochmals eine Note zu senden, in der es keine definitive Begrenzung des U-Bootkrieges verlangt. Falls Deutschland eine unbefriedigende Antwort senden sollte, würde China die diplomatischen Beziehungen abbrechen.]

[Die Stimmung in Amerika.

Kopenhagen. Aus Newyork wird gemeldet: Der Abbruch der diplomatischen Verbindung mit Deutschland hat in Amerika weder Bestürzung noch Erregung erweckt. Die Bevölkerung empfindet es vielmehr als eine Erleichterung, daß Wilson endlich einen klaren Kurs eingeschlagen hat. Als die Zeitungen die Neuigkeit brachten, hätte man nach der Haltung des Publikums nicht glauben können, daß es sich um eine so große historische Begebenheit handelte. An der Warenbörse kam es zu großen patriotischen Kundgebungen. Die ganze Wallstreet war beslaggt. Das reguläre Heer und die Nationalgarde werden in Jahresfrist 2 Millionen Mann ausbilden können. Man will die amerikanischen Munitionsfabriken bedeutend erweitern, um möglichst große Lieferungen machen zu können.]

[Die internationale Seemannskonferenz in London.

Politiken wird aus London gemeldet: In London hat sieben eine Seemannskonferenz begonnen, zu der die meisten alliierten und neutralen Länder ihre Delegierten gesandt haben. Die Konferenz ist von der Organisation der englischen Seeleute und Maschinisten

einberufen, der Präsident derselben, Havelock Wilson, leitet die Verhandlungen. Folgende Länder sind vertreten: Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Italien, Rußland, Belgien, Frankreich, Australien, Kanada, Neu-Seeland und Westindien. Havelock Wilson betonte in seiner Eröffnungsrede, daß die Konferenz einberufen sei, um über Maßregeln zu beraten, die die Seefahrer der ganzen Welt gegen Deutschland treffen müßten, falls dieses Land den U-Bootkrieg gegen die Handelsmarine fortsetzt. Wilson machte den Vorschlag, daß in der Resolution erklärt werden soll: 1. Es dürfen keine Schiffe ohne vorhergehende Warnung versenkt werden. 2. Das Versenken von Schiffen in so großer Entfernung vom Lande, daß die Rettung der Mannschaften schwierig ist, ist verboten. 3. Es dürfen keine wehrlosen Männer in offener See beschossen werden. 4. Verboten ist die Vernichtung von Rettungsbooten und die Fortnahme der Rettungsgürtel. 5. Wenn die Deutschen nicht mit ihren Grausamkeiten aufhören, werden in Zukunft die Seeleute aller Länder sich weigern, auf einem Schiffe Dienst zu nehmen, wo ein Deutscher Beschäftigung hat. Auf diese Weise werden in der ganzen Welt Tausenden von Deutschen die Arbeitsmöglichkeiten genommen und kein Schiff würde einen Deutschen in die Besatzung aufnehmen. 6. Auch die deutschen Reeder sollen boykottiert werden, die Seeleute sind imstande, mit Hilfe der Hafendarbeiter der ganzen Welt, die deutschen Schiffe zu boykottieren. 7. Wenn Deutschland um Frieden bittet, so verlangen die Seeleute der ganzen Welt, daß jeder deutsche U-Bootchef und seine Mannschaft vor einen besonderen internationalen Gerichtshof gestellt werde und die Schuldigen bestraft würden.]

[Die Situation in Amerika.

Politiken hat den Chefredakteur des Newyorker Blattes World, Mister Swope, telegraphisch um einen Situationsbericht über die letzten Ereignisse gebeten. Es lief folgendes Antworttelegramm ein, das von speziellem Interesse ist, da die World das offizielle Organ des Präsidenten Wilson ist. Das Telegramm lautet: Deutschland gab in der bekannnten Note über die Torpedierung der Suffey den Vereinigten Staaten das bestimmte Versprechen, den uneingeschränkten U-Bootkrieg nicht fortzusetzen. Deutschland hat durch seine Blockadenote uns darauf vorbereitet, daß es in Begriff steht, dieses Versprechen zu brechen. Es gibt daher für eine neutrale Nation, die mit Ehren bestehen will, nur eine Möglichkeit, und die ist, sofort die diplomatischen Verbindungen mit Deutschland abzubrechen. Dieser Bruch ist beklagenswert, aber Amerika war dazu gezwungen und Präsident Wilsons Auftreten hat den einstimmigen Beifall der gesamten amerikanischen Nation gefunden. Amerika hat im Interesse aller neutralen Nationen gehandelt und der Schritt, den wir unternommen haben, wird zur Folge haben, daß andere neutrale Nationen sich uns anschließen. Wir haben jetzt unseren Standpunkt klar dargelegt. Wir kämpfen für die Rechte der Welt, um Leben und Handel zu verteidigen, und dazu gehört auch unser Seehandel, der uns so innig mit den skandinavischen Nationen verknüpft. Zwischen uns und

Skandinavien hat stets das herrlichste Verhältnis bestanden. Wir hoffen, daß dies durch die Handlung des Präsidenten noch weiter gestärkt werden wird. Herbert Bayard Swope.]

[Die Deutschen in Amerika.

Kopenhagen, 6. Februar. Nach in London eingetroffenen Telegrammen erklären die deutschen Zeitungen Newyorks, daß sich die Deutschen in erster Linie als Amerikaner betrachten.]

[Die Unruhen in Österreich.

Wien, 19. Januar 18. Die Arbeiterausstände in Österreich und in Ungarn haben an Ausdehnung gewonnen. Sie beschränken sich vorläufig auf die größeren Städte. Die Ursache muß in erster Linie als eine politische verzeichnet werden, die Verringerung der Mehlration bot wohl nur den äußeren Anstoß. In Wien sind gestern und heute keine Zeitungen erschienen, da das Setzerpersonal streikte. Nur die Arbeiterzeitung erschien im Umfang von zwei Seiten, ebenso die amtliche Wiener Zeitung, deren Personal Staatsbeamte sind. Der Straßenbahnverkehr war eingestellt und die Beleuchtung funktionierte nicht. Gestern abend zogen durch die dunklen Straßen zahlreiche Demonstranten, die Kundgebungen für den Frieden veranstalteten. Es heißt, daß das bekannte Hotel Sacher von den Demonstranten angegriffen und beschädigt worden sein soll. In Budapest herrschen ähnliche Zustände.]

[Der Streik in Berlin.

Berlin, 31. Januar 18. Nach amtlichen Mitteilungen soll die Streikbewegung in Groß-Berlin bereits stark im Abflauen begriffen sein. Nach amtlicher Schätzung beträgt die Zahl der Streikenden nur noch 60000 Personen. Im Laufe des heutigen Vormittags trat die Streikleitung mit dem Reichskanzler Grafen Hertling in Fühlung. Bei der Streikleitung obwaltet die Ansicht, daß es nicht schwer sein müsse, eine Einigung zwischen Regierung und Arbeitern zu erzielen. Die Nachricht, daß alle außenpolitischen Forderungen von den Streikenden zurückgestellt worden seien, wird als völlig unzutreffend bezeichnet. Es ist wohl richtig, daß die Streikleitung beschlossen hat, in allererster Linie die innerpolitischen Forderungen mit Nachdruck zu vertreten, doch wurde nicht beschlossen, auf alle außenpolitischen Forderungen zu verzichten.]

[Was Deutschland tun wird.

Genf, 17. August 18. Unter dem Titel „Ludendorff und Vallin“ schreibt Petit Parisien: Nachdem die Waffen im Westen den Frieden nicht gebracht haben, werde Kaiser Wilhelm, der niemals alles auf eine Karte setzte, alle diejenigen zu Rate ziehen, die in der letzten Zeit, während das Schwert redete, geschwiegen haben: Die Naumann, Harden, Kühlmann, sowie alle Sozialisten und die Liberalen. Alle diese werden die Argumente Vallins für Verständigung mit Amerika und England billigen, falls die Freiheit der Meere und Meistbegünstigungsklausel zu erreichen ist. Auf Eroberungen will Vallin verzichten. Ebenso will

er die Demokratisierung herbeiführen, um das Vertrauen der Entente zu gewinnen. Das Blatt meint, Frankreich müsse gegen diese neue Friedensoffensive gerüstet sein, da Ballin genau so imperialistisch wie Ludendorff sei, nur wolle er sich mit der heimlichen Vorherrschaft Deutschlands begnügen und seine Mittel seien andere.]

[Graf Hertling.

Zürich, 5. September 18. Englische und französische Blätter beharren unter Berufung auf angeblich sicherste Quellen, daß Hertling demissioniere.]

[Fochs Zuversicht.

Basel, 27. September 18. Der Pariser Vertreter der Baseler Nachrichten hatte eine Unterredung mit Marschall Foch, in deren Verlauf dieser erklärte: „Wir stehen noch nicht am Rhein, aber wir werden dahin kommen, wenn wir uns genügend Zeit lassen und den Gegner weiter zu schlagen versuchen.“]

Reims.

Basel, 10. Oktober 18. Poincaré besuchte die Gegend zwischen Lisne und Vesle und hierauf Reims, [das unter den letzten Beschießungen mehr als in den anderen vier Kriegsjahren gelitten hat.] Die Stadt ist beinahe völlig zerstört.

Wilson's Note an Österreich.

Wien, 22. Oktober 18. Hier ist man durch die Note Wilsons peinlich überrascht worden, nachdem man über die Grundlage derselben schon längst anders und gut unterrichtet zu sein glaubte. [Man scheint sich in Österreich-Ungarn jetzt für den Gedanken einer bedingungslosen Kapitulation schon vertraut gemacht zu haben.]

Revolution in Fiume.

Budapest, 24. Oktober 18. [Im ungarischen Reichstag wurde mitgeteilt, daß das kroatische 79. Infanterieregiment in Fiume die Revolution ausgerufen, bewaffnet durch die Straßen gezogen sei und die Honvedkaserne besetzt habe. Die Truppen der Kaserne wurden entwaffnet. Die Revolutionäre bemächtigten sich aller öffentlichen Gebäude. Die Polizei wurde in die Flucht geschlagen.] Im ganzen Hause herrschte unbeschreibliche Aufregung . . .

[Deutschland und Wilson's Bedingungen.

Zürich, 25. Oktober 18. Aus gut informierter französischer Quelle erfährt der Vertreter der Züricher Morgenzeitung, die maßgebende Pariser Auffassung, die dahin gehe, Wilson habe gewisse Unterlagen dafür, daß die Vorschläge der Alliierten angenommen werden oder mindestens Aussicht auf Erfolg bieten, da er sonst, gemäß früheren inoffiziellen Mitteilungen aus Washington, keine Zustimmung gegeben hätte, von den Alliierten für Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen einzuholen.]

[Die Revolution in Kiel.

Kiel, 6. November 18. Nach den sich überstürzenden Ereignissen von Montag und Sonntag hat sich die Lage in unserer Stadt weiter gefestigt, was in der Bürgerschaft mit Freuden begrüßt wird. Wie eine Gnade empfand man es, daß die Nacht vom Dienstag zum Mittwoch völlig ruhig verlaufen ist. Es wurde kein Schuß gehört, und man konnte sich nach drei Tagen voller Aufregung erstmals wie in ununterbrochenem Schlaf für die schweren Pflichten der Stunde stärken. Gestern abend gegen $\frac{1}{2}$ 8 Uhr erging in den Straßen der Befehl, daß Militär und Zivilpersonen sich nach Hause zu begeben hätten. Starke bewaffnete Patrouillen übernahmen alsdann den Sicherheitsdienst in der Nacht, die, wie bereits gemeldet, ruhig blieb. Gestern nachmittag wehte auch vom Katzhaustrum die rote Fahne, die Dienstag auch auf dem Schloß gehißt wurde. Stadtverwaltung und königliche Polizei unterstellte sich den Anordnungen der jetzigen Machthaber. Auch die Schiffe haben, wie gestern bereits mitgeteilt, die rote Flagge gesetzt. Aufregende Szenen spielten sich gestern nachmittag in der Bergstraße ab. Angeblich sollen Offiziere aus mehreren Häusern auf Marineangehörige geschossen haben. Infolgedessen kam es zu lebhaften Schießereien, die geradezu das Ausmaß einer kleinen Schlacht annahmen. Auf dem dortigen Kasernenhof standen Offiziere und Applikanten einerseits und Soldaten auf der anderen Seite gegenüber in lebhaftem Abwehrkampf. Auch Maschinengewehre griffen in das Gefecht ein. Bis gegen 3 Uhr dauerte das Gefecht, das leider mehrere Verwundete im Gefolge hatte. Man brachte sie in Krankenwagen und Traghähren in die Heilanstalten und Lazarette. Mehrere Zivilpersonen erlitten leider Verletzungen. Auch in anderen Stadtteilen ging es kaum weniger lebhaft zu. Ein Haus nahe am Hafen, aus welchem Schüsse gefallen waren, wurde von den Schiffen mit Artillerie beschossen und erlitt schwere Beschädigungen. Es war das Gerücht verbreitet, daß in dem Hause acht Offiziere sich aufhielten, welche auf Matrosen geschossen haben sollten. Mehrere Häuser wurden durchsucht, doch fand man niemand dort vor, welcher der That verdächtig hätte sein können. Im Zusammenhang mit diesen Vorfällen wurde heute morgen folgender Erlaß des Gouverneurs durch Flugblätter zur Kenntnis gebracht: Das Gerücht, Offiziere hätten aus Häusern geschossen, hat weitere Beunruhigung hervorgerufen. Ich mache es im Interesse der öffentlichen Sicherheit den Offizieren zur Pflicht, solche Gewaltmaßregeln zu unterlassen. Nur gemeinsame Verständigung für das Erfordernis des Augenblicks wird Ordnung schaffen. Gouverneur.

Hoffentlich erreicht diese Aufforderung ihren Zweck. Zivilpersonen sind davor zu warnen, bei solchen Anlässen auf den Straßen zu verweilen, da sie leicht Schaden dabei nehmen könnten.

Den Kieler Vorgängen wendet man nunmehr erhöhte Aufmerksamkeit zu. Am Dienstag fand einer Meldung des W. T. B. zufolge eine Sitzung des Kriegskabinetts statt, in der Staatssekretär Hausmann Bericht erstattete. Die vom Soldatenrat gestellten und vom Gouverneur angenommenen 14 Punkte lauten:

1. Freilassung sämtlicher inhaftierter und politischer Gefangener.
 2. Vollständige Rede- und Pressfreiheit.
 3. Unterlassung der Kriegszensur.
 4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte.
 5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen.
 6. Die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
 7. Jegliche Schutzmaßnahmen durch Blutvergießen haben zu unterbleiben.
 8. Zurückziehung sämtlicher nicht zur Garnison gehörigen Truppen.
 9. Alle Maßnahmen zum Schutz des Privateigentums werden sofort vom Soldatenrat festgesetzt.
 10. Es gibt außer Dienst keine Vorgesetzten mehr.
 11. Unbeschränkte persönliche Freiheit jeden Mannes von Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Dienstes.
 12. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alles übrige hat ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.
 13. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienst zu befreien.
 14. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen. Diese Forderungen sind für jede Militärperson Befehl des Soldatenrates.
- Eine am Montag verbreitete Kundmachung des Arbeiter- und Soldatenrates verzeichnet die Tatsache, daß die politische Macht nunmehr unbestritten in die Hände der Soldaten gelangt sei. Sie mahnt zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Sie gipfelt in dem Schluß, daß die Führer des Arbeiter- und Soldatenrates in der Besprechung mit dem Generalgouvernement im Beisein des Abgeordneten Noske und des Staatssekretärs Hausmann bereits Erfolg erzielte.]

Militärisches

[Ein Zeppelinluftschiff über Warschau.

Petersburg, 27. September 14. Um 5 Uhr erschien ein deutsches Zeppelinluftschiff über Warschau und warf mehrere Bomben ab, wodurch drei Soldaten verwundet wurden. Der Zeppelin, der mit Erfolg beschossen wurde, ergriff die Flucht ostwärts, wo er von neuem getroffen und heruntergeholt wurde.]

[Deutsche Flieger über Belfort.

Basel. Am 29. August erschienen zwei deutsche Flieger über Belfort und versuchten die Halle eines Militärflugschiffes in die Luft zu sprengen. Die herabgeworfenen Bomben haben jedoch keinen Schaden angerichtet.]

[Die Kriegskontributionen in Belgien und Frankreich,

Bordeaur, 25. September 14. Das amtliche Verzeichniß der Kriegsentzündigungen, die bisher von den Deutschen den besetzten Gebieten auferlegt worden sind, beziffert diese Entzündigungen auf 721 500 000 Franks. Davon entfallen u. a. auf Brüssel 200 Millionen, auf die Provinz Lüttich 50 Millionen, auf die Stadt Lüttich 10 Millionen, auf Löwen 100 000 Franks, auf Lille 7 200 000 Franks, auf Lens 700 000 Franks, auf Roubaix 1 Million.]

[Eine furchtbare Greuelthat der Zuaven.

München, 8. Oktober 14. Bei einem Patrouillengange in Frankreich stieß eine Abteilung deutscher Truppen auf ein im Walde gelegenes Haus, aus dem geschossen wurde. Nach Erstürmung des Hauses wurden 15 darin befindliche Zuaven festgenommen. Bei der Durchsuchung des Hauses fand man einen sächsischen Husarenoffizier, den die Zuaven lebendig an die Wand genagelt hatten. Er war nach einer qualvollen Stunde gestorben. Die Patrouille war dermaßen erbittert, daß sie alle Zuaven niedermachte.]

[Die Kriegspläne Portugals.

Rom, 10. Oktober 14. Der hiesige portugiesische Gesandte bestätigt, daß Portugal 16 000 Mann zur Verstärkung des linken Franzosenflügels entsenden werde. Die Expedition werde bald abgehen und 36 Kreuzott-Batterien mit sich führen. Für April sei eine portugiesische Expedition von 25 000 Negern aus den Ma-faostämmen geplant.]

Feldpostbrief eines Kriegsfreiwilligen.

Osten, 14. November 14. Seit 8 Tagen donnern nun von uns neuen Kriegsfreiwilligen die Kanonen gegen die russischen Stellungen. [Durch die Kälte, die trotz dreier Hemden und Leibbinden unseren Körper schüttelt, durch Eilmärsche, durch Speck und Brot, das uns warme Mahlzeiten ersetzt, durch lange Nachtwachen, bei denen der eiskalte Wind uns die Augen tränen macht, werden wir gezwungen, uns auf uns selbst zu besinnen und uns über unsere Lage und unser Loß klar zu werden.] Die alten Landwehrleute, die schon heftige Stürme hinter sich haben, werfen uns freundliche und ermunternde Blicke zu . . . Ein alter Kamerad, der sich schon das Eiserne Kreuz erworben hat, erzählt uns von Sturmangriffen und Straßenkämpfen, um uns zu zeigen, wie viel schrecklicher alles ist, als die Erwartungen manches Begeisterten, dessen untrainierter Körper [sich unter den Strapazen bäumt und] nur durch [die letzte] Energie aufrecht erhalten wird. Ein Geistlicher schildert mit leidenschaftlichem Schmerz die Not unserer Zeit . . .

[Ein Schipperbuch.

Aufsätze, Feldpostbriefe und Bilder aus dem Leben der Armierungssoldaten bittet Dr., Berlin Armierungssoldat im Osten, an ihn im Original oder Abschrift gelangen zu lassen, um sie zu einem Werke über diese „stillen Soldaten in und hinter der Front“ zu vereinigen.]

[Rücktritt Behncke's.

Berlin, 9. September 15. Wie wir erfahren, ist der Chef des Admiralstabes der Marine, Admiral Behncke, von seinem Posten zurückgetreten.]

[Die Kämpfe um Czernowitz.]

(Diese Überschrift wurde am 4. Oktober 15 verboten.)

[Bombarbement Mailands.

Lugano, 1. Februar 16. Elf österreichisch-ungarische Flugzeuge bombardierten heute vormittag abermals Mailand. Es wurde schwerer Schaden verursacht.]

Luftfahrtgedanken.

Berlin, 23. September 16. Aus einem Artikel des Majors Dr. August von Parseval . . . Doch dürfen wir uns diesen Friedensgedanken nicht länger hingeben. [Der Friede ist durch die brutale Abweisung des deutschen Angebots in unabsehbare Ferne gerückt;] wenden wir uns nun zu der militärischen Seite der Luftfahrt. Die [großen] Verluste bei den [letzten] Luftschiffangriffen auf England haben wohl manchem zu der nachdenklichen Frage veranlaßt, welche Ursachen da mitgewirkt haben . . .

[Ein versenktes deutsches U-Boot.

Genf, 17. Januar 17. Agence Havas meldet aus Cadix: Der Kommandant des dort eingetroffenen britischen Zerstörers „Dauphin“ berichtet, daß es ihm gelungen sei, das deutsche U-Boot „U 56“ zu versenken.]

[Explosion in Leipzig.

Leipzig, 10. Februar 17. Die Leipziger Luftschiffhalle ist gestern infolge einer Explosion in die Luft gesprengt worden. Hierbei wurden 2 Mann getötet, 16 schwer und einige 20 leicht verwundet.]

[Ein englischer Passagierdampfer torpediert.

London, 10. Februar 17. Die Admiralität meldet, der englische Dampfer „City of Birmingham“ wurde am 27. Januar ohne Warnung 126 englische Meilen von der Küste entfernt, von einem feindlichen U-Boot versenkt. Das Schiff hatte eine Besatzung von

155 Mann und 170 Passagieren. Als das Schiff versenkt wurde, war die See stark bewegt, aber in 10 Minuten waren alle Passagiere und die Besatzung eingebootet. Der Kapitän blieb an Bord bis das Schiff sank und wurde später von einem Boot aufgenommen. Der Kapitän erzählte nachher, daß sich die Passagiere wunderbar gehalten hätten.]

[Ein großer Ententesieg.

Paris, 20. März 17. Agence Havas meldet unter der Überschrift „Der größte Sieg seit der Marne Schlacht“: Noch niemals haben seit der Schlacht an der Marne die Heere der Alliierten an der Westfront einen so großen Sieg errungen wie jetzt.]

Rundfrage, woran die deutschen Künstler arbeiten.

Franz Werfels Antwort: Seit ich in militärischen Diensten stehe, ist mir jede Möglichkeit zu umfassenderer Arbeit genommen. [Gerade deshalb schickt jetzt der Teufel Produktivität, damit ja die Pfeile aller Störungen nur sitzen, und man nicht leer werde von Haß, Ohnmacht und Gequältheit. So wird es Jahre noch weiter gehen. Hätte ein Mensch von einem andern je so geliebt werden können, daß er drei Jahre aus seinem Leben risse und ihm opferte? Welche Bagatelisierung aller Menschenwerte, Tugenden und Opfer! In fassen der Zuchthäuser dürfen sich getrost ins Fäustchen lachen; sie haben es verstanden, Fälle zu bleiben und spezialistisch behandelt zu werden, während die übrige Menschheit ihr Urteil im Strafprozeß, mehrjährige Freiheitsstrafe mit Dezimierung summarisch abbüßen muß. Das Unglück ist nur, daß die Anklage des Himmels überönt wird von den sonoren Plaidoyers der Advokaten, den vielen gesicherten Brusttönen der Dummheit und stramm-dialektischen Zynismus. Es kommt für die Menschheit immer noch etwas dabei heraus. Sie werden den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nicht zugeben. Ich glaube, ich habe Ihre Frage nicht beantwortet. Aber es gibt so viel Autoren, die keinen Verlust zu beklagen haben.] Werfel.

[Englands Wiedervergeltung.

Berlingste Tidende wird aus London 23. 4. 1917 gemeldet: Das Marineministerium meldet: Am 17. abends wurden die Dampfer „Donegal“ und „Lanfranc“ ohne Warnung torpediert, während sie mit Verwundeten auf der Fahrt nach britischen Häfen begriffen waren. Weil bisher die Hospitalschiffe durch ihre helle Erleuchtung des Nachts den deutschen Unterseebooten ein deutlicheres Ziel boten, war es in letzter Zeit nicht mehr möglich, die englischen Hospitalschiffe als solche zu kennzeichnen. Die beiden torpedierten Schiffe waren daher, obwohl sie Kranke an Bord hatten, in keiner Weise als Lazaretttschiffe gekennzeichnet, hingegen fuhren sie unter Eskort. Der „Donegal“ hatte Leichtverwundete an Bord, der „Lanfranc“ eine Anzahl von verwundeten britischen Offizieren und Soldaten und ein Krankenpersonal von 52 Personen. In der letzten Zeit

sind während der Kämpfe an der Westfront eine größere Anzahl verwundeter deutscher Gefangener in unsere Hände gefallen. Diese Offiziere und Soldaten werden in der gleichen Weise, wie die englischen Verwundeten nach England transportiert werden. Alle Schiffe, die Verwundete an Bord haben, werden auch eine Anzahl verwundeter Deutscher mit sich führen und diese werden also denselben Gefahren durch deutsche U-Boote ausgesetzt sein, wie die englischen Verwundeten. Ob die Politik der deutschen Regierung nunmehr von ihrem Kurse abweichen wird, nachdem sie ihn nur auf Kosten ihrer eigenen Verwundeten fortsetzen kann, bleibt abzuwarten. Wie Politiken aus London erfährt, herrscht dort eine starke Erbitterung und man macht den Vorschlag, die englischen Verwundeten sollen in den französischen Lazaretten bleiben und nur deutsche Verwundete über den Kanal gesandt werden.]

Ein Offensivbündnis gegen Deutschland.

Washington, 22. Mai 18. Die Times meldet, daß die Vereinigten Staaten und die Regierungen der Alliierten über die Verhandlungen unterrichtet sind, die zum Abschluß eines [Offensiv-] Bündnisses zwischen China und Japan [gegen Deutschland] geführt haben.

Die Verstärkungen für die Westfront.

Zürich, 22. Mai 18. [Nach einer Meldung der New York Times verlautet, daß Italien gegenwärtig 250000 Mann für die Westfront zur Verfügung habe. Diese Zahl soll noch verdoppelt werden. Die amerikanische Armee in Frankreich soll auf 500000 Mann angewachsen sein.] Fast alle italienischen und amerikanischen Reserven sollen über die ganze Westfront verwendet werden . . .

Die Reserven im Westen.

Zürich, 29. Juli 18. Bei einer Würdigung des Gesamtergebnisses der letzten Kämpfe im Westen anerkennt die Presse der alliierten Länder, daß die Deutschen ihre Reserven [ebenso]wenig verzettelt haben, [wie die Alliierten]. Sie gibt auch zu, daß die eigenen Verluste sehr schwer sind und läßt die Möglichkeit offen, daß die deutsche Heeresleitung [nochmals] versuchen werde, die Initiative des Angriffs wieder zu beginnen.

Die Lage in Tripolis.

Zürich, 30. Juli 18. Die italienische Regierung hat den Pressevertretern über die Lage in Indien und Tripolis

Informationen gegeben. Man verhehlt sich nicht, daß die Lage dort sehr ernst sei, und daß sich die Kolonien im vollen Aufstand gegen Italien befinden, [doch wird die Lage nur als eine vorübergehende betrachtet.]

[Die Leibgarde Helfferichs.]

Moskau, 8. August 18. Es wird gemeldet, daß die Leibwache des deutschen Gesandten Helfferich in Moskau von 1000 uniformierten deutschen Kriegsgefangenen gebildet werden wird, die von einem Offizier und einigen Unteroffizieren befehligt werden und soeben in Moskau eingetroffen sind.]

[Die Kraftanstrengungen der Alliierten.]

London, 22. August 18. Tag und Nacht gehen Truppen nach dem Festland ab. Nach der Meinung der englischen Militärkritiker wird England im September das nicht mehr zu überbietende Höchstmaß seiner militärischen Leistungsfähigkeit erreicht haben. Für August sind noch über 200000 Einberufungsbefehle ausgegeben worden. Der Krieg geht nach der Ansicht Londoner Börsenkreise seiner Entscheidung rasch entgegen.]

[Die Reserven der Alliierten.]

Paris, 31. August 18. Die hiesigen Militärkritiker teilen mit, daß den Alliierten noch eine Million Mann Reservetruppen zur Verfügung stehen.]

[Die Zuversicht Fochs.]

Paris, 31. August 18. Marschall Foch teilte einigen Gemeindevetretern mit, er stehe nunmehr vor dem endgültigen Schlage zur dauernden Befreiung Frankreichs.]

[Die Aufgabe der Amerikaner.]

Paris, 30. August 18. Petit Parisien schreibt, daß der Hauptschlag durch die Amerikaner erfolgen werde. Die Operationen der englisch-französischen Armee hätten nur den Zweck, den Keulenschlag vorzubereiten, mit dessen Ausführung die amerikanischen Freunde betraut sein würden. In dieser großen Aufgabe, die den Amerikanern zugebacht sei, liege eine Art Selbstverleugnung.]

[Vor der großen Entscheidung.]

Paris, 30. August 18. Echo de Paris meldet: Die militärische Lage nähert sich seiner ersten großen Entscheidung. Die Alliierten sind im Besitz absoluter Überlegenheit an Mannschaften und Artillerie. Marschall Foch hat die Befreiung des französischen Bodens vom Feinde innerhalb 6 Monaten verbürgt.]

[Die durchstochenen Dämme der Scarpe.]

Basel, 7. September 18. Der Neuterberichterstatter von der britischen Front berichtet, daß die Deutschen die Dämme der Scarpe durchstochen haben. Das Wasser bedeckt eine große Fläche, aber man hofft, daß das Hindernis den britischen Vormarsch nicht lange aufhalten werde.]

[Der Erfolg gegen die Türken.

Paris, 28. September 18. Die Operationen gegen die Türken nehmen einen guten Fortgang. Die Jordan- und Hedschasbahn ist unterbrochen. Haifa ist besetzt. Bis nach Damaskus bieten sich den Truppen des Generals Allenby keinerlei ernstliche Hindernisse mehr.]

[Vor der Entscheidung im Westen.

Zürich, 3. Oktober 18. Der Züricher Anzeiger berichtet: Obgleich die alliierte Offensive im Westen schon jetzt ins Riesenhafte gewachsen ist, nämlich was die Zahl der beteiligten Streiter betrifft, so müsse man sich noch auf eine weitere Steigerung gefaßt machen. Daran ist wohl nicht mehr zu zweifeln, daß die Entente nunmehr die Kriegsentscheidung um jeden Preis und mit allen Mitteln herbeiführen will, und daß sie jetzt die letzten Trümper restlos einsetzt wird.]

Die Lage in Österreich.

Rom, 21. Oktober 18. Es ist eine Täuschung, anzunehmen, daß die innere Lage Österreichs so schlecht sei, um zu einer nahen Katastrophe zu führen, [aber der Zerfall Österreichs stehe bevor.]

Der Ententeerfolg in Flandern.

Paris, 21. Oktober 18. [Eine Havasnote besagt, daß alle französischen Blätter den Sieg in Flandern feiern und die Befreiung eines Teiles belgischer Erde vom Feinde begrüßen.] Die französische Militärkritik ist [jedoch] etwas verwundert, warum man den Feind entkommen ließ, denn die Zahl der Gefangenen sei gering und die Materialbeute nicht nennenswert.

Vor der Entscheidung.

Paris, 23. Oktober 18. Der Temps meldet: Der französische Heeresauschuß vertagte die Frage der Musterung des Jahrganges 1921 bis zum 1. November. [Der Kriegsminister stellte bis dahin wichtige Entscheidungen in Aussicht.]

Statistik

[Die Verluste der Allierten.

Dagens Nyheter bringt aus zuverlässiger Quelle folgende Zahlen über die Verluste der Allierten bis zum März 1915.

Serbien: 126000 Verwundete, 10500 Invaliden, 46500 Gefangene, 87000 Tote, zusammen 279000 Mann Verluste.

Montenegro: 38500 Verwundete, 12500 Invaliden, 18500 Gefangene, 22000 Tote, zusammen 91500 Mann Verluste.

Japan: 36000 Mann Verwundete, 5500 Invaliden, 11500 Tote, zusammen 53000 Mann Verluste.

Rußland: 1490000 Verwundete, 421500 Invaliden, 769500 Gefangene, 743000 Tote, zusammen 3424000 Mann Verluste.

Belgien: 62000 Verwundete, 24500 Invaliden, 41500 Gefangene, 71500 Tote, zusammen 212000 Mann Verluste.

Frankreich: 718000 Verwundete, 439000 Invaliden, 494000 Gefangene, 464000 Tote, zusammen 2115000 Mann Verluste.

England: 185000 Verwundete, 49500 Invaliden, 82500 Gefangene, 116000 Tote, zusammen 424000 Mann Verluste.]

[Unsere Verluste an Ärzten.

Die Verluststatistik stellt sich für die Ärzte nach den ersten 200 Verlustlisten im ganzen auf 603 Ärzte, zu denen 96 Vermißte und 53 Gefangene gehören. Leicht verwundet wurden 220, schwer verwundet 66, gefallen sind 120, an Krankheiten im Felde gestorben 47. Die Zivilärzte, die zum größten Teil in Lazaretten beschäftigt sind, haben die kleinste Verlustziffer, nämlich 16; die aktiven Militärärzte mit 210 die größte.]

[20 Armeekorps Turner im Heeresdienst.

Nach einer Berechnung des Gaturnwarts D. Weier-Mattbor ist anzunehmen, daß zur Zeit etwa 683000 oder 17 Armeekorps Turner im Felde stehen, während 137000 oder 3½ Armeekorps Turner als Landstümleute Dienst tun. Die deutsche Turnerschaft allein hat also 820000 Männer für den Heeresdienst vorgebildet, die volle 20 kriegsstarke Armeekorps bilden. 80 Prozent Mitglieder der deutschen Turnerschaft stehen in diesem Weltkrieg (die Statistik ist vom Dezember 1915) im Heere.]

[Die Verluste des preußischen Oberlehrerstandes.

Dezember 1915. Wie die „Blätter für höheres Schulwesen“ in ihrer neuesten Nummer unter Benutzung amtlichen Materials berichten, sind bis jetzt 882 preußische Philologen gefallen. Von diesen waren 24 Direktoren, 36 Professoren, 417 Oberlehrer und 465 Kandidaten des höheren Lehramts.]

[Die Kriegsverluste in russischer Berechnung.

Eine Statistik einer bekannten politischen Persönlichkeit in Petersburg beschäftigt sich mit den Gesamtverlusten an Menschen während dieses Krieges bis 1. I. 1916. Nach dieser Statistik beträgt die Zahl der Toten, Verwundeten und Vermißten Rußlands rund 6250000 Mann. Davon sind etwa 1¾ Mill. Mann tot oder doch vollständig zu jeder Tätigkeit unbrauchbar. Die Verluste Frankreichs werden auf 2½ Millionen Mann geschätzt, davon etwa 950000 Mann tot oder doch derart verstümmelt, daß sie keinen Beruf ausüben können. Englands Verluste werden auf rund 1 Million Mann geschätzt. Die Zahl der Toten betrage 420000 Mann. Italiens Verluste beziffern sich auf 900000 Mann, davon tot etwa 320000 Mann. Die Verluste Belgiens, Serbiens und Mon-

tenegroß belaufen sich auf insgesamt 750000 Mann, davon 160000 Mann tot oder dauernd invalid. Nach dieser Statistik würden also die Gesamtverluste der Entente 11 300000 Mann betragen, während die Zahl der Gefangenen und dauernd Invalide 3600000 Mann beträgt.]

[Deutschlands Viehbestand.

Nach den jetzt vom Kaiserlich Statistischen Amt herausgegebenen Viertelsjahrsheften lassen sich nun die Ziffern des Viehbestandes von 1915 übersehen. Gegenüber 1914 hat sich im Jahre 1915 der Bestand an Kälbern um 32,5%, an Rindvieh um 6,9%, an Schafen um 7,3%, an Schweinen um 31,8% und an Ziegen um 2,8% verringert.]

[Die Geschößproduktion im Kriege.

Nowoje Wremja berechnet auf Grund halbamtlicher russischer Angaben die Produktion an Artilleriegeschossen (Dezember 1916) auf täglich $1\frac{1}{2}$ Millionen Stück. Die Produktion der Zentralmächte wird auf 620000 Stück täglich berechnet, die der Entente auf 560000 Stück und die Geschößherstellung Amerikas und Japans auf täglich 320000 Stück. Diese 320000 Stück stehen vollständig der Entente zur Verfügung, so daß die Entente den Zentralmächten in der Geschößherstellung um täglich 260000 Stück „über“ ist.]

[Die amerikanischen Truppenlandungen.

London, 22. Juli 18. Zufolge Havas-Meldung teilte der Staatssekretär für das Schifffahrtswesen im Unterhause mit, daß in den Monaten April, Mai und Juni insgesamt 637000 amerikanische Truppen, darunter die Hälfte auf britischen Schiffen, nach Europa transportiert wurden.]

[Sieben Millionen englische Soldaten.

London, 3. August 18. Lord Curzon teilte im Verlauf einer Rede mit, daß Großbritannien gegenwärtig 7000000 Mann unter den Waffen habe, wovon drei Millionen zur See Dienst tun.]

[Die Verluste aller Kriegführenden.

Haag, 3. August 18. Verlässliche Statistiker berechnen die Zahl der Toten aller Kriegführenden bis zum 15. Juli 1918 mit 11 Millionen, der Verwundeten und Krüppel auf 19 Millionen. Englische Nationalökonomien beziffern die bisherigen Staatsschulden Europas mit 1000 Milliarden Franken, welche Summe das Volksvermögen Englands, Deutschlands und Osterreich-Ungarns im Frieden übersteigt.]

[Die amerikanischen Kriegskosten.

Paris, 20. September 18. Ein Spezialtelegramm des *Matin* aus Newyork meldet: Der amerikanische Kriegsminister ersuchte den Kongreß um einen Ergänzungskredit von $37\frac{1}{2}$ Milliarden Franken für Kriegskosten. Wenn diese Summe genehmigt sein wird, belaufen sich die Kriegskosten Amerikas für dieses Jahr auf 165 Milliarden Franken.]

Amerikas Truppen.

Zürich, 23. September 18. Die Neue Züricher Zeitung meldet, Neuter meldet aus Washington: General Harsh, der Chef des amerikanischen Generalstabs teilt mit, daß die Zahl der an allen Fronten eingeschifften amerikanischen Truppen 1750000 überstiegen habe.]

Der Kaiser und andere Fürstlichkeiten

Die Garde.

(Aus einer Rede des Kaisers.) "... [Die preußische Garde, die Wachtparade Friedrichs des Großen, hat im Westen wie im Osten die Feinde niedergedrungen, und sie mußten sehen, was es heißt, wenn der König von Preußen seine Garde einsetzt. . . Napoleon I., der bekanntlich stolz auf seine Garde war, hat das Wort geprägt: die Garde ist die wandelnde Zitadelle des Kaisers. So ist es auch mit euch; wo das Gardekorps eingesetzt wird, fliegen die Splinter, und der Feind wird niedergekämpft] . . ."

[Rückkehr des Kaisers.

Berlin, 3. Oktober 14. Wie wir erfahren, wird der Kaiser heute abend gegen 11 Uhr auf der Fahrt vom Westen in Berlin eintreffen. Ob er in der Reichshauptstadt längere Zeit verweilen wird, ist nicht bekannt.]

[Schloß Kominten als Kosakenbivak.

London, 12. November 14. Der Spezialkorrespondent des „Daily Chronicle“ in Petersburg telegraphiert: Wie feinerzeit die Engländer in Südafrika, so haben die Russen jetzt viel vom Feinde gelernt, besonders in Hinsicht des Transportes der Lebensmittel und Munition. Unter den preußischen Großgrundbesitzern ist der deutsche Kaiser derjenige, der durch den russischen Einfall am meisten gelitten hat. Um das Eigentum des Kaisers in Kominten wurde zweimal gekämpft, und Kosaken bivakieren aufs neue in den kaiserlichen Ställen in Trakehnen. Ein Teil der russischen Transporte geschieht bereits auf Schlitten, da auf allen Wegen tiefer Schnee liegt.]

[Das Befinden des Kaisers.

Berlin, 16. Dezember 14. Wie wir erfahren, hat sich das Befinden des Kaisers so erfreulich gebessert, daß der Monarch als vollkommen wiederhergestellt bezeichnet werden darf. Der Kaiser dürfte sich infolgedessen in den nächsten Tagen wieder aus Berlin nach dem Großen Hauptquartier zurückbegeben.]

[Ein Handschreiben des Sultans.

London, 28. September 15. Nach einer Konstantinopeler Meldung der „Times“ ist der jetzt nach Berlin zurückkehrende bisherige stellvertretende deutsche Botschafter Fürst Hohenlohe Überbringer eines Handschreibens des Sultans an den Deutschen Kaiser.]

[Die falschen Kaisers.

Dem „Daily Express“ wird aus Newyork gemeldet: Der Sekretär des Handelsamtes von Hoboken, Robert Kiefer, der kürzlich in Deutschland war, erzählt, daß man, um den Aufenthalt des Kaisers zu verbergen, vier oder mehr Automobile, die dem kaiserlichen genau gleichen, herumfahren lasse. Innen sitzen Soldaten, die dem Kaiser genau ähnlich sehen und geschickt zurecht gemacht sind. Wenn sie durch die Straßen fahren, grüßen die Leute und schreien: Hurra!]

[Die serbische Kriegsbeute für Bulgarien.

Sofia, 19. November 15. Das amtliche „Echo de Bulgarie“ teilt mit: Auf Befehl des Kaisers Wilhelm hat der Generalfeldmarschall von Mackensen das Hauptquartier des bulgarischen Heeres im Felde benachrichtigt, daß die gesamte, in Serbien von den verbündeten Armeen eroberte Kriegsbeute an Bulgarien fallen soll.]

[„Die Dose Seiner Majestät“.

Berlin, 5. März 17. Der Kronprinz und die Kronprinzessin wohnten heute in der Komischen Oper in Berlin der Generalprobe des Singpieles „Die Dose Seiner Majestät“ von Rudolph Presbner und Leo Walter Stein bei.]

[Zusammentreffen der Königin von Belgien mit ihrer Mutter.

Kopenhagen, Januar 16. Kurz nach Ausbruch des Krieges berichteten französische Zeitungen, daß die Königin Elisabeth von Belgien alle Verbindungen mit ihren Verwandten in Deutschland abgebrochen habe; bekanntlich ist die belgische Königin eine Tochter des verstorbenen Herzogs Theodor von Bayern. Wie „Stockholms Aftonbladet“ berichtet, war diese Notiz der französischen Zeitungen aus der Luft gegriffen, denn die Königin stand die ganze Zeit in regem Briefverkehr mit ihrer Mutter, und dieser Briefwechsel war von der deutschen Zensur befreit. Die Briefe der Königin trugen auf dem Briefumschlage ein besonderes Siegel, das sie von der Kontrolle der deutschen und belgischen Militärbehörden befreite. Jetzt wird Königin Elisabeth auch mit ihrer Mutter zusammentreffen, und zwar soll diese Zusammenkunft in dem katholischen Nonnenkloster in Nyde auf der Insel Wight stattfinden, wohin sich die Herzoginwitwe begibt, um das Grab ihrer Mutter, der Prinzessin Adelaide von Bourbon zu besuchen. Diese Prinzessin war nämlich die Äbtissin dieses Klosters von Beginn ihrer Wittwenschaft bis zu ihrem Tode und sie liegt auf dem Kirchhofe des Klosters begraben. Die Herzoginwitwe hat von der englischen Regierung die Erlaubnis erhalten, das Grab ihrer Mutter zu besuchen und wird über Holland nach Nyde reisen, wo sie mit ihrer Tochter, der belgischen Königin, zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges zusammentreffen wird.]

[Der Kaiser als Erntearbeiter.

Vor einigen Monaten wurde berichtet, daß der Kaiser unvermutet bei einem Pionierkommando erschienen sei und sich beim

Sägen, Spalten und Abtragen des Holzes beteiligt habe. Jetzt hat der Kaiser sich wiederholt bei der Einbringung der Ernte praxtisch betätigt, um seinen Körper auszuarbeiten. Bei einer solchen Erntearbeit des Kaisers im Osten passierte es, daß der Monarch seine Uhr verlor. Für die Wiederbeschaffung setzte er eine Belohnung aus. Alle bei der Ernte beschäftigten Männer, Frauen und Mädchen und die dorthin kommandierten russischen Kriegsgefangenen machten sich auf die Suche. Einem Russen war das Glück hold, freudestrahlend konnte er dem Deutschen Kaiser die Uhr überreichen. Der Kaiser ließ ihm ein Geldgeschenk von 20 Mark überreichen und erkundigte sich nach der Art der Gefangennahme und nach den häuslichen Verhältnissen. „Wollen Sie denn Ihre Eltern und Geschwister gern mal wiedersehen?“ Auf diese jahende Antwort ordnete der Kaiser an, daß der Kriegsgefangene, der aus dem Gouvernement Petrikum stammt, einen dreiwöchigen Urlaub erhalten solle. Auch bestellte der Monarch einen Gruß an die Angehörigen.]

[Prinz Friedrich Karl — gefangen genommen.

Potsdam, 24. März 17. In Glienice ist, wie wir erfahren, die Nachricht eingetroffen, daß Prinz Friedrich Karl, dessen Schicksal bisher ungewiß war, mit seinem Flugzeug hinter der französischen Linie glatt gelandet und gefangengenommen worden ist.]

[Prinz Friedrich Karl — seinen Wunden erlegen.

Hamburg, 28. März 17. Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ aus Rotterdam meldet, berichtet „Daily Express“, daß Prinz Friedrich Karl von Preußen seinen Wunden erlegen ist.]

[Aus den „Enthüllungen“ Gerards.

Dagens Nyheder wird aus London gemeldet: „Daily Telegraph“ bringt einen Auszug aus Gerards Buche über die Unterredung, die derselbe mit Kaiser Wilhelm über den U-Bootkrieg gehabt hat. Gerard schreibt: Als Kaiser und Oberhaupt der Kirche wünschte der Kaiser den Krieg auf ritterliche Weise zu führen. Er wies mich auf seine eigene Rede an die Mitglieder des Reichstags bei Beginn des Krieges hin und sagte, daß die Nationen, die gegen Deutschland kämpften, unedle Methoden und Mittel angewandt hätten. Er sprach von den Anstrengungen der Feinde, Deutschland auszuhungern und erklärte, daß, bevor er erlauben würde, daß er und seine Familie und seine Enkel zu Tode hungerten, er das Windsorschloß und die ganze englische Familie in die Luft sprengen würde. Die U-Bootwaffe, sagte der Kaiser, sei nunmehr von allen kriegführenden Ländern als Waffe anerkannt worden, und er fügte hinzu, daß es nunmehr kein internationales Recht mehr gäbe, was der Reichskanzler bestätigte. Er sagte ferner, daß ein Mann auf einem feindlichen Rauffahrteischiff einem Mann gleiche, der auf einem Wagen über das Schlachtfeld führe. Falls er von einer Kugel getroffen wird, hätte er nicht das geringste Recht, sich zu beklagen. Er fragte mich dann, warum wir keinerlei Schritte gegen England unternommen hätten, nachdem

dieses sich gegen das Völkerrecht vergangen und vor allem, warum wir nicht die britische Blockade gebrochen hätten. Ich antwortete: Wir haben uns über die Art und Weise beklagt, in der die U-Boote angewandt werden und über nichts anderes. Wir forderten nur unser Recht nach den anerkannten Regeln des Völkerrechts. Wie ich einmal dem Reichskanzler früher erklärt hatte, sagte ich: Wenn zwei Männer in mein Eigentum dringen, von denen der eine meine Blumenbeete zertritt und der andere meine Schwester tötet, so werde ich natürlich zunächst den Mörder meiner Schwester verfolgen. Und ich sagte ferner: Die Männer, die auf feindlichen Rauffahrteischiffen fahren, befinden sich in einer anderen Situation, wie die, die in einem Wagen über das Schlachtfeld fahren. Wer zu Lande reist, befindet sich auf feindlichem Gebiet, während der, der zur See außerhalb der Dreimeilengrenze fährt, auf freiem Territorium reist. Der Kaiser und der Reichskanzler sprachen dann über die Warnungen, die man vor der Lusitaniaaffäre gegeben hätte. Ich antwortete ihnen: Wenn der Reichskanzler mich warnt, auf den Wilhelmplatz zu gehen, wohin ich ein Recht habe zu gehen, so gibt die Tatsache, daß man mich vorher gewarnt hat, ihm durchaus kein Recht, mich zu töten, falls ich mich an seine Warnung nicht kehre. Im September 1916, als meine Frau nach den Vereinigten Staaten zu kurzem Besuche fahren wollte, bat mich v. Jagow, ebenfalls nach Amerika zu reisen und alles zu tun, was in meiner Kraft stand, um den Präsidenten zu bewegen, etwas für den Frieden zu tun. Infolge seiner dringenden Aufforderungen und meinen eigenen Wünschen zufolge, die Situation in Amerika klarzulegen, fuhr ich nach Newyork. Gerard fügte hinzu, daß er bei seiner Ankunft mit dem Präsidenten über die Friedensfrage gesprochen hätte, die ganze Sache aber natürlich mit größter Vorsicht behandelt hätte. Gerard schließt seinen Artikel mit der Behauptung, daß die Deutschen diesen Krieg begonnen hätten, ohne irgendwelche Rücksicht auf die Vereinigten Staaten. Später bildeten sie sich ein, sie hätten ein Recht, zu fordern, daß die Vereinigten Staaten ihnen den Frieden zu einer Zeit und unter Bedingungen, die sie selbst gewählt hatten, schaffen solle. Als dieser Versuch mißglückte, nahmen sie sich das Recht, alle Gesetze der Kriegsführung zu brechen, die Bürger der Vereinigten Staaten zu ermorden, und hierdurch die Prinzipien des Völkerrechts zu kränken.]

[Die Krone Finnlands.

Berlin, 29. August 18. Wie wir erfahren, steht für den finnischen Königsthron jetzt an erster Stelle ein dem preußischen Kaiserhaus nahe verwandter Prinz. Es handelt sich jedoch entgegen anderslautenden Gerüchten um keinen Kaisersohn.]

Militär- und Staatsgeheimnisse

[„Heeresache!“

Seit einigen Tagen erhalten die noch nicht einberufenen Männer Berlins Schriftstücke ins Haus zugestellt, die auf der linken

unteren Ecke des unfrankierten Umschlags den Ausdruck „Heeres-
sache“ tragen. Da diese Briefe von den Postbeamten meist zu einer
Zeit ausgetragen werden, wo die Männer, ihrem Erwerbe nach-
gehend, das Haus bereits verlassen haben, erhalten zuerst die Frauen
sie in die Hand. Natürlich sind sie stets der Meinung, daß es sich
um die Einberufung ihres Gatten handelt, und versuchen nun,
da sie es nicht wagen, das anscheinend militärische Schriftstück zu
öffnen, ihren Mann auf die schnellste Weise — sei es telephonisch
oder durch Boten — von dem Ereignis in Kenntnis zu setzen. Der
eiligst vom Geschäft Beurlaubte und Heimgekehrte findet aber statt
der erwarteten Befehlsgelder eine — Sammeliste des Ober-
präsidenten der Provinz Brandenburg mit einem Aufruf zur
Spende von Weihnachtsgaben für die märkischen Truppen im Felde.
Der Sammelreifer des Oberpräsidenten ist sicherlich sehr anerkenntnis-
wert, die Form, in der er sich kundgibt, aber stark zu beanstanden. Ab-
gesehen davon, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit den Frauen
jede unnötige Aufregung am besten erspart bleibt — welche Herz-
beklemmungen solch ein Brief etwa im Elternhaus eines Vermißten
hervorrufft, wollen wir nicht näher erörtern — sollten doch nur
wirklich amtliche Schriftstücke äußerlich amtlichen Charakter tragen.
Auch der Sammlung selbst wird durch solche Irreführung kaum
viel gedient. Denn ein Verärgerter ist nicht gerade sehr gebefreudigt
gestimmt.]

[Das Urlaubsgesuch der Kriegerfrau.

Ein Kriegsberichterstatter übermittelt in Abschrift das folgende
Urlaubsgesuch einer Kriegerfrau, das er lesen konnte und abge-
schrieben hat: „Da sich bei den meisten Frauen das Resultat
zeigt, daß die Urlauber hinterlassen haben und dieselben sich
jetzt schon auf den kommenden Kriegsjungen freuen, so will ich auch
nicht zurückstehen und verlacht werden. Ich will auch den Patriotis-
mus unterstützen. Will aber auch nicht auf Abwegen geraten,
und deutsche Treue üben, denn mein Mann steht auch schon seit
Kriegsbeginn im Felde. Aber auch die Natur verlangt ihre
Rechte. Ich hoffe auch, daß mein Vorhaben in Erfüllung geht
und was unser Resultat bringen wird, das wird die Zukunft
sagen. Denn unser Kaiser braucht auch Soldaten. Es muß
mit dem Urlaubsgesuch auch nicht zu lange dauern, denn sonst ist
der Krieg zu Ende und unser Vorhaben vom Kriegsjungen
verreißt. Hochachtungsvoll.“]

Alexander Moissi in Kriegsgefangenschaft.

Wie der Stockholmer Korrespondent der Kopenhagener
„Politiken“ meldet, ist Alexander Moissi, der bekannte Ber-
liner Schauspieler, in französische Kriegsgefangenschaft geraten.
[Nach einer weiteren Meldung desselben Blattes sollen Maßnahmen
getroffen werden, um den Künstler im Austausch frei zu be-
kommen.]

Aus Wippchens Nachrichtenbüro.

Stettenheim schrieb am 15. Mai 15: „Italien muß bescheiden fordern. Wer einen Gaul geschenkt haben will, muß ihm nicht in den Mund schauen, sondern muß wie Richard der Dritte versuchen, irgend etwas zu bieten, z. B. mein Königreich für ein Pferd. Der Schnorrer hat ein saures Geschäft. [Wenn er wie der König von Italien schnorrt, gleich fliegt er die Treppe herunter.] Er muß bescheiden . . .“

[Kriegshumor.

In den Garnisonsorten wird den im Lazarett ihren Verwundungen erlegenen Kriegern als letzter Scheidegruß eine Ehrensalve mit auf den Weg gegeben. Diese Ehrung wird ohne Unterschied auch den Feinden erwiesen, dafür sind wir eben Barbaren. Neulich sollte ein Kusse beigelegt werden, und der die Ehreuskorte kommandierende Führer, ein biederer ostpreussischer Unteroffizier, mag sich in dieser Rolle etwas unsicher vorgekommen sein. Ob er nun glaubte, daß auf dem Gottesacker der Pastor die höchste Amtsperson sei, will ich dahin gestellt sein lassen, jedenfalls erschien beim Nahen des Gottesmannes sein Kommando: „Stillgestanden! Augen links!“ und dann erfolgte seine Meldung: „Ein Unteroffizier, ein toter Kusse und zwanzig Mann zur Stelle.“ (Simplizissimus.)

[Jüngere Aristokratin

im Ausland verheiratet, hier alleinstehend, mit auffallend schöner Handschrift, sucht schriftliche Arbeiten. Auch Vorlesen, Briefe schreiben f. verwund. Offiz. Gef. Offerte sub . . . befördert die Exped. dieses Blattes.]

* * *

Der Krieg hat für uns ein böses Ende genommen. Das deutsche Volk hätte sich mit dem Gedanken, daß unsere tapferen Soldaten nicht als Sieger heimkehren würden, viel leichter abfinden können, wenn die Zensurbehörde, die sich wie der eiskalte Tod auf Haupt und Glieder der öffentlichen Meinung gelegt hatte, nicht über den Wirkungskreis, der ihr kraft der bestehenden Gesetze gezogen war, so weit hinausgegangen wäre. Sie sah, wie ihre Maßnahmen deutlich erkennen lassen, ihre Aufgabe viel weniger darin, den Feind unsere Absichten nicht erkennen zu lassen, als uns selbst zu täuschen.

Die militärischen Machthaber bedienten sich aber — das sei hier nachdrücklichst festgestellt — nicht nur der Zensurbehörden, um ihren Zielen und Wünschen Geltung zu verschaffen und ihre oft genug unberechtigten Abneigungen zu

betätigen. Sie gingen wiederholt viel weiter. Ich habe mich in diesem Buche ausschließlich auf das Material beschränkt, das ich durch Dokumente zu belegen imstande war, und verzichtete darauf, die umfangreiche Verschleierungstaktik, mit der nebenher noch gearbeitet wurde, auch nur zu streifen, zumal die Heeresverwaltung in vielen Fällen so vorsichtig war, kein greifbares Material aus den Händen zu geben. Ich denke hierbei vor allem an die Frage der Großkampffahrzeuge zu Lande, der sogenannten Tanks, die doch nicht zuletzt die unmittelbare Ursache für unseren militärischen Zusammenbruch im Westen waren. Es ist ja nicht unbekannt, daß der deutsche Erfinder Goebel der Heeresverwaltung den Gedanken des querfeldeinfahrenden Kampffahrzeuges zugleich mit einer fertigen Konstruktion schon im ersten Kriegsmonat vorgelegt hat, daß man ihn aber wie auch so viele andere, die uns gute Dienste leisten wollten und dazu auch in der Lage gewesen wären, in hochfahrender Weise von oben herab abfertigte.

Nicht um einem Toten den Eselstritt zu geben, sondern nur um zu zeigen, wie weit wir dadurch gekommen sind, daß das deutsche Volk um die Erkenntnis der Wahrheit betrogen wurde, ist der Zweck dieses Buches.

Sachregister

- Malandinsel 30, 134.
Amerika 22, 31, 52, 63, 72, 74,
75, 76, 77, 81, 82, 83, 85, 86,
93, 94, 95, 98, 101, 105, 119,
134, 137, 142, 147, 165, 166,
167, 174, 178, 182.
Amerikas Truppensendungen 10,
11, 92, 98, 102, 105, 112, 165,
174, 178, 179.
Anzeigen 32, 140.
Arbeiter 32, 138.
Armeniergreuel 76, 79.
Aufläufe, Aufstände 78, 79, 85,
91, 92, 97, 98, 104, 105, 106,
125, 137, 139, 141, 142, 143,
145, 155, 167, 168, 169.
Baralongfall 141.
Belgien 68, 87, 89, 90, 120, 176,
177.
Brest-Litowsk 108, 118.
Bukarester Friede 111, 125.
Bulgarien 71, 72, 74, 75, 82,
107, 109, 111, 120, 121, 132,
135, 138, 180.
China 165, 174.
Diplomaten 66, 68, 78, 145, 164.
Elsaß-Lothringen 37, 78, 97, 101,
105, 124.
England 38, 45, 68, 71, 73, 81,
84, 92, 94, 95, 96, 99, 105,
111, 117, 122, 133, 134, 136,
150, 164, 173, 174, 175, 177,
178, 181.
Entschädigung 90, 96, 113, 136,
171.
Explosionen 38, 88, 101, 131,
132, 172.
Flotte, deutsche 47, 56, 64, 67,
88, 91, 93, 96, 104, 133, 137,
155, 170.
Frankreich 68, 73, 77, 78, 101,
105, 150, 177.
Friedensfrage 40, 69, 70, 81, 84,
86, 90, 95, 96, 100, 113, 120,
121, 122, 123, 131, 139, 140,
149, 151, 152, 155, 156, 182.
Griechenland 41, 72, 75, 86, 87,
92, 112, 135, 138, 146.
Grippe 122.
Irländische Frage 110.
Italien 19, 41, 63, 67, 69, 70,
71, 72, 73, 81, 87, 94, 101,
135, 163, 165, 174.
Japan 119, 174, 177.
Kaukasus 113, 114, 115, 117.
Kiel 125, 145, 169.
Kohlenfrage 42, 99, 100.
Kriegsanleihe 32, 102, 107.
Kriegsgefangene 33, 34, 43, 52,
69, 139, 152, 164, 175, 183.
Kriegsziele 70, 74, 83, 89, 149.
Lebensmittelfrage 45, 75, 77, 78,
85, 90, 93, 95, 96, 138, 142,
145.
Lusitaniafall 72, 80, 82, 94, 134,
182.
Lugburgaffäre 105.
Marne-schlacht 11, 24, 39, 66, 67,
84, 173.
Montenegro 73, 81, 87, 165, 177.
Neutrale 64, 68, 90, 100, 133,
164, 166.

- Oberste Heeresleitung 9, 11, 14, 24, 48, 63, 79, 89, 97, 114, 121, 123, 133, 154.
 Osterreich-Ungarn 67, 71, 82, 95, 99, 100, 106, 107, 108, 110, 111, 112, 115, 117, 125, 134, 140, 149, 151, 152, 153, 154, 163, 167, 168, 172, 176.
 Papst 139.
 Polen 49, 58, 86, 100, 112, 122, 146, 148, 149.
 Portugal 68, 171.
 Prinzen und Fürsten 19, 33, 34, 95, 101, 132, 139, 153, 165, 179, 180, 181, 182.
 Prophezeiungen 48, 57, 75, 168, 175.
 Reichsbank 137, 138, 140, 147, 149.
 Reichstag 15, 16, 18, 19, 20, 21, 25, 97, 99, 106, 139, 159.
 Riga 103, 135, 136.
 Rohstoffe 9, 53, 70, 74, 82, 84, 85, 92, 106, 113, 140, 147.
 Rumänien 63, 71, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 83, 84, 86, 87, 88, 109, 125, 165.
 Rumänische Dynastie 110, 111.
 Russische Revolution 93, 95, 97, 112, 114.
 Rußland 71, 73, 75, 86, 101, 105, 106, 108, 143, 150, 151, 177.
 Schiffsverluste, deutsche 69, 72, 73, 133, 146.
 Serbien 73, 87, 176, 180.
 Steuerpläne 91, 102, 107, 138.
 Streifbewegungen 38, 73, 96, 99, 167.
 Treninofrage 65, 70, 153.
 Türkei 55, 65, 69, 73, 76, 79, 101, 111, 113, 114, 115, 117, 135, 148, 164, 176.
 U-Bootkrieg 31, 51, 56, 69, 76, 81, 83, 84, 91, 92, 96, 97, 99, 104, 122, 124, 132, 134, 147, 148, 165, 166, 172, 174, 181, 182.
 Ukraine 109, 110.
 Verluste 57, 68, 80, 120, 143, 144, 170, 172, 176, 177, 178.
 Waffenstillstand 106, 121, 123, 124, 150, 155, 156.
 Wilhelmshaven 104, 137.

Namensregister

- Adler, Friedrich 108.
 Aequith 165.
 Aussenberg, v. 74.
 Ballin 167, 168.
 Batocki 146.
 Behncke 172.
 Bernstorff 82, 93.
 Bethmann 152, 154.
 Boehn, v. 115.
 Bülow, Fürst 152, 153, 154, 163.
 Capelle, v. 104.
 Churchill 164.
 Claß 20.
 Clemenceau 105, 114.
 Curzon 178.
 Czernin 103, 111.
 Dehmel, R. 123.
 Delbrück 142.
 Dittmann 104.
 Enver Pascha 149.
 Erzberger 103.
 Falkenhayn 91.
 Fischer 160.
 Koch 10, 113, 168, 175.
 Gerard 181, 182.
 Goebel 185.
 Golz 142.
 Gothein 155.
 Galdane 164.
 Harden 167.
 Harsh 179.

- Hauffmann 169, 170.
 Heine 19.
 Helfferich 98, 118, 136, 140, 175.
 Hell 91.
 Hertling 111, 167, 168.
 Hindenburg 89, 103, 117, 119,
 148, 151, 162.
 Hinge 118.
 Hirsch-Essen 21, 22.
 Hoffmann, Ad. 106.
 Hohenlohe, Fürst 179.
 Jagow 182.
 Joffe 118.
 Kirchhoff 133.
 Kranz 147.
 Kronprinz, deutscher 33, 44, 131,
 132, 137, 180.
 Kühlmann 10, 109, 117, 167.
 Lanfing 82, 91, 94.
 Ledebour 106.
 Lichnowsky 109, 110, 118.
 Liebknecht 108, 143, 146.
 Lloyd George 114, 117, 118.
 Lonsdale 164.
 Ludendorff 10, 12, 49, 103, 111,
 117, 167, 168.
 Mackensen 23, 91, 125, 132, 133,
 180.
 Marteau 85, 89.
 Michelet 141.
 Moissi 183.
 Müller, v. 164.
 Naumann 167.
 Nooke 170.
 Dertel 16, 18.
 Parfeval 172.
 Payer 109, 154.
 Pilsudski 100.
 Poincaré 168.
 Posselt 82.
 Potiorek 164.
 Presber 180.
 Radoslawow 163.
 Randa 115, 117.
 Ribot 97.
 Rizow 107.
 Salandra 73, 163.
 Schönaich-Carolath 106.
 Sonnino 73.
 Stancioiu 164.
 Stegemann 20.
 Stein, v. 65, 160.
 Stein, L. W. 180.
 Stettenheim 184.
 Stresemann 19, 91.
 Tirpitz 164.
 Törring 120.
 Treuberg 119.
 Werfel 173.
 Wilhelm II. 30, 33, 42, 51, 111,
 122, 123, 124, 125, 146, 155,
 167, 179, 180, 181.
 Wilson 18, 82, 86, 94, 114, 122,
 123, 124, 165, 166, 168.
 Wilson, Havelock 166.
 Würz 114.
 Zimmermann 91, 92.

Zitierte Zeitungen und Zeitschriften

- Acht Uhr-Abendblatt 121.
 Arbeiterzeitung 167.
 Baseler Nachrichten 168.
 Beobachter 20.
 Berliner Tageblatt 22, 23, 88,
 151, 160.
 Berlingske Tidende 173.
 Blätter für höheres Schulwesen
 177.
 B. Z. am Mittag 139, 142, 149.
 Corriere della Sera 162.
 Dagens Nyheter 176, 181.
 Daily Chronicle 179.
 Daily Express 179, 181.
 Daily Telegraph 84, 181.
 Deutsche Lodzer Zeitung 138.
 Deutsche Tageszeitung 77.
 Deutsche Zeitung 149.
 Echo de Bulgarie 180.
 Echo de Paris 175.

- Figaro 78.
 Frankfurter Zeitung 22, 137.
 Germania 103.
 Grenzboten 139.
 Hamburger Fremdenblatt 181.
 Hilfe 155.
 Kölnische Volkzeitung 22, 97,
 151.
 Kölnische Zeitung 151.
 Kreuzzeitung 152, 160.
 Lokalanzeiger 79, 146, 151, 152,
 160.
 Matin 178.
 Nationalzeitung 23, 43, 161.
 Neue Züricher Zeitung 81, 140,
 179.
 New-York-Times 174.
 Norddeutsche Allgemeine Zeitung
 97, 103, 148, 160.
 Nowoje Wremja 178.
 Osservatore Romano 139.
 Petit Parisien 167, 175.
 Politiken 174, 183.
 Pommerische Tagespost 146.
 Rheinische Zeitung 151.
 Schwäbischer Merkur 103.
 Stockholms Aftonbladet 180.
 Svendska Moganbladet 162.
 Tägliche Rundschau 99, 133, 160.
 Temps 176.
 Times 134, 151, 174, 179.
 Umschau 139.
 Vortrupp 20.
 Wossische Zeitung 147.
 Wiener Zeitung 167.
 World 166.
 Zeit 103.
 Züricher Anzeiger 176.
 Züricher Morgenzeitung 168.

Eberhard Buchner
Kriegsdokumente

Der Weltkrieg in der Darstellung der zeitgenössischen Presse

Umschlag- und Einbandzeichnung von Prof. F. H. Gyncke

Jeder Band geheftet 4 Mark, gebunden 6 Mark

Bis jetzt erschienen:

Erster Band:

Die Vorgeschichte — Der Krieg bis zur Vogesenschlacht

Zweiter Band:

Von der Vogesenschlacht bis zur Einnahme von Suwalki

Dritter Band:

Von der ersten Besetzung Suwalkis bis zur Eroberung
Antwerpens

Vierter Band:

Von der Eroberung Antwerpens bis zum Fall Esingtaus

Fünfter Band:

Von dem Fall Esingtaus bis zur Jahreswende

Sechster Band:

Von der Jahreswende bis zum 18. Februar

Siebenter Band:

Vom 18. Februar bis zur Befreiung Memels

Achter Band:

Von der Befreiung Memels bis zur Kriegserklärung
Italiens an Osterreich-Ungarn

Neunter Band:

Von der Kriegserklärung Italiens an Osterreich bis zum
deutschen Vormarsch auf Warschau, Juli 1915

Weitere Bände in Vorbereitung

Verlag von Albert Langen in München

Stimmen der Presse zu

Eberhard Buchner

Kriegsdokumente

Berliner Tageblatt, 14. Dezember 1915: ... Was der Verfasser will, ist mit wenigen Worten dahin skizziert, daß er uns den Krieg vorführen will, wie wir ihn gestern sahen und wir ihn heute sehen. Er will uns also eine Geschichte unseres Kriegserlebens geben, wie er selbst sagt, eine Geschichte unserer Freude, unseres Stolzes, unserer Sorgen, unseres Hoffens, unserer Irrtümer und unserer Hellsichtigkeit. So hat bei ihm eine jede Stunde ihren eigenen Horizont, hat ihren eigenen Mund und soll ihr eigener Herold sein. Der Verfasser entnimmt den Text zu seinem Werke der gesamten deutschen Presse und hat damit ein Dokument für die Geschichte der deutschen Presse geliefert. Ich kann mir nichts Handlicheres und Vollständigeres denken, was uns einen brauchbaren Einblick geben könnte in die Leistungsfähigkeit und in das von Vaterlandsliebe getragene Empfinden der deutschen Zeitungen ... Ein ungeheurer Fleiß und eine schöne Gewissenhaftigkeit zeichnen die Arbeit Eberhard Buchners aus.

Major a. D. E. Morath

Bayerische Staatszeitung, München, 10. 5. 1915: Ein Dokumentenwerk aus zeitgenössischen Quellen für heute ebensogut wie für spätere Geschlechter geschöpft, ein treuer Spiegel unserer kämpfenden, leidenden, irrenden, klagenden, jubelnden, echt deutschen Seele.

Berliner Morgenpost, 20. 11. 1915: Buchner hat mit außerordentlichem Geschick und bewundernswertem Fleiß Zeitung auf Zeitung nach wissenschaftlichem und nach wertvollem Material durchforscht, hat mit einer eifrigen Sammlerliebe nicht nur die Berichte zusammengestellt, die frisch unter dem Eindruck der großen Taten entstanden, sondern auch vielerlei aus dem Gebiete der Kulturgeschichte unserer Zeit mit in sein Werk aufgenommen. Selbst die Zeitungsannoncen liefert ihm wertvolle Beiträge. Mit diesem überaus frischen Kriegswerk ist es sehr lehrreich und — eine Seltenheit bei wissenschaftlichen Büchern — unterhaltsam, noch einmal die einzelnen Phasen der großen jüngsten Vergangenheit zu durchleben. Heute wie in späteren Zeiten wird dieses Werk für jeden, auch wenn er nicht Geschichtsschreiber und Kulturkenner ist, wertvoll und interessant sein. Die Christliche Welt (Marburg), 4. November 1915: Es ist eine ausgezeichnete Leistung. ... es ist „der Roman des Krieges“, aber von keinem Dichter, sondern von den Zeitungen geschrieben. Und doch von einem Künstler gestaltet, der mit glücklichem Spürsinn und Geschmack den Stoff zum Ganzen fügt.

Verlag von Albert Langen in München

Druck von Hesse & Becker in Leipzig